

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Thüringen, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interlions-Gebühr**  
Erhöht für die sechsgehaltene Kolonialgeile oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zuzulage für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Wahlparole der Reaktion.

Die Reaktionsäre aller Schattierungen ereifern sich in wachsender Grimme über die Worte, mit denen ich in der Reichstags-Sitzung vom 26. November auf die stets bekundeten republikanischen Anschauungen der Sozialdemokratie hingewiesen habe. Schon in der Sitzung selbst trat ja in den Ausführungen der Herren v. Bethmann Hollweg, v. Heydebrand und v. Dirksen der Zweck dieses reaktionären Gezetters klar zutage. Er wird aber jetzt offen eingestanden in der folgenden Erklärung der „Kreuz-Zeitung“ vom 6. Dezember:

„Die sozialdemokratische Partei hat am 26. November durch den Abgeordneten Ledebour feierlich ein republikanisches Bekenntnis abgelegt. Diese Stellungnahme, die im nächsten Wahlkampf die Hauptrolle spielen wird, bedeutet eine Bedrohung der Reichsverfassung. Eine solche Herausforderung der Sozialdemokratie dürfen alle staatsverbaltenden Parteien nicht ruhig hinnehmen. Nun heißt es erst recht gegenüber den revolutionären Vätern der Sozialdemokratie den monarchischen Gedanken zu betonen und auf die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen republikanischen Agitation hinzuweisen.“

Am nämlichen Tage begrüßte dann noch das leitende Blatt der konservativen Partei freudig einen national-liberalen Bundesgenossen in dem Kampf gegen republikanische Anschauungen mit folgenden Worten:

„Wie wir der „Kreuz-Zeitung“ entnehmen, hat der Geh. Justizrat Ludwig in Stettin in einer national-liberalen Parteiverammlung am Montagabend erklärt im Hinblick auf das Ledeboursche Bekenntnis zur Republik in der Reichstags-Sitzung vom 26. November, ihm persönlich wäre es lieber gewesen, wenn da ein paar Leute aus der Contenance gekommen und mit geballten Fäusten vor-gestürzt wären, um den Redner von der Tribüne herunterzuziehen.“

Begeistert setzt dann die „Kreuz-Zeitung“ dem Wutanfall des Königsstreuen Ludwig hinzu:

„Der Redner scheint noch ein National-liberaler alten Schlags zu sein, denn bei dem Nachwuchs der Partei ist man ein solch ungeschminktes, von echter Königsstreue zeugendes temperamentvolles Bekenntnis nicht mehr gewöhnt. Es ist aber gut, daß der Abg. v. Didenburg diese Reuegerung nicht getan hat.“

Es muß allerdings ein erhebendes Gefühl sein für das Junkerblatt, daß Rohheitsausbrüche gegen die Sozialdemokratie nicht auf ihre eigenen Parteigenossen beschränkt sind und daß der national-liberale Ludwig mit dem konservativen Didenburg wetteifert in dem Bemühen, den Kampf mit geistigen Waffen durch den Appell an die rohe Gewalt der Fäuste oder der Säbel zu erheben. Wer es wagen sollte, die Ludewigsmanieren in den Reichstag zu übertragen, würde jedenfalls herzlich schlechte Erfahrungen damit machen. Der Versuch wird aber kaum unternommen werden. Immerhin verdient jener Rohheitsausbruch gebührend zu werden als Kennzeichen des geistigen und sittlichen Tiefstandes unserer Feinde.

Notwendig aber ist es, sofort den Angriffen der Gegner auf unsere republikanischen Anschauungen entgegenzutreten. Sündigt doch jetzt schon die „Kreuz-Zeitung“ an, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in einem Wohlflugblatt den Republikanismus unserer Partei behandeln wird.

Da die Zeitungsberichte die von mir gebrauchten Sätze nur sehr verstimmt wiedergegeben haben, muß jedenfalls deren Wortlaut nach dem Stenogramm zur Grundlage der Erörterung genommen werden. In meiner Rede hatte ich ausgeführt, daß die dringendste Frage der Zeit die völlige Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen sei, daß wir Sozialdemokraten mit voller Entschlossenheit diesen Kampf durchzuführen würden, daß uns dabei aber auch alle Bundesgenossen aus den bürgerlichen Parteien willkommen sein würden. Im Verfolg dieses Gedankenganges sagte ich dann zum Schluß:

„Das deutsche Bürgertum steht vor einer Schicksalswende. Es fragt sich, vielleicht zum letzten Male, ob im deutschen Bürgertum noch so viel Selbstgefühl vorhanden ist, wie es zu unserer Freude das englische Bürgertum, der englische Liberalismus wieder betätigt. Wenn das der Fall ist, wir werden solche Liberale mit Freuden in diesem Kampfe begrüßen, und ich glaube, meine Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei, wenn Sie wirklich eine liberale, eine Volkspartei, eine Vertretung des deutschen Bürgertums sein wollen, ist das der einzige Weg, den Sie einschlagen können, um Sie aus der Lage heraus zu reiten, in die Sie durch Ihre Völpolitik geraten sind. Wenn Sie wirklich noch die Sehnsucht nach einer Völpolitik zur Erneuerung dieses großen Fehlers leiten sollte; sinken Sie mit den National-liberalen zusammen zu einem Handlangeregiment der Konservativen, des Junkertums und auch, wie es jetzt scheint, des Zentrums herab, dann sind Sie nicht mehr eine selbsttätige Vertretung des Bürgertums, und dann wird auf Sie das Wort anwendbar: lo mort saisit le vif, der tote Völk reißt die Fortschrittliche Volkspartei mit sich ins Verderben. Ich hoffe ja noch, daß es anders kommen wird; denn ich habe bei Ihnen verschiedene Zustimmung zu meinen Ausführungen gehört. Wir werden Ihnen das erleichtern, mit uns zusammen zu

kämpfen. Es muß dieser Kampf durchgefochten werden. Lassen Sie uns jedoch im Stiche in diesem großen Verfassungskampf, dann glauben Sie nicht etwa, daß wir den Kampf allein nicht durchführen können. Der Kampf wird dann zunächst allerdings schwieriger. Das würde aber dann die Folge haben, daß allmählich aus Ihren Reihen und aus den Reihen der anderen bürgerlichen Parteien, die sich zur Verteidigung des Gottesgnadentums, der Bürokratie und der Junkerlaste zusammengeschort haben, alle Männer, die nun wirklich auch nur noch bürgerliches Selbstgefühl in der Brust haben, zu uns kommen und unsere Reihen verstärken werden, während aus den Reihen des Proletariats die Millionen, die noch ferne von uns stehen, sich gleichfalls um die Sozialdemokratie scharen werden.“

Ueber unsere Ziele herrscht ja gar kein Zweifel, wir machen niemals ein Hehl daraus, wir bekennen ausdrücklich, daß wir eine republikanische Partei sind, daß die Verwirklichung des Sozialismus, der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung nur möglich ist mit republikanischen Formen. (Hört! hört! in der Wille.) Es muß dahin einmal auch bei uns kommen, genau so gut, wie es in andern Ländern schon vor der Verwirklichung des Sozialismus zu republikanischen Einrichtungen gekommen ist und vor unseren Augen kommt. Auch Deutschland geht den Weg des Fortschritts, auch in Deutschland wird der Geist der Zeit obliegen, den Kaiser Wilhelm II. den „verderblichen“ nennt. Unsere republikanischen Ueberzeugungen hindern uns aber nicht, allen denjenigen behilflich zu sein, die selbst beim Fortbestehen monarchischer Einrichtungen, wie es in England der Fall ist, das parlamentarische System durchzuführen wollen. Wollen Sie das, so sind Sie sicher, daß Sie es auch erreichen können, erreichen müssen.

Sollten aber in den großen Kämpfen, die uns bevorstehen, schließlich alle anderen Parteien versagen, wie werden, auf uns allein gestellt, den Kampf zu Ende führen, und wenn die Welt voll Teufel war, wir werden doch gewinnen! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind also die Sätze, die das Entsetzen der Reaktionsäre hervorriefen, die aber auch liberalen Gemütern Unbequemlichkeiten verursacht haben. Gab doch sogar ein demokratisches Wochenblatt, „Die Zeit am Montag“, seinem Unbehagen in der Vermutung Luft, ich hätte mich durch mein „leidenschaftliches Temperament“ hindereifen lassen, den republikanischen Ueberzeugungen unserer Partei „einen herausfordernden und im Augenblick vielleicht nicht wohlgebrachten Ausdruck zu geben“.

Da zeigt es sich wieder einmal, wie wenig aufstehende, wenn auch wohlwollende Beurteiler Kern und Wesen unserer Bewegung sowohl wie die tatsächlichen Notwendigkeiten unseres Tageskampfes zu erfassen vermögen. Ich kann versichern, daß ich nicht einer Augenblickseingebung folgend, sondern auf Grund reiflicher Ueberlegung an jener Stelle unsere republikanischen Ueberzeugungen betont habe. Wir brauchen sicher nicht bei jeder Gelegenheit unseren republikanischen Anschauungen Ausdruck zu geben, ebensowenig wie wir alle Tage von der endgültigen Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung sprechen. So etwas ist nur notwendig, wenn die Umstände es verlangen. Das war aber hier der Fall.

Gerade weil ich einen bringenden Appell richtete, dringender noch als 1908, an die Vertreter des Bürgertums, uns zur Seite zu stehen in dem Kampfe um demokratische Einrichtungen, die, wie das Beispiel Englands zeigt, sich auch vereinen lassen mit der monarchischen Staatsform, war es notwendig, die grundsätzlichen republikanischen Forderungen unserer Partei gleichzeitig zu betonen. Aber auch die geschichtlichen Zeitumstände bedingten das. Ich hatte vorher warnend darauf hingewiesen, daß die Verkopplung absolutistischer mit clerikalen Bestrebungen unter der Devise „für Thron und Altar“ die Stuarts in England, die Bourbonen in Frankreich und neuerdings das Haus Braganza ins Verderben geführt habe. Vor unseren Augen hatte in einem europäischen Lande eine bürgerliche Revolution die Republik herbeigeführt. Da sollten die Vertreter des klassenbewußten Proletariats, wenn sie die Frage der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens aufrollen, es mit Schweigen übergehen, daß wir grundsätzlich Republikaner sind? Das wäre in diesem Augenblick ebenso nutzlos wie unausdrücklich und deshalb auch taktisch unklug gewesen. Denn Offenheit und Ehrlichkeit ist im letzten Ende immer die beste Politik, vor allem aber für die Partei des proletarischen Klassenkampfes.

Doch könnte das nicht manchen liberalen Bürgersmann stutzig machen und ihn abreden von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zur Erkämpfung des demokratischen Parlamentarismus? Möglich! Wessen Demokratismus so eugbrüstig ist, daß ihm der Atem ausgeht, weil sein Redemann im Kampf sich zur Republik bekenn, wird der denn etwa durch unsere sozialistischen Forderungen nicht abgeschreckt? Der läßt ja doch bei erster Gelegenheit zum Feinde über, unter diesem oder unter jenem Vorwande. Wir können unsere Taktik nicht einrichten nach den Gemütsstimmungen schreckhafter Philisterseelen.

Uebrigens, waren denn unsere republikanischen Grundsätze für irgend jemand ein Geheimnis? Sind sie nicht schon wiederholt auch im Reichstag betont worden? Die ganze Entrüstung der Bethmann, Heydebrand und Ludwig ist ja nur schlecht gespielte Komödie. Hätte ich bei jener Gelegenheit über unsere republikanischen Grundsätze geschwiegen,

dann wären sie ebenso entrüstet gewesen über mein Schweigen wie jetzt über mein Reden. Denn in ihrer wachsenden Angst vor der steigenden sozialdemokratischen Flut greifen diese Ein-tagspolitiker nach dem verzweifeltsten Mittel, die Empörung des Volkes von dem volksausbeuterischen Treiben der herrschenden Clique abzuleiten, indem sie „Thron und Altar“ mit ihrem Ausbeutungssystem identifizieren. „Der Thron ist in Gefahr, wenn ihr die Junkerherrschaft stürzt! Der Thron ist in Gefahr, wenn ihr das bürokratische Regierungssystem beseitigt!“ Das soll die Wahlparole der Volksausbeuter werden.

Dabei ist den junkerlichen Drahtziehern doch die Ahnung aufgedämmert, daß sie mit der Erregung von Abscheu vor dem Republikanismus der Sozialdemokratie allein keine Geschäfte machen können. Deshalb hat Herr v. Heydebrand schon am 26. November sich bemüht, der Sozialdemokratie Werdpläne gegen die herrschenden Klassen anzudeuten. Deshalb wird mit solchen strupelosen Mitteln von den Reaktionsären weiter gearbeitet werden. Wir werden ihnen zu begegnen wissen. Die Leute können eigenartige Ueber-raschungen bei ihren Methoden der monarchistischen Propaganda erleben. Der Ausgang der Wahlen wird ja zeigen, ob das Volk sich durch die Heydebrandte und Ludewige juridlosden läßt in den brennenden Stall der Reaktion, oder ob in wachsender Zahl das ausgebeutete und geknechtete Proletariat der völkerverfeindenden Sozialdemokratie zufließen wird. Uns verleiht jedenfalls unsere gute Sache die feste Zuversicht auf den Sieg.

G. Ledebour.

## Zentrum und Scharfmachertum.

Ein höchst seltsames Schauspiel bot in der letzten Zeit die Haltung des Zentrums. Diese Partei, die doch so oft emphatisch betont hat, daß sie eine Streiterin für die Rechte des Volkes sei, hat sich zu einer Zurückweisung der unterstürzten Scharfmachereien des Herrn von Heydebrand, der „Kreuzzeitung“, kurz des ganzen agrarischen Scharfmachergelichters, bislang nicht aufzuschwingen vermocht!

Daß der famose Zentrumsdiploamat Hertling in der Debatte über die letzten Kaiserreden jede Spur nicht nur demokratischen, sondern selbst des verdünntesten konstitutionellen Geistes vermissen ließ, dagegen mit dem Dirigenten des Scharfmacherkongress, Herrn von Heydebrand, um die Wette im widerlichsten Hygantinismus schwelgte, ist bei diesem Herrn ja nicht verunderrlich. Herr von Hertling ist ja als einer der reaktionärsten der religiös verummantelten Reaktionsäre des Zentrums hinlänglich bekannt. Gebörte doch von Hertling auch zu den 14 Zentrumsdabgeordneten, die 1880 für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten. Aber es war ebenso bezeichnend für das Zentrum, daß es diesen Reaktionsär vom reinen Wasser zum Fraktionsredner in einer Frage bestimmte, bei der es die Rechte des Volkes nachdrücklich zu wahren galt, wie es charakteristisch für Herrn Hertling selbst war, daß er zur Festigung des nach schmerzlicher Trennungszeit neu geschlossenen Liebesbundes zwischen Konservativen und Zentrum im November 1910 das aktuelle Gegenstück von dem sagte, was er zwei Jahre zuvor in derselben Sache gesagt hatte.

Diese ultrareaktionäre Haltung des Zentrums läßt zugleich die Zentrumsbeteuerungen in Sachen der preussischen Wahlreform in eigenartigsten Lichte erscheinen. Eine Partei, die noch nicht einmal soviel Mannesmut vor Fürsienthronen aufzubringen vermag, wie selbst ein Wasserhahn, dies Urbild politischer Ansehen-erweidung, wagt noch, von sich zu behaupten, daß sie ernstlich für eine Erweiterung der Volksrechte, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintrete. Freilich, wie ernst es das Zentrum mit der Forderung der organischen Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes“ meint, die es schon durch sein Programm von 1870 und seither immer wieder erob, beweist ja die Tatsache, daß es bei den Wahlreformverhandlungen des verfloffenen Jahres den Junkern zuliebe sogar national-liberale Verbesserungs-vorschläge zu Falle brachte!

Die Heydebrand-Garbe heßt zum Staatsstreich, bedroht in der frechsten, nacktesten Form das Reichstagswahlrecht — und das Zentrum tut, als ginge es dies Toben seiner innigsten Busenfreunde auch nicht das allgeringste an!

So tritt das Zentrum für die organische Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes ein!

## Die Wahlen in England.

London, 8. Dezember. Am Mittwoch haben die Liberalen nicht gut abgeschnitten. Bisher sind gewählt 133 Liberale, 189 Unionisten, 25 Vertreter der Arbeiterpartei, 45 Anhänger Redmonds, 5 Anhänger O'Briens. Die Konservativen haben jetzt wieder einen Vorsprung von drei Mandaten.

Mit dem gestrigen Tage sind die Wahlen in den Städten zum Abschluß gelangt. Beide Parteien sehen jetzt mit Anruhe dem Wahlergebnis in den Grafschaften entgegen, wo die Wahlen heute ihren Anfang nehmen. Die Liberalen, die gestern früh überzeugt waren, daß sie mehrere Gewinne in den ländlichen Bezirken verzeichnen würden, zeigen gegenwärtig keine Neigung zu Prophezeiungen und erklären, es liege in der Macht der Grafschaften, die liberale Regierung entweder zu einer bloß gemäßigten oder zu einer unwiderstehlichen zu machen. Die unionistischen Blätter hagen die Zuversicht, daß die Unionisten



Ihre starke Stellung in den Gräfschaften behaupten oder noch verbessern werden, und schließlich die den Erklärungen Wal-jour's an, der gestern in Bremen eine Rede hielt und die Ansicht ausdrückte, daß die Liberalen, wie auch immer die Wahlen ausfallen sollten, nicht imstande sein würden, ihr Programm durchzuführen. Die Wählererschaft werde binnen kurzem wieder berufen sein zu erklären, ob sie gesonnen sei, ihre Geschicke der großen, homogenen unionistischen Partei anzuvertrauen. Mit besonderer Genauigkeit begrüßen die unionistischen Blätter die Erfolge in Lancashire und erwarten dort einen völligen Triumph der Unionisten.

Herr Wal-jour schlug auch wieder einmal die chawinistische Lärmtrömmel; er sagte in der erwähnten Rede, er sei zu der Schlussfolgerung gezwungen, daß die liberale Regierung anderen großen Seemächten gestatte, in dem Wettbewerb um die Erreichung der gleichen Stärke zur See vorzudringen, daß die Lage Englands zur See gegenwärtig weniger sicher sei als seit Menschen-gedenken. Er hoffe, die Regierung werde anfangen, sich ihrer schweren Verantwortung bewußt zu werden, und durch erhöhte Forderungen zeigen, daß die von den Unionisten in den letzten Jahren vertretenen Anschauungen zuletzt doch nicht tauben Ohren gepredigt worden seien.

Heute wird in 41 Wahlkreisen um 45 Mandate gekämpft.

### Der zweite Wahltag.

London, 6. Dezember. (Fig. Ver.) „Schmeißt die Kapitalisten aus dem Parlament, wie sie uns aus den Werkstätten geschmissen haben!“ Mit diesem Ausruf zogen die Arbeiter Sunderlands, die augenblicklich schwer unter der Aussperrung der Werftarbeiter zu leiden haben, in den Wahlkampf und wählten neben einem Liberalen den Genossen Goldstone, dessen Wahl hier vor einigen Tagen vorausgesetzt wurde. Damit hat die Arbeiterpartei die Schlappe, die sie in Wigan erlitten, wieder ausgeweht.

In London haben sich die Konservativen gründlich verrechnet. Sie glaubten gestern mindestens vier Mandate zu gewinnen, und sie gewannen nur zwei; eins davon mit einer Mehrheit von nur acht Stimmen. Ueberhaupt sind die Mehrheiten in einer großen Anzahl Wahlkreise sehr knapp. Das beweist, wie heftig um jeden Fußbreit Boden gestritten wird. In London ist es die vorzügliche Organisation der liberalen Partei, die die Regierung bis jetzt vor gefährlichen Verlusten bewahrt hat. Vor der Wahl hielt man es kaum für möglich, daß die Liberalen die ungeheure Zahl der seit der Mitte des vorigen Jahres verzogenen Wähler wieder fast vollständig zur Wahlurne führen könnten.

Von besonderem Interesse ist der glänzende Durchfall des liberalen Arbeitervertreter's Bibian in Birkenhead. Dieser Mann war bisher ein getreuer Anhänger des Ministers Burns. Er zählte im Parlament zu der kleinen Schaar liberaler Arbeitervertreter, die stets darauf bedacht waren, ihren Haß gegen den Sozialismus hervorzulehren. Auch Maddison, der im Parlament früher eine ähnliche Rolle wie Bibian spielte, scheint jetzt definitiv vom politischen Schauplatz zu verschwinden. Bei den Wahlen im Januar unterlag er den Konservativen; letzten Sonntagabend gab man ihm die Verteidigung eines unsicheren liberalen Mandats; er verlor es. Es ist sehr bezeichnend, daß den Liberalen zwei Mandate durch die von ihnen groß gezogenen Arbeitervertreter verloren gegangen sind. Einen Lacherfolg erzielten die Frauenrechtlerinnen in St. Pancras (London), wo sie einen Kandidaten aufgestellt hatten. Der gute Mann erhielt ganze 22 Stimmen. Jede dieser Stimmen muß mindestens zehn Pfund Sterling gelöst haben. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hätten wohl kaum etwas Wirkamereres tun können, um dem Verdacht, daß die ganze Agitation zugunsten des beschränkten Frauenstimmrechts mit dem Gelde reicher Damen geführt wird und beim Volke keinen Widerhall findet, neue Nahrung zuzuführen.

Die Wahlen von gestern zeigen wieder, daß die Beteiligung viel schwächer ist, als im Januar. Die Stimmengahl der Liberalen und Konservativen sank um fast 10 Proz. bei jeder Partei; die Arbeiterpartei hatte einen Stimmenverlust von etwa 30 Proz. aufzuweisen. Der stärkere Rückgang der Stimmen der Arbeiterpartei erklärt sich aus den Organisations- und Geldschwierigkeiten. Auch der Umstand, daß dieses Mal viel weniger Arbeitervertreter kandidierten, als bei den letzten Wahlen, muß bei der Erklärung dieser Erscheinung in Betracht gezogen werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember 1910.

### Keine Ausnahmegesetze?

Die Regierung scheint auf die hochverräterische Auf-forderung der konservativen Kräfte, zur Erhaltung der kon-servativen Machtstellung den Staatsreich vorzubereiten, noch immer nicht eingehen zu wollen — wahrscheinlich, weil sie doch eine etwas tiefere historische Einsicht, besitzt als die Herren Clard v. Oldenburg, Georg Hertel, Ernst v. Hendebrand usw. Die „Post“, die bekanntlich zu den scharfmascherischen Aliquis die besten Beziehungen unterhält, weiß darüber zu melden:

„Bei der Besprechung über die Königsberger Kaiserrede hat der Abg. v. Hendebrand die Frage erörtert, ob es nötig sei, gegen-über gewissen Auswüchsen der sozialdemokratischen Kampfpolitik eine Ausnahmegesetzgebung in Erwägung zu ziehen. Wie wir hören, ist der Standpunkt der Regierung der, daß eine Ausnah-megesetzgebung gegen sozialdemokratische Aus-schreitungen zurzeit nicht notwendig ist, da die bestehenden Gesetze zur Abwendung solcher Ausschreitungen voll-auf genügen. Eine Verschärfung bestehender Gesetze vor-zuziehen oder gar Ausnahmegesetze zu erlassen, wäre nur an-gebracht, wenn außerordentliche Umstände solche Schritte veranlassen müßten.“

Für die Konservativen wird diese Meldung lediglich ein Anreiz sein, ihre Hege fortzusetzen; wissen sie doch aus der Erfahrung ganz genau, wie schwächlich das Rückgrat des Kanzlers und seiner ministeriellen Gehilfen ist.

### Die kerikalen Stützen des Thrones.

Die portugiesischen Jesuiten haben am 28. November dem Papste einen Protest gegen ihre Behandlung in Portugal überreicht; in diesem jetzt von dem Stuttgarter Zentrumblatt abgedruckten Protest heißt es:

„Man sagt, wir Jesuiten seien die harmlosesten Gegner der Republik und deshalb hätten wir mit größerer Strenge als die anderen behandelt werden müssen. Das ist ein eitles Vorwand, denn die Gesellschaft hat gegen die republikanische Institution als solche nichts einzuwenden. Als die absolute Regierungsform in allen zivilisierten Nationen herrschte, waren es die großen Schriftsteller unserer Gesellschaft, die klar in ihren Werken die Fundamentalphinzipien der wahren Demokratie hervortreten ließen und heute sind gerade jene Provinzen unseres Ordens, die die schönste Entwicklung zeigen

und sich der größten Freiheit erfreuen, in republikanischen Gebieten gelegen. Es genügt, auf die fünf Provinzen zu verweisen, die die Jesuiten in den Vereinigten Staaten besitzen. Die angebliche Opposition der Jesuiten gegen die demokratische Regierung besteht also nicht.“

Die „Germania“ hat demnach heillos geschwindelt, als sie in der letzten Zeit auffallend häufig und eindringlich ver-sicherte, daß der katholische Klerus die festeste Stütze der Thronen sei. Und auch die Beuroner Kaiserrede, nach der Thron und Altar untrennbar verbunden sein sollen, wird revidiert werden müssen.

### Am Vorabend der Stichwahl.

Freitag ist Stichwahl in Labiau-Behlau. Die Konser-vativen suchen bis zum letzten Moment die Wähler in den Glauben zu versetzen, daß die Wahl erst in acht Tagen statt-finden würde. Neben diesem Ueberrumpelungsversuch arbeiten sie mit einem unerhörten Terrorismus. Außer den Landräten haben sich auch die Gemeindevorsteher größtent-eils in konservative Agitatoren verwanbelt. Für heute haben die Konservativen alle Versammlungsorte mit Verblegung be-legt. Sie sind sich schon der Bedeutung des Wahlausfalls bewußt und suchen um jeden Preis, das gefährdete Mandat zu retten. Die Freisinnigen agitierten gleichfalls sehr an-gestrengt. Die Sozialdemokraten werden natürlich alles tun, um den Konservativen aus dem Wahlkreis hinaus-zuworfen.

### Zur Fleischnot.

Die Reichsregierung hat sich — wahrscheinlich auf Drängen der süddeutschen Regierungen — bewogen gefühlt, die Erlaubnis zur Vieleinfuhr aus Frankreich auf einige weitere süddeutsche Gebiete auszudehnen. Außer in die städtischen Schlachthöfe in Straßburg, Reg und Wülhausen für Elsaß-Lothringen, Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg für das Großherzogtum Baden, dürfen noch einer Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ Rinder und Schweine auf der Eisen-bahn über die Eingangsstellen Kilmünsterol, Deutsch-Wertheim, Ludwigsbafen, München, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, für das Königreich Bayern, Mainz, für das Großherzogtum Hessen, aus Frankreich eingeführt und durch Elsaß-Lothringen durchgeführt werden.

### Eine kerikale Verteidigung der Fleischsteuerung.

Die kerikale „Westdeutsche Arbeiterztg.“, das Spezialorgan der christlichen Gewerkschaften, hat eine Mauerung vollzogen. Noch am 19. November erklärte sie im kräftigsten Brustton, es sei dringende Pflicht der Regierung und Stadtverwaltungen, praktisch etwas zur Abhilfe der Fleischnot zu tun und über das Resolutionsvergehen und Petitionieren hinauszukommen. Jetzt, nachdem auf die sozialdemo-kreatische Interpellation die Regierung erklärt hat: Es geschieht nichts zur Abhilfe, erzählt die „Westdeutsche“ ihren kerikalen Lesern in einem langen Artikel, daß die Hölle und Grenz-sperrern im Interesse der Arbeiter errichtet worden seien und deshalb auch fürderhin be- stehen bleiben müßten.

Sie stellt die Frage: Hat die deutsche Volkswirtschaft, hat vor allem die Fleisch konsumierende Bevölkerung ein Interesse an Ver-sicherung und an der Weiterentwicklung unserer eigenen Vieh- und Fleischproduktion? Und sie kommt nach allerlei „Beweisen“ dazu, diese Frage mit einem doppelten und dreifachen „Ja!“ zu beant-worten. Das Ausland, meint sie, sei niemals in der Lage ge-wesen, einen Ankauf der deutschen Fleischproduktion zu decken. Hätten wir nicht unsere eigene „hohe“ Fleischproduktion, dann würde die Fleischversorgung sich noch viel schwieriger gestalten, und das deutsche Volk würde das Fleisch noch weit teurer bezahlen müssen. — Daraus ergäbe sich, so behauptet die „West-deutsche“, unweigerlich die Folgerung, daß alle die Maßnahmen bestehen bleiben müßten, die allein es ermöglichen haben, die deutsche Fleischproduktion aufrecht zu erhalten und ihr die große Entwicklung zu geben. Die Hölle und Grenz-sperrern seien nicht nur für die Konsumenten von Nutzen, sondern geradezu notwendig für sie. Die Opfer, die in diesem Punkte der deutsche Konsument bringe, lohnten sich und würden sich auch ferner lohnen — denn zunächst müßten diese Hölle und Sperrern bestehen bleiben.

Als Beweis, daß das Ausland uns einen Ersatz für heimische Viehproduktion gar nicht bieten kann, führt die „Westdeutsche“ den christlichen Arbeiter erstens eine Statistik der Stückzahlen für Rindvieh, Schafweide und Schafe der europäischen Länder vor. Diese Statistik vermeidet alle Quellenangabe, es sind ferner darin Amerika, Argentinien, Australien schlauerweise nicht enthalten. Vielleicht sähe die „Westdeutsche“ selbst, daß der christliche Arbeiter darin einen großen Haken finden könnte.

Die „Westdeutsche“ erzählt — sie muß in dieser Frage seit Wochen viel Prunderschwärze für die Verklopfung ihrer Leser ver-wenden — daß nach der Öffnung der französischen Grenze für Süddeutschland sofort die Viehpreise in Frankreich höher geworden sind und die deutschen Viehhändler zudem dadurch die Preise ge-halten hätten, daß sie in Mannheim genau so viel weniger Vieh antrieben, als von Frankreich hereingelassen wurde. Desgleichen hätten in München nach der Einlassung von französischem Vieh die Händler die sonst regelmäßigen Viehzufuhren aus Schleswig-Holstein zurückgehalten. — Mag sein; aber wie würde es sein, wenn auch die schweizerische, belgische, holländische, dänische, russische Grenze geöffnet würde. Würden die Hopsieiner dann ihre Rinder zurückbehalten?

Doch das Jesuitenblatt verrät selbst an einer anderen Stelle derselben Nummer: Das alles sind keine Gründe, alles ist be-wußter Schwindel! — In einer Notiz über die Reichs-wertzwachstumssteuer, für die sie vorläufig noch eintritt, glossiert sie eine Eingabe des Rheinischen und Thüringischen Bauernvereins an den Reichstag, worin diese sich gegen die Reichs-wertzwachstumssteuer wenden. Besonders der Satz der Eingabe hat es ihr angetan:

„Es muß der Einspruch dagegen erhoben werden, daß über-haupt solche hohen Steuern zu anderen Zwecken eingeführt werden als dem, Geld für die öffentlichen Bedürf-nisse zu schaffen.“

„Sonderbar“, höhnt die „Westdeutsche“, „höchst sonderbar. Drehen wir mal den Spieß um. Es gibt z. B. Hölle, die weniger deshalb eingeführt sind, um Geld für die öffent-lichen Bedürfnisse zu schaffen“, als die einheimische Landwirtschaft vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Daher der Name Schutzzoll im Gegensatz zu Finanzzoll.“

Na also! Hier entkühlt also der kerikalen „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ das Eingeländnis: Es gibt eine Auslands- konkurrenz. Gerade die Hölle sollen die Landwirtschaft vor der Auslands-konkurrenz „schützen“, d. h. sie sollen sie davor bewahren, Getreide und Fleisch infolge der Konkurrenz des Auslandes billiger verkaufen zu müssen. Alles was die „Westdeutsche“ über die Un-fähigkeit des Auslandes erzählt, Fleisch nach Deutschland zu liefern

und durch die reichlichere Zufuhr die Preise geringer zu gestalten, ist also bewußter Schwindel.

### Agrarische Skrupellosigkeit.

Ein nettes Gegenstück zu der Viehverkaufsfäre des Bringen Löwenstein in Baden deckt das „Bayerische Wochen-blatt“ auf. Es stellt fest, daß in dem Wochenblatt des land-wirtschaftlichen Vereins in Bayern eine Diskussion über die Schweinefleisch geführt wird. Ein Schweinemästler hatte ge-schrieben:

„Der papierne Rat, sofort nach Erkennen der Seuche die Schweine als Bratenfleisch nach München zu verkaufen, klingt sehr natü. Da würde sich die Schlachthofverwaltung in München und nach Bekannwerden das konsumierende Publikum schónstens bedanken, jeuchen behaftete Schweine als Bratenfleisch vorgefóhrt zu bekommen.“

Der Geschäftsführer D. Süskind der Zentralfstelle für ge-noffenschaftliche Viehverwertung antwortete darauf, dieser Rat sei weder papierner Art noch natü:

„Die Wähler der Geschäftsstelle für Schlachtviehverkauf geben hier den schlagendsten Beweis für die Nichtigkeit meiner Aus-führung. Es wurden durch diese Stelle im Laufe der letzten vier Wochen die Gesamtbestände von fünf großen Mastereien, welche von der Seuche befallen worden waren, verwertet, ohne daß sich die Schlachthof-verwaltung oder das konsumierende Publikum schónstens bedankt hätten!“

Unter solchen Umständen kann man sich freilich nicht wundern, wenn trotz der Grenzsperrre die Seuche sich in Deutschland unaußhaltbar verbreitet. Es wird amtlich auf-geklärt werden müssen, wie es kommt, daß die großen Viehzüchter sich auf solche eigenartige Weise vor Seuchen-verlusten schützen können, während doch bei Ausbruch einer Seuche angeblich sofort strenge Gehösi- und Viehsperrre ver-hängt wird. Dabei kommt noch in Betracht, daß die Schweinefleisch in schweren Fällen auch auf Menschen übertragen werden kann. Allerdings dürfte eine derartige Gesundheitschädigung unseren Herren Großagrariern kaum irgend welchenummer verursachen. Was Gesundheit — die Hauptsache ist der Profit!

### Volksschule und Schnaps.

In einem kurheffischen Provinzialblatt, an dessen Erscheinungsort sich ein Lehrerseminar befindet, war dieser Tage die folgende, gewiß aus Lehrerkreisen stammende Mitteilung zu lesen, die zweifellos geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen:

„Seit Jahren wurden die Volksschullehrer angehalten, in der Schule bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Schädlich-keit des Branntweingenußes hinzuweisen, und wohl jedes Besuch für Volksschulen enthält ein Stück, in dem ent-schieden vor dem Branntwein gewarnt wird. Nachdem seit kurzem nun vielerorts auf dem Lande Fortbildungsschulen errichtet sind, ist den Leitern dieser Schulen von landwirtschaftlichen Ministerium in Berlin das erste Heft einer Monatschrift für das ländliche Fortbildungsschullehrer in Preußen zugesandt, in dem sich eine Abhandlung über die industrielle Verwendung der Kartoffel findet. In diesem Aufsatze wird ausgeführt, daß ein großer Teil der Kartoffeln zur Herstellung von Feinbrennwein benutzt wird, daß der Kartoffelsprei unbedenklich zu den feinsten Likören ver-wendet werden könne. Dann heißt es wörtlich weiter: „Mit diesen Genossen, ist der Branntwein überhaupt nicht nur ein durchaus unschädliches, sondern ein entschieden betörmliches Genußmittel!“

Soll etwa der Lehrer die Fortbildungsschüler, die er früher doch vor dem Branntwein gewarnt hat, nun wieder zum Trinken ermuntern? Wenn die Schule mißbraucht wird, den Junkern ein unterwürfiges, frommes Arbeitsvolk heranzubilden, warum soll nicht auch die Schule noch als Reskameanstalt für die Spirituszentrale der Schnapsbrenner dienen?

### Die Duellanten.

Als Herr Professor Bernhard (ohne Pistole) neulich seinen Hörsaal betrat, wurde er, wie wir pflichtschuldigst vermelden, von den Studenten, denen seine Pistole mit einigem Recht weit mehr imponiert hat, als seine wissenschaftlichen Leistungen, mit für-mlichem Weisfallgetrampel empfangen. Herr Bernhard erklärte ihnen darauf, daß es sich bei seinem Streite mit Sering um „Verteidigung seines Katheders“ (mit Pistole) handle, worauf die Studenten nochmals trampelten.

Die Herren Professoren Sering, Schmoller und Wagner lassen nun durch einen Anschlag in der Universität ankünden, daß Herr Bernhard sie mit seiner Aeußerung beschuldigen wolle, sie hätten sein Recht auf Teilnahme an den sogenannten Haupt-vorlesungen verlegt. Er habe diese Beschuldigung erhoben, obwohl vom Herrn Rektor eine mit ehrengerichtlichen Verfassungen aus-gezeichnete Kommission eingesetzt worden sei und Herr Professor Bernhard sich aus diesem Anlaß schriftlich verpflichtet habe, sich der Deffentlichkeit in jeder Form zu enthalten. Schließlich erklären die drei Herren die Behauptung Bernhards aus-drücklich für un-wahr.

Man sieht, die Geschichte macht viel mehr Spektakel, als ein hübsches, kleines Duellchen. Und dabei ist sie doch viel weniger schid. Und das ist doch für einen preußischen Professor up to date nachgerade die Hauptsache. Denn gesellschaftliche Auftreten und gute Verbindungen sind doch für diese Kreise viel wichtiger als Wissen oder gar Charakter. Die Herren Sering, Schmoller und Wagner versehen vielleicht ihre Zeit nicht mehr.

### Geschwidriges Versammlungsverbot.

Der sozialdemokratische Parteilekceir Linde in Königsberg wollte am 18. Juni auf einem Grundstück der Gemarkung Bittchen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher verweigerte jedoch die Genehmigung, weil eine Stö-rung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. — Die Beschwärden Lindes wurden vom Landrat und vom Re-gierungspräsidenten abgewiesen, indem ausgeführt wurde: Der Besitzer des Grundstücks habe erklärt, daß die Versammlung ohne seine Zustimmung angeündigt worden sei. Unter diesen Umständen wäre ohne weiteres bei einer Genehmigung mit Rechts-widrigkeiten zu rechnen gewesen. Aber auch bei einer Zustimmung des Besitzers hätte mit einer Störung der öffentlichen Sicherheit gerechnet werden müssen. Erstens sei der vor-handene Zugangsweg ein Interessenweg, den die Anlieger eventuell hätten sperren können. Auch deshalb sei anzunehmen, daß das Auffuchen des Versammlungsortes nicht ohne Verletzung fremder Rechte vor sich gegangen wäre. Ferner sei der Versam-mlungsplatz nur sieben Morgen groß. Schließlich müßten noch einige kleine Holzgerien herhalten, die in einem ganz anderen Orte an einem Tage vorgekommen waren, an welchem dort eine Versammlung unter freiem Himmel geplant war, wegen Verbots durch den zuständigen Amtsvorsteher aber nicht stattfinden konnte.

Linde sagte und wies vor allem nach, daß der Besitzer des Grundstücks die schriftliche Erlaubnis zur Vernehmung seines Grundstücks gegeben hatte. Unter anderem machte er geltend, daß nicht nachgemittelt sei, daß auch nur einer der Anlieger die Vernehmung des Interessentenweges unterfóhrt habe.

Das Oberverwaltungsgericht hob den Bescheid des Regierungs-präsidenten auf und erklärte das Verbot der Versammlung für nicht



gerechtfertigt. Es steht auf dem Standpunkt, daß die Verhinderung der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wegen der eine Versammlung unter freiem Himmel nur verboten werden könnte, durch Tatsachen belegt sein müsse, aus denen sich nach vernünftigen Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe. Was in diesem Falle geltend gemacht sei, sei nicht ausreichend, das Verbot zu rechtfertigen.

### Offiziersentlassung wegen Respektierung des Gesetzes.

Von dem Ehrengericht im Landwehrbezirk Mühlheim a. Ruhr wurde der Rechtsanwalt und Notar Dammann als Oberleutnant der Landwehr mit schlichtem Abschied entlassen, weil er einen anderen Reserveoffizier, der ihn in einem Briefe beleidigt hatte, nicht zum Duell gefordert hatte. Dieser andere Reserveoffizier, ein Kaufmann K., war früher mit dem Rechtsanwalt Dammann befreundet. Als K. aber dem Rechtsanwalt 20 000 M. unterschlug, brach dieser den Verkehr ab. Die Folge war der beleidigende Brief. Obwohl nun Rechtsanwalt D. nachwies, daß sämtliche in dem beleidigenden Brief aufgestellten Behauptungen unwahr waren, und daß K. nicht nur ihm 20 000 M. unterschlugen, sondern auch andere um erhebliche Beträge betrogen hatte, wurde er dennoch mit schlichtem Abschied entlassen, weil er es unterlassen habe, sich gegen K. die „handesgemäße Genugtuung“ zu verschaffen! Und dies Urteil wurde bestätigt, trotzdem sich vorher K. erhob und nach seinem Tode von ihm begangene umfangreiche Unterschlagungen, Wechseltäuschungen usw. ans Tageslicht kamen!

Der Ober, die Offiziersdeputierten zu tragen, geht in unserem Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte also verlustig, wer der Meinung ist, daß ihn die brieflichen Insulten eines Defraudanten und Wechseltäuschers nicht beleidigen können. Wer die Ehre begriffe eines vernünftigen Menschen teilt und die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs respektiert, wird rücksichtslos aus dem Offizierskorps ausgestoßen!

### Schwarze Listen in Staatsbetrieben.

Die „Deutsche Industriezeitung“ behauptet, auf Grund authentischer Urkunden, daß bei der sog. preussischen Bauverwaltung das System der schwarzen Listen eingeführt ist. Diese Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die bei der Bauverwaltung auf Privatdienstvertrag angestellten Bautechniker, Architekten, Landmesser, Zeichner usw. Sobald einer von ihnen aus irgend einem — oft nur geringfügigen — Grunde sich mißliebiger gemacht hat und deshalb gefährdet ist, ergeht gegen ihn ein Verbot, an sämtliche Behörden, der eine weitere Anstellung im Staatsdienst unmöglich macht.

Die „Industriezeitung“ ist in der Lage, eine ganze Reihe derartiger Urteile im Wortlaut widerzugeben. Aus diesen geht hervor, daß es keineswegs nur ehrenrührige oder schwere Vergehen, sondern oft ganz geringfügige Differenzen sind, die den Erlaß einer solchen Protestkündigung zur Folge haben.

Die Zahl der auf die Liste gesetzten Techniker betrug bei der Bauverwaltung im Sommer 1909 achtzehn Namen. Fast allmonatlich kamen neue hinzu.

### Die liberale Bremer Bürgerschaft gegen ein demokratisches Wahlrecht.

In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft kam folgender, von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Wahlrechtsantrag zur Verhandlung:

„Die Bürgerschaft beschließt für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen einzuführen und die Wahlen nach dem Verhältnisystem vorzunehmen. Sie ersucht den Senat, dem Beschluß zuzustimmen.“

Die Genossen Rhein und Henke begründeten den Antrag, der aber nach längerer Debatte von den Liberalen kurzerhand abgelehnt wurde.

### Eine Spionengeschichte

macht zurzeit in Württemberg viel von sich reden. In Friedrichshafen am Bodensee wurde ein französischer Genieoffizier namens Charles Eugen Luz unter dem Verdacht der Spionage verhaftet, nach Stuttgart transportiert, vom Stuttgarter Amtsgericht dann dem Reichsgericht überwiefen. Ein deutscher Generalstabsoffizier soll dem Franzosen durch Oesterreich und die Schweiz nachgereist sein. Als dann der Franzose in Friedrichshafen wieder deutschen Boden betrat, habe ihn der deutsche Offizier verhaften lassen. Das Gepäck und die Papiere des französischen Genieoffiziers sollen noch in Oesterreich irgendwo sein.

### Frankreich.

#### Eine Eisenbahnerversammlung.

Paris, 8. Dezember. Die Eisenbahner hielten in der Arbeitsstätte zum ersten Male seit dem Zustand einer Versammlung ab, in der ein Verfassungsvertrag angenommen wurde, worin sie gegen die Verhaftung der Streikführer und gegen die Entlassung von Eisenbahnern, die am Streik teilgenommen haben, protestieren. Die Teilnehmer am Streik erklärten sich solidarisch und sprachen ihre Bereitwilligkeit aus, alles zu tun, um die Gesellschaften zur Wiederanstellung der Entlassenen zu zwingen. Schließlich wird Einspruch erhoben gegen das Urteil des Schwurgerichts von Rouen.

### Portugal.

#### Ein nuzreichendes Gesetz.

Lissabon, 8. Dezember. Die provisorische Regierung hat ein Dekret über die Ausstände veröffentlicht. Danach wird das Streikrecht sämtlichen Arbeitern mit Ausnahme der in Diensten der Regierung stehenden Arbeiter zuerkannt. Die Ausständigen müssen aber ihre Absicht, in den Streik zu treten, vorher ankündigen und zwar die Arbeiter in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken zwölf Tage, die übrigen Arbeiterkategorien acht Tage vorher.

Man sieht, die revolutionäre Regierung zeigt in diesen Einschränkungen ihren bürgerlichen Charakter sehr deutlich.

### China.

#### Die konstitutionelle Bewegung.

Peking, 8. Dezember. Die Mitglieder des Reichsausschusses verlangen dringend irgend eine Form von repräsentativer Regierung und zwar noch vor Vertagung des Reichsausschusses, dessen Sitzungen bis zum 21. Januar verlängert worden sind. Die Regierung ertvägt das Ersuchen sorgfältig.

## Aus der Partei.

### Gemeindewahlerfolge.

Bei der Gemeindewahl in Aken a. E. gelang es unseren Parteigenossen, trotz einer sehr starken Wahlbeteiligung der Gegner, die in unserem Besitz gewesene dritte Abteilung (acht Mandate) von neuem zu erobern.

Auch in Württemberg beteiligten sich unsere Genossen mit bestem Erfolge an den Gemeindewahlen. In Oberklingen brachten unsere Genossen ihre vier Kandidaten zum Bürgerausschuß glatt durch, in Neckargartach fielen uns von sechs

Mandaten vier zu, in Schramberg drei, in Gmünd drei, in Schwaitheim drei, in Tuningen und Oberndorf je ein Mandat. Es geht vorwärts auf der ganzen Linie.

### Vom Fortschritt der Presse.

Einen recht erfreulichen Erfolg kann die Magdeburger „Volkstimme“ konstatieren: Seit Beginn dieses Jahres hat sich die Zahl der Abonnenten um 6000 erhöht. Die letzte wirtschaftliche Krise hatte auch auf den Abonnentenstand unseres Magdeburger Parteiblattes einen äußerst ungünstigen Einfluß ausgeübt. Die Zahl der Abonnenten, die vor der Krise bis auf 24 000 gesunken war, sank bis auf 20 000. Jetzt hat die „Volkstimme“ ihren früheren Abonnenten-Stand um rund 2000 überstiegen.

### Polkzelliges, Gerichtliches usw.

#### Der verbotene Matlung.

In Essen hatte der Polizeipräsident zum 1. Mai einen Umzug verboten. Die „Arbeiterzeitung“ brachte danach verschiedene Anforderungen zur Teilnahme an der Matlung. Daraus konstruierte die Staatsanwaltschaft die Aufforderung zu einem verbotenen Umzug. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genossen Steinbüchel, zu 20 M. Geldstrafe, einen anderen Genossen, der den Aufzug „geleitet“ haben sollte, zu derselben Strafe.

Dem Staatsanwalt war diese Strafe zu gering, er legte Verurteilung ein und hatte das Vergnügen, daß die Strafkammer seinen Deduktionen folgte und die Strafe auf 50 M. erhöhte.

## Aus Industrie und Handel.

### Presse und Kapital.

In seiner Nr. 203 vom 12. November unterrichtete der „Vorwärts“ seine Leser an der Hand der Aktien über die eigenartige Affäre mit dem Elektrizitätswerk zu Velten i. Mark. Im Handelsteil des bürgerlichen Pressewaldes blieb es zunächst still. Schließlich, nach 14 Tagen, kam die „Frankfurter Zeitung“ mit einem anscheinend aus offizieller Quelle stammenden Artikel, mit dem der Versuch gemacht wird, die ganze Affäre als harmlos erscheinen zu lassen. Das unabhängige Organ unternimmt es sogar, dem „Vorwärts“ resp. der sozialdemokratischen Parteipresse, die den Vorgang an der Hand des einwandfreien offiziellen Aktenmaterials schilderte, Einseitigkeit vorzuwerfen. Das läßt Rückschlüsse zu auf die Praxis, die Interessen der Gesamtheit — nicht zu verletzen. Und wirft man Einseitigkeit vor und läßt das durch unwahre Behauptungen. Die Frankfurterin bemerkt, die Zahnmeier-Gesellschaft habe das Velteiner Elektrizitätswerk durch ihr Tochterunternehmen, die Deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, ausführen lassen. Eine gemeinsame Aufsichtsvollziehung der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Zahnmeier und der Deutschen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen hat aber am 27. Juni 1908 unter Punkt 2 ihrer Tagesordnung beschlossen: „Das Elektrizitätswerk in Velten wird von der E. A. G. für Rechnung der Deutschen Gesellschaft gebaut und betrieben. Die E. A. G. leistet der Deutschen Gesellschaft auf die Dauer von fünf Jahren eine Garantie der sechsprozentigen Verzinsung nach dreiprozentiger Amortisation des gesamten Kapitals.“ Aus diesem Beschluß des Aufsichtsrats geht doch hervor, daß der Auftrag für das Velteiner Werk von der Zahnmeier-Gesellschaft zur Konzeptions-„bewertung“ an ihre Tochtergesellschaft gegeben wurde, um dieser eine regelmäßige Jahreseinnahme zuzuführen zu lassen, die durchaus nicht gerechtfertigt war, denn der ganze Bau- und Betriebsauftrag blieb in den Händen des Zahnmeier-Unternehmens.

Die „Frankf. Ztg.“ kommt ganz allgemein auf Grund des Schiedsspruches zu der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn sich die ganze Angelegenheit in anderer Weise abgewickelt hätte, als dies tatsächlich der Fall gewesen ist. Gegen Agrarier wird das Blatt wohl nicht solche schonende Milde zeigen. In seiner eigenen Entschuldigung meint es noch, der Vertrag lasse es an der wünschenswerten Klarheit fehlen. Schon solche Feststellung muß aber ein eigenartiges Licht auf ein großes Unternehmen werfen, das nicht einen, sondern hundende solcher Verträge abschließt.

Das Bemerkenswerteste an dem ganzen elektrischen Vorhaben ist jedoch, daß die Zahnmeiergesellschaft das ihr vertraglich nicht zustehende und vorgesehene Recht, für Fremdbeteiligungen Zusätze zu erheben, sich auf die Art verschaffte, daß sie von Handwerksmeistern in Velten über den wirklichen Betrag und außerdem künstlich erhöhte Rechnungen ausreichen ließ, und diese zur Grundlage der Buchungen des Velteiner Werkes machte. Bei der Verberdung um den Bau und den Betrieb hatte die Gesellschaft ausdrücklich erklärt, daß sie alles selbst herstelle. Die „Frankf. Ztg.“ ist so naiv, trotzdem an der Praxis der Gesellschaft nichts Anstößiges zu finden.

Daß die bürgerliche Handelspresse ihre Leser nicht davon unterrichtet, wie keine Kommunen über den Köffel verdirbt werden, das spricht Bände. Gerade hier wäre Gelegenheit, festzustellen, wie die Gemeinden durch die Organisation des privaten Großkapitals ausgebeutet werden. Im Anschluß daran lassen sich Forderungen aufstellen, um die Gemeinde vor Ueberverteilung und vor Betrug zu schützen. Aber die sonst so eifrigen Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung schweigen in allen Sprachen.

### Auf Kosten des Volkes.

Die Ausfuhr Deutschlands an Brotgetreide und Mehl in den ersten fünf Monaten der beiden letzten Erntejahre, beginnend mit dem 1. August, betrug in Doppelzentner

Roggen	3 561 810	1 981 624
Weizen	2 829 859	1 577 987
Roggenmehl	785 634	460 955
Weizenmehl	670 708	646 823

Jede Tonne Ausfuhr an Getreide kostet dem deutschen Volke 50 respektive 55 M., die von den Exporteuren als Ausfuhrprämie eingestekt werden.

### Kunst wird gewünscht.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat schloß, wie jetzt bekannt wird, mit der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung angeblich auf Grund der kürzlich neu festgelegten Preise einen Lieferungsvertrag für das Rechnungsjahr 1911/12 ab. Bei früheren Abschlüssen ist dem Syndikat durch die Defensivität in seine eigenartige Preispolitik hineingezeichnet worden. Bekanntlich vollzog es kurz vor dem Zusammenbruch der letzten Hochkonjunktur noch mit dem preussischen Eisenbahnzentralamt einen dreijährigen Kohlenlieferungsvertrag, in dem die damals noch mühsam gehaltenen Hochkonjunkturpreise für alle drei Jahre festgelegt wurden. Dies geschah zu einer Zeit, als jeder halbwegs Sündige schon mit Sicherheit das kommende Sinken der Preise voraus sagen konnte. Kechnlich verfuhr man bei den Kohlenlieferungsverträgen mit dem Reichsmarineamt. Die „Hamburger Nachrichten“, eine getreue Vertreterin der Syndikatsinteressen, drohten damals, es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das Syndikat in einem Kriegsfall eventuell an die Marine keine Kohlen liefere, wenn sich das Marineamt unterlasse, statt der teuren deutschen die billigeren schottische Kohle zu kaufen.

Jetzt verlor das Kohlenyndikat die Methode, von seinen großen Abschlüssen mit Staatsämtern überhaupt nichts mehr bekannt werden zu lassen. Nicht einmal die Rheinisch-westfälische Zeitung, die dem Syndikat sehr nahe steht, kann über die näheren Bedingungen der Lieferung eine Auskunft erhalten! Wenn auch behauptet wird, daß die Lieferung zu den kürzlich erst

festgelegten, erniedrigten Preisen erfolgt sei, so besagt das gar nichts! Wenn das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat nicht reden will, dann muß die Regierung sprechen! Sie muß mitteilen, zu welchen Preisen und Bedingungen der Abschluß erfolgte. Das Volk will wissen, wie viel es den Syndikatsgewaltigen zahlen muß.

## Soziales.

### Vorurteil gegen Streikende.

Gestern fand vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III der Schmiedegeselle Paul Schmidt, der Verurteilung eingeleitet hatte gegen ein Schöffengerichtliches Urteil, welches ihm eine Woche Gefängnis auferlegte, weil er während des Schmiedestreiks einen Arbeitswilligen mißhandelt haben soll. Versuchte Nötigung und Körperverletzung hatte das Schöffengericht angenommen.

Der Strafkammervorsitzende, Landgerichtsdirektor Liebenow, begann die Vernehmung des Angeklagten so: Also es wurde gestreikt, der Zeuge Bachhaus arbeitete weiter, und Sie, Angeklagter, suchten in der üblichen Art den Mann auf Ihre Seite zu bringen. Die übliche Art ist die, daß der Mann bedroht wird, wie wir es nachträglich hier kennen zu lernen Gelegenheit haben. Sie haben vor der Schiede herumgelungert und den Zeugen gefragt, ob er dort arbeite. Wenn mich einer so gefragt haben würde, dann hätte ich geantwortet: Was geht das Dich an, mach dich Du fort! — Sie haben während des Streiks nicht gearbeitet; Sie suchten sich auch keine andere Arbeit, sondern saßen untätig in der Stadt herum.

Als der erste Zeuge, der angeblich mißhandelte Arbeitswillige Bachhaus, vernommen werden sollte, sagte der Vorsitzende beim Hinweis auf die Bedeutung des Eides: Sie müssen die reine Wahrheit sagen, nicht zugunsten, aber auch nicht zugunsten des Angeklagten von der Wahrheit abweichen. Es kommt ja vor, wenn ein Streik vorbei ist und die Gemüter sich wieder beruhigt haben, zu einem Zeugen gesagt wird: Na, Adoff, mach mal ein Quatsch und sage so aus, daß der Paul nicht verurteilt wird. Das wissen wir aus Erfahrung, daß es so gemacht wird. Ober: Wenn Du bei Deiner Aussage bleibst, dann kannst Du Deine Knochen nummerieren, dann steigt Du so viel, daß Deine Leide in keinen Satz paßt. — Auch das kommt vor. — Also sagen Sie die Wahrheit. Ich weiß ja nicht, ob Sie an Gott glauben, aber ich kann Ihnen versichern, da oben ist einer, der Ihre Gewissen quälen wird, wenn Sie unter dem Eide die Unwahrheit sagen. Außerdem sind wir da, die den Meineid mit schwerer Strafe ahnden.

Zur Sache selbst ergab die Verhandlung folgendes: Der Arbeitswillige Bachhaus ist nach dem Verlassen der Werkstatt von einigen Leuten, die ihm folgten, angesprochen und von einem geschlagen worden. Er kannte den Mann nicht, der ihn schlug. Er hat später von seinem Meister gehört, ein vorübergehender Sandkäufer habe gesehen, daß sich der dem Sandkäufer gut bekannte Angeklagte Schmidt unter den Leuten befand, welche dem Arbeitswilligen folgten. Dieser will dann in Schmidt den Mann wieder-erkannt haben, der ihn schlug. Der Sandkäufer Berger bekundete auch als Zeuge seine Wahrnehmung. Dagegen behauptet der Angeklagte, er habe den Arbeitswilligen nicht nur nicht geschlagen, sondern er sei zur fraglichen Zeit überhaupt nicht an dem betreffenden Ort gewesen. Wenn ich dabei gewesen wäre, würde ich es auch zugeben“ versichert der Angeklagte auf die eindringlichen Vorhaltungen des Vorsitzenden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn, plädierte in erster Linie auf Freisprechung, da ein direkter Tatbeweis nicht erbracht sei. Falls das Gericht aber trotzdem die Tat für erwiesen halten sollte, wäre nur eine unbedeutende Täuschung in Frage kommen, die mit einer geringen Geldstrafe hinreichend gesühnt wäre.

Das Gericht verwarf die Verurteilung. Wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung ausführte, hält das Gericht den Angeklagten nicht nur der versuchten Nötigung in Idealkonkurrenz mit Körperverletzung, sondern auch des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig.

Wer nun noch kein Vertrauen zur Vorurteilslosigkeit gelehrter Richter hat, ist ein unverbesserlicher Wahrheitsfucher.

### Das vertragsbrüchige Modell.

Gegen den Photographen Smutskij klagte gestern beim Gewerbegericht ein bei ihm als Modell beschäftigt gewesenes Fräulein im Weisande ihres jetzigen Arbeitgebers, des Photographen Sieglaff. Die Klägerin fordert 79,15 M. rückständigen Lohn und Herausgabe eines ihr gehörenden Kopfes. Der Beklagte hat im Wege der Widerklage eine Schadenersatzforderung von 750 M. geltend gemacht. Die Klägerin war mit ihm einen frhestens zum 1. April 1911 mit vierzehntägiger Frist kündbaren Vertrag eingegangen. In diesem hatte sie sich verpflichtet, sich während dieser Zeit von niemandem als ihm photographieren zu lassen. Die Klägerin, führt Beklagter an, sei aber schon nach wenigen Wochen zur Konkurrenz zurückgelassen und somit kontraktbrüchig geworden. Als Schaden mache er nur so viel, als die Klägerin Gehalt bekommen haben würde, geltend, nämlich nur 125 M. für jeden Monat des Vertragsbruchs, obwohl sich der Schaden auf etwa 2000 M. pro Monat belaufe. Denn es sei ihm, obwohl er wiederholt im „Lokal-Anzeiger“ inseriert habe, nicht gelungen, wieder ein Modell zu bekommen. Obendrein sei die Klägerin ein besonders gutes Modell, das nicht leicht zu ersetzen sei. Diesen Behauptungen hält die Klägerin entgegen, daß sie zur Lösung des mit dem Beklagten eingegangenen Vertrages durch den Rechtsanwalt ihres jetzigen Arbeitgebers, bei dem sie vorher beschäftigt war, angehalten worden ist. Das Vertragsverhältnis mit diesem war noch nicht rechtmäßig gelöst, als sie beim Beklagten eintrat. Im übrigen sei sie zur vorzeitigen Lösung des mit dem Beklagten eingegangenen Arbeitsverhältnisses berechtigt gewesen, weil sie dieser mit einem Aus-tätlich beleidigt habe. Auch habe ihr es nicht gefallen, daß sie sich von ihm immer aus- und anfeinden lassen sollte.

Das Gericht vertrat die Ansicht, daß die Klägerin, wenn sie noch anderweitig in einem Vertragsverhältnis stand, ein neues bei dem Beklagten nicht hätte eingehen dürfen. Nachdem sie es aber getan habe, sei sie auch für die vorzeitige Lösung verantwortlich zu machen. Der Auf könne als eine gräßliche Beleidigung nicht angesehen werden, nachdem die Beweisaufnahme ergeben habe, daß sich auch die Klägerin ziemlich frei und ungeniert mit entblößtem Oberkörper im Atelier des Beklagten bewegt habe. Damit mag sie den Beklagten zu dem Auf herausgefordert haben. Das Gericht empfahl den Parteien, sich dahin zu einigen, daß Beklagter die Verpflichtung zur Herausgabe des Kopfes anerkenne und im übrigen beide Parteien auf ihre gegenseitigen Ansprüche verzichten. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Die vom Gericht ausgesprochene Ansicht dürfte durchaus unzutreffend sein. Nimmt man auch mit dem Gericht an, das Modell sei gewerbliche Gehilfin gewesen, so rechtfertigte die Aufhaffung die Aufhebung des Vertrages. Es heißt die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man die doch im Interesse und auf Verlangen des Beklagten erfolgte Entblößung zugunsten der Klägerin wertet. Ein wider Willen gegebener Auf ist auch der Entblößten gegenüber eine grobe Beleidigung.



# Gewerkschaftliches.

## Ein Staatsanwalt als Lobspender der gewerkschaftlichen Organisationen.

Im Münchener Schweinefleischgewerbe herrscht seit Wochen Gewitterlage. Die Donner Justizias trachen um manche alte Stammfirma. Häßliche Gewohnheitsünden rächen sich. Dem Arbeiterpublikum, das auf billige Wurstware angewiesen, legt man jahrelang Erzeugnisse vor, die auf unglaublich ekelhafte Art zustande kamen. Die Münchener Gerichte haben nun schon eine ganze Reihe dieser Geschäfte verurteilt und verhängten Geldstrafen bis zu 1500 M. Auch am vergangenen Montag stand wieder eine Firma vor dem Landgerichte München. Sie hatte Stier- und Schweineaster zu Streichwurst verarbeiten lassen. Auch Fleischstücke, die in der Metzgerei 8 bis 14 Tage im Eislofen gehängt, schwarz geworden waren und übel rochen, wurden verarbeitet. Brät, das infolge der schlecht funktionierenden Wurstspitze auf die Maschenteile und auf den Boden fiel und voll Maschinöl und Rost war, wurde wieder verwendet. Einmal wollte ein Gehilfe dieses Brät, weil es schon ganz schwarz war, wegwerfen. Aber der Geschäftsinhaber meinte bieder und fromm: „Lu's nur nei; moan't denn, daß ma dös im Hausen no l'enn't?“ Eine andere Firma verarbeitete angelaufene, nicht mehr verkäufliche Wurst wieder zu nagelneuen usw.

Wer hat nun dafür gesorgt, daß diese Schweinefälle gereinigt wurden? Es war die Organisation der Fleischergehilfen, die diese Zustände der Öffentlichkeit unterbreitete und sich dafür den Dank breiter Konsumentenschichten erworb. Selbst der Staatsanwalt betonte in einem Plädoyer, daß die Metzgergehilfenbewegung auf die Verhältnisse im Münchener Charcutiergewerbe lustrifizierend gewirkt habe und daß durch sie schlimme Mißstände beseitigt worden seien.

O Staatsanwalt! Das tun die Organisationen der Arbeiter in allen Gewerben. Wer sie aber nichtdestoweniger am heftigsten verfolgt, das ist der Staatsanwalt!

### Berlin und Umgegend. Ein alter Bekannter.

Wir meldeten gestern, daß ein gewisser Buhmare? in der Bankstraße 33 zu Berlin den Dresdener Metallindustriellen Arbeitswillige „Antigewerkschaftler“ angeboten habe. Jetzt teilt man uns mit, daß der Gentleman nicht Buhmare?, sondern Kahmare? heiße. Es ist ein alter Freund des bekannten Herrn Lebius. Beide haben sich wiederholt geschlagen und vertrogen. Kahmare? scheint die Kenntnisse, die er sich im Lebius'schen Betriebe erworben hat, mit einer kleinen Modifikation nach dem Hinkelchen Rezept geschäftlich zu verwerfen zu wollen. Der Mann hat als Werkzeug des Herrn Lebius erfahren, wie leicht man auf diese Manier von den hartleibigsten Industriellen Geld herauszögen kann. Was Wunder, wenn er sich selbständig macht!

### Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter in Würzen ist beendet. Mit der Firma Zimmermann u. Kreiter wurde ein Tarif abgeschlossen, der für Buchbinder, Präger, Walzer und für einen Teil Kartonnagenarbeiterinnen Garantielöhne bei Akkordarbeit vorsieht. Für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Lohn wurden Mindestlöhne vereinbart. Die Verlängerung der Arbeitszeit beträgt 1 1/2 Stunde pro Woche. Die Garantielöhne variieren zwischen 900—1200 M. jährlich. Bei der Firma Krauer kündigten am 30. November 34 Arbeiter und Arbeiterinnen von etwa 60 Beschäftigten. Erst dann beugte sich die Firma, 10 Proz. Lohnerhöhung ab 1. Dezember zu bewilligen. Eine feste Vereinbarung durch Tarifabschlüsse konnte wegen der schwachen Organisation der Arbeiter nicht erreicht werden, die Kündigten nahmen das Zugeständnis an.

### Die Lehrverträge der Vielesfelder Wäscheindustrie.

Eine wichtige Entscheidung fällt das Gewerbegericht Vielesfeld, es erklärte die Lehrverträge der Wäscheindustriellen für ungültig. Die Lehrverträge in der Vielesfelder Wäscheindustrie verlangen fast alle eine zweijährige Lehrzeit, während eine eigentliche Lehrzeit bei den Rührerinnen höchstens ein Jahr, bei den Pläterinnen nur zwei bis drei Monate notwendig und sonst auch üblich ist. Nach dieser wirklichen Lehrzeit arbeiten die Wäscherbeiterinnen zu den üblichen Akkordlöhnen, sie sind keiner Lehrmeisterin mehr unterstellt, ja sie bilden teilweise sogar schon selbst wieder Lehrlinge aus. Es handelt sich also bei den Vielesfelder Verträgen lediglich um Scheinverträge.

Als der Streik in der Vielesfelder Wäscheindustrie ausbrach, haben auch diese „Lehrmädchen“ die Arbeit eingestellt. Ein Unternehmer wandte sich an die Polizeibehörde und verlangte auf Grund des § 127 der Gewerbeordnung die zwangsweise Zurückführung der Lehrlinge. Die Polizeibehörde lehnte dieses Ersuchen ab, weil der Lehrvertrag nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Eine Beschwerde des Unternehmers beim Regierungspräsidenten blieb erfolglos, da der Regierungspräsident die Entscheidung der Polizeibehörde für zutreffend erklärte. Nunmehr klagte die Firma beim Gewerbegericht gegen zwei Arbeiterinnen. Sie verlangte auf Grund des § 127g der Gewerbeordnung eine Entscheidung, in dem einen Falle 108.—M., im anderen 99.20 M. Das Gericht kam zur Abweisung der Klagen. In der mündlichen Begründung hieß es:

„Ein Lehrvertrag verlangt, um gültig zu sein, daß die Lehrzeit ausschließlich oder doch hauptsächlich der Ausbildung dient.“

Das ist bei diesen Verträgen nicht der Fall, sie müssen deshalb für ungültig angesehen werden.“

Diese Entscheidung ist von großer Bedeutung für die Arbeiterschaft, da zurzeit Hunderte von diesen Verträgen in der Vielesfelder Wäscheindustrie existieren und bisher immer hierdurch die Freizügigkeit der Arbeiterinnen unterbunden wurde. Auch vielen diese Verträge bei den Verhandlungen im gegenwärtigen Streik eine Rolle, da die Wäscherbeiterinnen auch in ihren Forderungen die Befreiung dieser Lehrverträge gefordert haben.

Der Fächengewerksverein, welcher seit vielen Monaten keine Monatsabrechnungen mehr veröffentlichte, bringt in seiner letzten Nummer endlich die Abrechnung für den Monat Oktober.

Es wurden an die Hauptkasse nach Offen abgeliefert 87 843 M. 107 Zahlstellen haben nicht abgeliefert. Auf diesem Wege eilt der gelbe Fächengewerksverein von Sieg zu Sieg — rückwärts. Die Streikbrecher gehen ihrem Bankrott entgegen. Der in jeder Nummer des „Vergnagens“ folgende alte Verband vereinnahmte dahingegen für den Monat Oktober 1910: an Mitgliederbeiträgen 175 888, an Extrabeiträgen 26 552 M., Gesamtsumme 201 940 M., mithin mehr 114 507 M.

Im Monat Oktober 1909 betrug die Einnahme des Bergarbeiterverbandes an Mitgliederbeiträgen 142 296 M., das ist eine Rehereinnahme für Oktober 1910 von 59 704 M. Dabei zeigt sich immerzu aufsteigende Bewegung.

### Gelbe Wahlmache.

Bergweisse Mittel werden von den Unternehmern angewandt, um den unaussprechlichen Zusammenbruch der gelben Herrlichkeit heranzu. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

nach außen zu verdecken. Bekanntlich wurde nach dem großen, für den Metallarbeiterverband verlorenen Kampf in der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Raumann in Dresden eine sogenannte Freie Vereinigung der Metallarbeiter aus den Arbeitswilligen gebildet. Jeder in den Betrieb eintretende Arbeiter mußte dieser gelben Vereinigung beitreten. Dabei wurde der größte Terrorismus angewandt. Aber nur wenige Jahre hat es gedauert, und die ganze gelbe Herrlichkeit ist schmächtig zusammengebrochen. Der Metallarbeiterverband hat heute wieder zahlreiche Mitglieder im Betriebe. Jetzt sollte nun die Vertreterwahl zur Betriebskassenkasse stattfinden. In den letzten Jahren beteiligten sich die meisten Arbeiter nicht daran. Sie ließen, um Maßregelungen zu vermeiden, die Gelben schalten. Eine vom Metallarbeiterverband einberufene Betriebsversammlung war von circa 600 Arbeitern besucht. Der Beginn der Versammlung, in der die Wahl stattfinden sollte, war drei Tage vorher durch Ausschlag im Betrieb auf 16 Uhr festgesetzt worden. Als Wahllokal war ein kleiner Raum in einer Gastwirtschaft, der höchstens 60 Personen faßt — bei einer Arbeiterzahl von circa 2000 — angegeben. Um 5 Uhr ist Fabrikschluß. Aber eine Anzahl sicherer Gelben erhielten schon um 16 Uhr die Erlaubnis zum Verlassen der Fabrik. Sie besetzten das Lokal und nahmen die Wahl vor. Zehn Minuten vor dem angeordneten Anfang der Versammlung schloß der Vorsitzende, der Proturist und Stadtrat Baumann, die Wahlhandlung. Draußen auf der Straße standen 5—600 Arbeiter, die in die Versammlung wollten. Natürlich ist die Wahl ungültig.

Der Vorfall zeigt, daß man selbst nicht vor offenen Ungehörlichkeiten zurückschreckt, wenn es sich darum handelt, unter allen Umständen den Schein aufrechtzuerhalten, als hätten die Gelben in dem Betrieb noch die Mehrheit.

### Ein Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis

bereitet sich im Malergewerbe in Mannheim-Ludwigs-Hafen vor. Der § 11 des Reichstaxtarifs für das Maler- und Tünchergewerbe sieht die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen vor. Die Unternehmerorganisation im Malergewerbe, die dem Industrie-Arbeitsnachweis der Scharfmacher angeschlossen ist, weigerte sich, bei der Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises mitzuwirken. Das Gutarifamt in Frankfurt a. M. verurteilte am 24. März dieses Jahres die Unternehmer, „in tündlicher Verschleierung“ den Arbeitsnachweis mitzuwirken zu errichten. Daraufhin traten die Meister mit der Gehilfenorganisation in Verhandlungen ein. Nach monatelanger Beratung stimmten die Vertreter der Unternehmer und die der Arbeiter einer Vorlage zu, die die Angliederung eines paritätischen Nachweises an den städtischen Arbeitsnachweis vorsah. In einer Unternehmerversammlung aber wurde die Vorlage einstimmig abgelehnt und beschlossen, beim Scharfmacher-Arbeitsnachweis als Mitglied zu verbleiben. Die Satzungen des Tarifs betrachten sie nicht als für sich bindend. Die frei- und christlich organisierten Maler und Tüncher beschlossen nun, im kommenden Frühjahr den Kampf gegen die Unternehmer um den paritätischen Arbeitsnachweis zu eröffnen.

### Ausland.

#### Gewonnener Streik in Warschau.

Nach neunwöchigem Streik nahmen die Arbeiter der Fabrik „Gulian“, die in einer Anzahl von 1900 Mann streikten, die Arbeit auf, nachdem einige von ihren Forderungen erfüllt wurden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Amerikanische Politiker über das Stimmrecht der Frauen.

En Urteilen über die Wirkungen des Frauenstimmrechts aus einer Reihe Meinungsäußerungen haben wir folgende hervor: So urteilt Senator Warren aus Wyoming folgendermaßen: „Ich bemerke, daß die Presse die Tatsache zu verstehen beginnt, daß die Emanzipation der Frauen befruchtend wirkt. Wir haben das Frauenstimmrecht in Wyoming seit 40 Jahren. Es bewährt sich gut von Anfang an, und ist seither für uns etwas so Natürliches geworden, daß es schwer ist, sich den Staat ohne dasselbe vorzustellen. An Hand der Praxis hat jeder Widerstand seit vielen Jahren aufgehört. Die Frauen interessieren sich und stimmen für öffentliche Angelegenheiten mit dem gleichen Verständnis wie die Männer. Sie fällen passend die öffentlichen Aemter aus, für die sie sich eignen, und sie haben niemals versucht, solche zu erringen, für die sie nicht befähigt sind. Das Amt der obersten Behörde für öffentlichen Unterricht wird nun seit fünf Jahren vorzüglich durch eine Frau verwaltet. Viele der Kreisfunktionspektoren, Sekretäre und Finanzbeamten sind Frauen.“

Es gibt zwei Wege, das Frauenstimmrecht zu erlangen; erstens, der gesetzgebende Körper eines jeden Staates kann den Wählern die Frage vorlegen, und wenn sie die genügende Mehrheit erlangt, so sind die Frauen jenes Staates wahlberechtigt. Zweitens kann der Kongreß der Vereinigten Staaten mit 2/3-Mehrheit den gesetzgebenden Körperschaften aller Staaten den Antrag vorlegen, und wenn 3/4 derselben ihn genehmigen, wären die Frauen der ganzen Union berechtigt, unter denselben Bedingungen wie die Männer zu wählen.

Senator Keller aus Colorado meint: „Wir haben das Frauenstimmrecht seit 1898. Wenn die Frage den Wählern heute noch einmal vorgelegt würde, so wäre eine Opposition kaum bemerkbar. Ich selbst trat erst dafür ein, als ich die segensreiche Wirkung in Wyoming sah. Wyoming's Erfahrung hat Colorado zum großen Teil beeinflusst. Sowohl unsere Staats-, wie Distrikts-Schulbehörden sind jetzt selbstverständlich immer Frauen. Frauen verwalteten diese Aemter mit hervorragendem Geschick, besser als die Männer, die ihnen vorangingen. Der Jugendrichter Lindsey in Denver wäre wahrscheinlich nicht wiedergewählt worden, wenn die Frauen nicht für ihn gewirkt und ihm ihre Stimme gegeben hätten. Die Frauen nähmen jedoch am meisten in den Wählerversammlungen; diese wagen es nicht, Männer von schlechtem Charakter aufzustellen, weil sie wissen, daß die Frauen nicht für sie stimmen werden. Es wäre z. B. unmöglich, einen Mann, der übermäßig trinkt, für irgendein Amt in unserem Staate gewählt zu sehen, seitdem die Frauen wählen. — Das Frauenstimmrecht wirkt ebenso gut in Dender mit seinen 200 000 Einwohnern, wie in den Randdistrikten. Die Ordnung und der Anstand in den Wahllokalen hat sich sehr verbessert, seitdem die Frauen dabei sind. Die Männer von Colorado gaben den Frauen das Stimmrecht, ohne daß diese große Anstrengungen machten, es zu erlangen. Wir haben gerade jetzt eine Frau in unsere gesetzgebende Körperschaft gewählt. Die Frauen haben bereits in der gesetzgebenden Körperschaft mit ebensolchem Verdienst und Geschick wie die Männer gearbeitet. Das Frauenstimmrecht hat bei uns Feind der Uebel verursacht, das die Gegner prophezeit hatten.“

Der Abgeordnete French aus Idaho gestand, daß er ein Gegner des Frauenstimmrechts war, als es 1896 von seinem Staat angenommen wurde. Durch praktische Erfahrung jedoch ist auch er bekehrt worden. Er meint, es habe den moralischen Ton des politischen Lebens im ganzen Staat gehoben, besonders in der Distriktpolitik. 40 Proz. der Wähler sind Frauen, sie sind unabhängiger als Männer. Sie wählen die Kandidatenliste nicht so, wie sie vorgeschlagen wird, wenn sie nicht die einzelnen Kandidaten billigen; sie sind frei von blindem Parteigeist, der zuweilen Männer dazu führt, für jemand zu stimmen, dessen Leumund schlecht ist, nur weil er auf ihrer Parteiliste steht. Mr. French glaubt, daß ein Amendement zur Unionsverfassung jetzt außer Frage steht, und er hält es für nötig, wegen des erzieherischen Wertes fortgesetzt darauf zu dringen.

Senator Sutherland aus Utah sagt: „Ich bin ein Anhänger des Frauenstimmrechts, da ich die praktische Wirksamkeit desselben in unserem Staate während der letzten 12 Jahre beobachtet habe. Wir haben es, seit wir im Jahre 1896 Staat geworden sind und es hat den ganzen Charakter unserer Politik gehoben. Es wählen

ebenso viele Frauen wie Männer, sie separieren sich niemals auf Grund geschlechtlicher Interessen. Es hat nie die geringste Klage über besessene, eine Frauenpartei zu bilden. Die Frauen haben ein besonders lebhaftes und wohlthätiges Interesse an unseren Erziehungsfragen genommen. Sie haben nie versucht, Aemter zu erlangen, für die sie nicht geeignet waren. Das Frauenstimmrecht hat gleich segensreich in Salt Lake City, wie in den ländlichen Distrikten gewirkt. Die Frauen sind mehr als Männer geneigt, einen schlechten Mann von der sonst guten Liste zu streichen. Die einmal aufgestellte Liste beeinflusst sie nicht so sehr wie die männlichen Wähler.“

Zum Schluß sei noch die Ansicht Senator Burrows aus Michigan mitgeteilt, eines Staates, wo die Frauen nur das Stimmrecht für Schulanangelegenheiten haben. „Ich glaube prinzipiell an das Frauenstimmrecht. Es gibt keine gesetzmäßigen Gründe, warum Frauen nicht wählen sollten. Der Versuch zum Amendement ist gegenwärtig untunlich. Der beste Weg ist es, Staat für Staat durchzulämpfen, bis eine Mehrheit dafür gewonnen ist. Dann würde Aussicht sein, das Amendement im Kongreß mit 2/3-Mehrheit durchzubringen und in solchen Fällen wäre es möglich, die Befähigung durch 2/3 der Staaten zu sichern.“

## Verfassungen.

### Des Volkes Wille das oberste Gesetz

lautete ein Thema, über das Genosse Wilhelm Düwelle, draußen im Viertel der Millionäre, im „Tiergartenhof“ referierte. Wie groß das Interesse an dem genannten Thema war, zeigte der überraschend starke Besuch. Der große, helle und freundliche Saal war voll besetzt und unter den Anwesenden sah man viel bürgerliches Publikum, das aufmerksam den Ausführungen der Redners lauschte, der seinen Vortrag unter stürmischem allseitigem Beifall zu Ende führte. — Als erster Redner in der Diskussion probuzierte sich ein versammlungsnotorischer Schwärzer, Wolf, der seine krausen Ideen entwickelte und zuletzt den — Juden die Schuld an den herrschenden Zuständen zuschob. Ein Hohngelächter aus der Versammlung fogte ihn von der Tribüne.

Dann nahm Genosse Dr. Moses das Wort, der in wirksamer Weise die Ausführungen des Referenten ergänzte und große Zustimmung und dröhnenden Beifall erntete.

Dr. Eden in Bab, Mitglied der Demokratischen Vereinigung, betonte, daß trotz prinzipieller Unterstützung der Kampf einmütig gegen die Reaktion geführt werden müsse. Im Falle einer Stichwahl hoffe er, daß die Sozialdemokratie Mann für Mann für den Demokraten eintreten werde. Umgekehrt würden sie natürlich ebenso handeln und dem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen.

Genosse Publiß erklärte, daß er es nicht begrüßen könne, daß in einem Wahlkreis, in dem der sozialdemokratische Kandidat Aussicht habe, zu siegen, ein Gegenkandidat aufgestellt werde. Aber auch sonst lösten bestimmte Handlungen der Demokratischen Vereinigung Bedenken aus, so die Zersplitterungsversuche durch Gründung eines Verbandes für Handlungsgehilfen und Gehilfinnen. Ein solches Vorgehen sei nicht gut zu heißen. Dies trage Verwirrung in die Reihen der kaufmännischen Angestellten, für die eine Organisation bestehe, die ihren wirtschaftlichen Fragen voll und ganz gerecht werde. Wenn die Handlungsgehilfen eine Besserstellung erreichen wollen, dann nur, indem sie sich der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen und bei der nächsten Reichstagswahl einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. (Großer Beifall.)

Dr. Bab erklärte noch, daß er und seine politischen Freunde mit der Neugründung eines kaufmännischen Verbandes nichts zu tun hätten.

Mit einem fulminanten Schlusswort des Referenten, der der Polizei, als unserem besten Agitator, ausdrücklich seinen herzlichsten Dank ausdrückte, schloß die imposante Versammlung, nachdem noch Trätterot einige zündende Worte an die Anwesenden gerichtet hatte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im „Tiergartenhof“ tagende öffentliche politische Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten W. Düwelle einverstanden. Die zahlreich anwesenden Männer und Frauen beschließen, mit aller Energie für die Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Reichstagswahl einzutreten, damit endlich des Volkes Wille das höchste Gesetz werde.“

Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie und ihren Kandidaten Düwelle zerstreuten sich die Teilnehmer.

## Gerichts-Zeitung.

### Schutz gegen Schulkente.

Wegen Körperverletzung im Ante ist am 31. August vom Landgericht Münster i. W. der Polizeisergeant Paul Kreienbaum in Dortmund zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte nur 150 M. Geldstrafe beantragt. Er hatte eines Abends die Arbeiter B. und W. wegen Verdachts, ruhestörender Lärm verübt zu haben, festgenommen. Er wollte sie zum Arrestlokal bringen und sagte: „Wenn wir sie verhaften, geht es besser.“ Er schlug B. mehrfach mit dem Säbel und verlegte ihm am Handgelenk. Im Arrestlokal brachte er auch dem W. erhebliche Verletzungen bei mittels des Säbels. Später hat er den Verletzten Schmerzensgeld gezahlt. Der Angeklagte will „sinnlos erregt“ gewesen sein. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Wahlen in England.

London, 8. Dezember. (W. Z. B.) Bis 10.30 Uhr abends waren gewählt: 136 Liberale, 189 Unionisten, 26 Vertreter der Arbeiterpartei, 45 Anhänger Redmonds und 5 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 12, die Unionisten 19 und die Arbeiterpartei gewann 4 Sitze. Der Führer der Arbeiterpartei, Barnes, wurde in Glasgow mit einer Mehrheit von 1278 Stimmen wiedergewählt.

### Die Differenzen im englischen Schiffsbaugewerbe.

London, 8. Dezember. (W. Z. B.) Es ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das den Streit im Schiffsbaugewerbe beilegt, doch bedarf es der Befähigung durch eine Abstimmung der Arbeiter. Wenn diese Abstimmung ein günstiges Resultat haben sollte, wird die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden. Nach dem Abkommen soll ein aus drei Mitgliedern jeder der beiden Parteien zu bildender Ausschuss bei Arbeitseinstellungen eine Entscheidung fällen. Falls die Mitglieder des Ausschusses sich nicht einigen können, soll von ihnen ein unabhängiger Unparteiischer ernannt werden, dessen Entscheidung als endgültig anzusehen ist. Wer auch immer vom Ausschuss als verantwortlich für einen Bruch des Werkstoffkommens in Verbindung mit einer Arbeitseinstellung befunden wird, soll, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, nach den Bestimmungen der bezüglichen Organisation abgeurteilt werden.



Stadtverordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michalet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des neugewählten Stadtverordneten Handelsrichter Unger.

Die Besprechung der Denkschrift des Magistrats über den Stand der Verkehrsfragen

wird fortgesetzt.

Dazu ist in der vorigen Sitzung der Antrag Kronz eingelaufen:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, in der, entsprechend dem Projekt des Herrn Baurats Krause, durch den Durchbruch der Bohlstraße nach der Viktorialstraße neue Verkehrswege geschaffen werden.

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortsch.): Als das bedeutendste Moment aus dem ersten dramatisch sehr lebhaft bewegten Teil der Debatte betrachte ich das unbedingte Bekenntnis des Oberbürgermeisters zum Bau und Betrieb von Bahnen von Stadt wegen. Der Beschluß von 1900 genügt eben nicht mehr; „jezt hilft kein Mundspinnen, es muß gepfliffen sein“, zumal das Zukunftsbild eines kommunalen „Groß-Berlin“ jezt, wenn auch unvollkommen, in Sicht gekommen ist. Wir müssen Groß-Berliner Verkehrsprobleme lösen, wenn wir nicht die Leitung in Groß-Berlin verlieren sollen. Das Bohlstraßenprojekt erscheint mir in diesem Zusammenhang nicht von der ihm zugeschriebenen Bedeutung; ich kann den Durchbruch nicht für so zwingend notwendig ansehen, daß ich die Verschandelung des Tiergartenviertels mit betrautworteten möchte; darum lehne ich den Antrag Borgmann ab. Den übertriebenen Straßenbahnfanatismus teile ich nicht; denn wir leben schon jetzt an einer Straßenbahnhypertrophie, die an den Anotenpunkten unseres Verkehrs eine Verkehrsnot erst schafft. Welche unmögliche Stauung und Störung des Verkehrs auf der Strecke vom Potsdamer Platz bis zur Bohlstraße durch die Kreuzung der Königsplatzstraße in so unmittelbarer Nähe des Potsdamer Platzes entstehen würde, hat heute eine Darlegung der „Vossischen Zeitung“ sehr anschaulich gemacht. Der natürliche Weg des großen Verkehrs von Osten nach Westen im Norden der Leipziger Straße geht vom Schloßplatz durch die Werder- und Französische Straße; er läuft sich tot an einem künstlichen Hindernis; den Ministerialakten. So unüberwindlich dieses Hindernis erscheint, es mühte alles versucht werden, es zu überwinden. Im Süden der Leipziger Straße ist das Hindernis der Potsdamer Bahnhof und der Potsdamer und Anhalter Bahnkörper. Auf diese Fragen geht auffälligerweise der Minister der öffentlichen Arbeiten mit keinem Worte ein. Der Potsdamer Bahnhof mühte verlegt und der Verkehr unterirdisch bis zum Potsdamer Platz geleitet werden. Es würde auch ein brillantes Terraingeschäft sein; ist denn kein Haberland da, es zu machen? Durchgeführt werden kann das Projekt nur durch den Staat in Verbindung mit der Stadt.

Zu den Untertunnelungsplänen der „Großen“ muß die Stadt gleichfalls Stellung nehmen, aber natürlich nicht im Sinne der Pläne der „Großen“, sondern zur Lösung der Probleme der unterirdischen Verbindung der Vorortstrecken. Daß das Verhältnis der Stadt zur „Großen“ ein Hemmnis für die Lösung des Verkehrsproblems ist, ist richtig; die Schuld daran aber trägt doch der Staat, insbesondere das Eisenbahnministerium, durch die Verlängerung der Konzession der „Großen“ bis 1949. Eine fruchtbarere Verkehrspolitik ist in Berlin nur möglich, wenn unser großer Bruder Staat seine falsche Frontstellung an der Seite der Aktiengesellschaft zugunsten der Stadt aufgibt. Es geht doch nicht, daß Staat und Stadt weiter leiden, während nur Lantienne und Dividende Vorteil haben. Die Linie Gesundbrunnen-Rixdorf sollte weder die A. E. G. noch Siemens-Schubert besitzen. Die Notwendigkeit städtischer Linien ist doch die Hauptsache. Bleibt es dabei, daß Stadt und Gesellschaften sich in den Bau und Betrieb teilen, so wird schließlich immer die Stadt das Risiko tragen, die Gesellschaften aber werden den Vorteil haben. Darum sollte sich die Stadt von jezt an das Eigentum an den neuen Verkehrsmitteln sichern; unter diesem Gesichtspunkt könnte sogar die Schwedebahn an landwirtschaftlichem Reiz gewinnen. Das ist zwar alles Groß-Berliner Verkehrsprobleme, aber eine andere läßt sich angeht das Zwangsverbandsproblem nicht mehr treiben.

Oberbürgermeister Kirschner: Ich pflege mich mit dem Erreichbaren zu beschäftigen, denn die Erfahrung lehrt, daß man, wenn man sich mit Nichterreichbarem beschäftigt, Erreichbares verjährt (Zustimmung). Es ist Ihnen bekannt, daß die Direktion der „Großen“, gezeichnet „Kide“, eine öffentliche Erklärung erlassen hat, anknüpfend an die von mir in der letzten Sitzung getane Äußerungen. Die Direktion entnahm ihre Information aus den Zeitungen und glaubte anknüpfen zu können an das Wort, daß sie die Verlängerung der Konzession „erschließen“ habe. Ich habe dieses Wort nicht gebraucht; der stenographische Bericht enthält es nicht. (Redner verliest den Text seiner Äußerung.)

Kleines feuilleton.

Ein „Palast“ für reiche Leute. Die genossenschaftliche Idee macht auch in Kreisen, die als sozial-individualistisch gelten, merkwürdige Fortschritte. Wer hat bestiger die sozialistischen „Gestirne der Familie“ verflucht, das „Kaiserideal“ des Palastierums verhöhnt, als der französische Bourgeois? Und nun wird just in der Umgebung von Paris ein Unternehmen erachtet, das eine Vermittlung der fourierischen Utopie auffallend ähnlich sieht, mit dem Unterschied freilich, daß es nur für eine beschränkte Zahl von privilegierten der heutigen sozialen Ordnung bestimmt ist. Der Arzt Théron hat eine Organisation gegründet, die den Genossenschaftlern alle „bürgerlichen Freuden“ verschaffen soll. Die Genossenschaft, die den geschmacklosen Namen „Homo-Lux“ (homo ist die englische Bezeichnung für Heim, lux steht für luxu = Luxus) führt, hat die über 70 Hektar große Domäne des Schlosses von Mesnuls bei Versailles angekauft. Das Schloß stammt aus der Zeit Ludwigs XIII. Es soll indes nicht den Genossenschaftlern, sondern nur ihren gelegentlichen Besuchern zur Unterkunft dienen. Für die Pensionäre werden in einem Teile des Parks 100 kleine Villen errichtet. Jede hat ein reserviertes Gärtchen. Ein Zentralgebäude enthält Speisefäle mit gemeinschaftlicher Tafel und kleinen Sälen, große und kleine Salons, Rauch- und Billardzimmer, Lesesaal, einen Wintergarten, Säle für Hydrotherapie und eine Badeanstalt. Bier- und Gemüsegärten, eine schattige Waldpromenade, ein Krankenpavillon mit eingerichtetem Pflegedienst ergänzen die Einrichtungen. Aber auch für Sport und andere Vergnügungen ist Sorge getragen. Der Preis für diese verfeinerte Schloßherberge ist für Leute, deren Lebensgewohnheiten sich auf diesem Niveau befinden, verhältnismäßig gering. Für 6000 Fr. jährlich werden diese privilegierten eine Villa für sich allein, mit Telefon, mit allen Wohlzeiten, mit Beleuchtung, Heizung, Wäsche, Krankenbehandlung usw. und vollständiger Bedienung haben. Ein Familienmitglied ist als Mitbewohner zugelassen, auch wird gegen eine mäßige Pension ein Privatdiener von der Genossenschaft erhalten. Man sieht, die Freunde des Schlosses von Mesnuls sind nur begünstigten Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft vorbehalten. Aber ist das „Luxusheim“ nicht ein — sozialistisches Zukunftsbild?

Die Urgeschichte der Medizin ist durch die Ausgrabungen in Vorderasien um eine große Summe neuer Entdeckungen bereichert

Unser Standpunkt ist der, daß die „Große“ die Konzession bis 1949 nicht erbitten und sich nicht erteilen lassen durfte, wenn sie ernstlich gewillt war, ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen und gegenüber zu erfüllen, weil wir einen vertragsmäßigen Anspruch auf Ueberlassung des Bahnkörpers und auf Selbstbetriebs nach 1919 hatten. Dadurch, daß sie die Verlängerung erlangte, hat sie den Versuch gemacht, sich selbst unmöglich zu machen, die Verpflichtungen uns gegenüber zu erfüllen. Bei den richterlichen Entscheidungen mußte auch die Frage, ob ein Einpruchrecht der Straßenbahn aus dem Gesichtspunkte der Konkurrenz überhaupt besteht, geprüft werden, und das Reichsgericht hat ausgeführt, daß vom Kammergericht richtig ausgeführt sei, daß das Streben der Klägerin allerdings dahin ging, den Bau von Konkurrenzbahnen auszuschließen, daß sie dies aber nicht erreicht, die Beklagte vielmehr sich volle Freiheit vorbehalten und die Klägerin sich durch Abschluß der Verträge unterworfen hat. (Hört fort!) Das ist die klare Feststellung, daß jener Anspruch im Prinzip verworfen ist. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Auch wir können den Antrag Borgmann nicht akzeptieren. In überwiegender Mehrheit lehnen wir das Bohlstraßenprojekt überhaupt ab. So utopisch scheint mir die Durchlegung der Französischen Straße — man könnte auch an die Ragerstraße denken — doch nicht; der Magistrat sollte ein solches Projekt ausarbeiten und den Behörden einreichen. Auch die Preussischen Vorschläge bezüglich der Potsdamer und Anhalter Bahn können wir nur begrüßen. Auch eine Schwedebahn will mir nicht „für eine Großstadt unerträglich“ vorkommen; im Vergleich mit einer Hochbahn hat sie viel weniger Bedenken gegen sich. Mit 40 Millionen würde sie ins Leben gerufen werden können; die Untergrundbahn auf derselben Strecke käme auf 100 Millionen zu stehen; 60 Millionen Anlagensumme würden also gespart werden. Der Magistrat sollte daher tropaladem das Projekt nochmals ernstlich prüfen. In der Besthafragefrage ist noch nichts geschehen, obwohl der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin in zwei bis drei Jahren fertig sein wird. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (R. L.): Der Schwedebahn habe ich hier zuerst das Wort geredet, werde mich aber hüten, darüber jezt etwas zu sagen, wo wir gegen unseren Willen ein solches Projekt aufgehalten bekommen sollen. (Zustimmung.) Der Ministerbrief vom 12. November sagt uns mit dürren Worten, daß wir nach der Ablehnung des Bohlstraßenprojektes zu den Tunnelprojekten der „Großen“ Stellung nehmen müssen. (Widerspruch.) Was die „Große“ betrifft, so erkläre ich persönlich schon heute, daß ich bereit bin, nach 1919 auch den Betrieb der „Großen“ Straßenbahn zu übernehmen. Ich verweise auf die Resultate der von uns betriebenen Siemens-Linien, an die städtische Verwaltung der Wasserwerke, Gasanstalten usw. Wer hindert uns denn übrigens, innerhalb der Stadtverwaltung einen Organismus zu schaffen, der uns für die Straßenbahn dieselbe Beweglichkeit verschafft, wie sie einer privaten Gesellschaft eigen ist? In der Bohlstraßenfrage lasse ich mich doch mehr von den Verkehrsgelehrten des Magistrats und Ministeriums leiten. (Zuruf des Stadtv. Rosenow: Regierungskommissar!) Kollege Kommissar, Sie sind der Letzte, einen solchen Vorwurf zu erheben. Gegen die Tunnelprojekte ist der Bohlstraßenprojekt die einzige Waffe. (Widerspruch.) Der Antrag Borgmann ist ja gegenüber der ablehnenden Haltung der Magistratsmehrheit und ihres Führers Dr. Reide eine leere Demonstration; dennoch stimme ich für ihn. Die Ministerialakten bekommen wir ja doch nicht, und wollen Sie wirklich warten, bis Potsdamer und Anhalter Bahnhof verlegt sein werden? Da können Sie lange warten. Das Schlimmste ist, daß nachdem der Kaiser sich 1908 auf die Seite der Stadt gestellt hat, jezt die Stadt Reine sagt. Ich würde den Tag segnen, wo wir in den Besitz der „Großen“ kämen, mühte es selbst mit einem Opfer sein. (Lebhafter Widerspruch und Lachen.) Es gehört nur Mut dazu. (Vielseitiger Zuruf: Und Geld! Große Heiterkeit.) Ich habe es noch nicht erlebt, daß der Oberbürgermeister so von der Mehrheit des Magistrats und der Versammlung verlassen wurde; ich stelle mich rückhaltlos auf seinen Standpunkt.

Stadtv. Cassel (R. L.): Ob Herr Rosenow mit seiner Stellungnahme uns den Kauf der „Großen“ erleichtert, steht doch sehr dahin. Wenn man mit einem Kontrahenten ein Geschäft machen will, darf man sein Gebot nicht zu laut auf dem Markt ausprechen. Die Rentabilität von Betrieben, die die Kommune übernehmen soll, muß, wenn auch nicht von allem Anfang an, so doch auf die Dauer gesichert sein, will man nicht die Finanzen einer Stadt zerrütten. Gegen den Antrag Borgmann ste im men wir, weil das Projekt uns allen, auch den ursprünglichen Freunden, immer bedenklicher erschienen ist, weil wir aber vor allem dem Magistrat das Opfer der Ueberzeugung nicht zumuten können.

Die Zwangsverbandsvorlage kennen wir ja heute noch gar nicht im einzelnen. Wenn das Zwangsgebot kommt, sind aber die Interessen Berlins schwieriger zu schützen, wenn aus unseren eigenen Reihen ein solcher Vorwurf ertönt. (Beifall.)

Stadtv. Labowitz (R. L.) wendet sich gegen die Ausführungen der Kollegen Borgmann und Rosenow in bezug auf das Bohlstraßen-

worden. Während bis jezt die ägyptischen Urkunden, namentlich der berühmte Papyrus Ebers, als die ältesten medizinischen Ueberlieferungen gelten, ist ihnen nunmehr durch die Funde in Assyrien und Babylonien der Vorrang abgelaufen worden. Man weiß jezt, daß schon unter der Regierung des in letzter Zeit so häufig genannten Königs Hammurabi vor rund 4100 Jahren eigene Gesetze für das Arztgewerbe erlassen wurden, worin beispielsweise die Höhe der Honorare für verschiedene Operationen festgesetzt wurde. Sogar an das Auge wagten sich die damaligen Ärzte schon heran, um den Star zu operieren. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese hohe Entwicklung der Medizin zu jener Zeit eine mächtige Wirkung auf die Nachkommen ausübte, und ohne Zweifel sind sowohl die Ägypter wie die alten Juden (Moses), sowie endlich auch der Griechische Hippokrates durch die assyrischen Ueberlieferungen unmittelbar gefördert worden. Die solange im Brauch gewesene Gewohnheit, den Hippokrates als den eigentlichen Vater der Medizin zu betrachten, hat somit eine starke Erschütterung erfahren, und man muß diesen berühmten Mann vielmehr als einen Höhepunkt einer langen Entwicklung annehmen. Noch weiter in die Vergangenheit führt die Untersuchung vorgeschichtlicher Gräber zurück, die gelehrt hat, daß man sogar damals schon vor einschneidenden Operationen nicht zurückschreckte. Insbesondere steht es fest, daß in vorgeschichtlicher Zeit bereits Schädelöffnungen (Trepanationen) ausgeführt wurden. Außerdem haben die Altertumsforschungen zu der Erkenntnis geführt, daß viele der meistverbreiteten Krankheiten der Gegenwart schon vor Jahrtausenden die Menschheit geplagt haben, unter ihnen die Tuberkulose, die Blinddarmentzündung, Nieren- und Gallensteine, die Augenentzündung (Trachom), sowie die Gelenkentzündung, wahrscheinlich auch die Syphilis, diese freilich nur in Südamerika.

Wegen Jhs-Beleidigung verurteilt. Aus Paris wird uns geschrieben: Das Lesefomitee der Comédie Française hat ein Drama La Foi (Der Glauben) von Brieux abgelehnt, weil es — die altägyptischen Götter lästert. Die Kunstfunktionäre des Nationaltheaters haben sich offenbar die Ehre des Wirbelschmerz „Roger“, die ihnen die Unzufriedenheit der gutgütigen Gesellschaft einbrachte, zu Herzen genommen und wollen jezt nicht nur die katholische Religion, sondern in Anbetracht der Solidarität der Priesterschaften auch die der heidnischen Vergangenheit und Vordringlichkeit schämen. Allerdings läßt eine Mitteilung P. G. Loxions in den „Droits de l'homme“ diese Feinfehlung einigermaßen erklärlich erscheinen. In seinem ersten Entwurf spielte nämlich die Handlung nicht in einem ägyptischen

projekt; die große Mehrheit der Neuen Linken wisse dem Magistrat für die Ablehnung Dank und sehe die Klagen über die Verkehrsstände am Leipziger und Potsdamer Platz als sehr übertrieben an.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der Oberbürgermeister hat vor acht Tagen eine Uebersicht über die Gründe gegeben, welche die Verschleppung der Verkehrsprojekte erklären. Das Bohlstraßenprojekt hat in uns aber überhaupt nicht beschwächt, die Verschleppung ist da im Magistrat selbst erfolgt. Wenn er das Verfahren des Magistrats nun ritterlich verteidigt, so wird dadurch sachlich nichts geändert. Die Nord-Südbahn hatte auch eine lange Reihe von Schwierigkeiten durchzumachen, und auch hier ist die Verschleppung zum Teil im Magistrat herbeigeführt worden, weil man sich von gewisser Seite über die schon gefassten Gemeindebeschlüsse einfach hinwegsetzte. Die Rede des Kollegen Dr. Preuß ist mir schon etwas magistratsfromm, ist mir schon etwas als eine Programmrede vorgekommen (große Heiterkeit); daß er dabei sehr glücklich operiert hätte, kann ich nicht sagen.

Es handelt sich bei dem Bohlstraßenprojekt nur darum, die Linien, welche unnötigerweise Potsdamer Platz und Leipziger Straße betreffen und dann nach der Wauer- und Charlottenstraße abzulenken, schon vorher durch die Bohlstraße abzulenken. Sicherlich sind solche Unternehmungen nur im Einvernehmen von Staat und Stadt durchzuführen. Für den Augenblick aber sind doch diese Fragen überhaupt nicht aktuell. Es besteht aber ein Gemeindebeschlüsse, die Bohlstraße nach der Rennstraße durchzulegen; insoweit hatte auch Bürgermeister Dr. Reide keinen Anlaß, uns zu erklären, der Magistrat hätte gar keine Veranlassung, uns von seiner Stellungnahme zu dem Projekt Mitteilung zu machen. Daß die dreimalige Ablehnung durch den Magistrat verhindert, der Sache nochmals näher zu treten, verhehe ich nicht. Die Verkehrsdeputation hat ebenfalls wiederholt fast einstimmig den entgegengesetzten Beschluß gefaßt. In schmählicher Weise ist der Oberbürgermeister vom Magistrat im Stich gelassen worden. (Vorsteher Michalet rügt diesen Ausdruck.) Wenn vor 10 oder 15 Jahren unserer Anregung Folge gegeben wäre, die „Große Berliner“, also die noch Pferdebahn war, zu erwerben, dann hätten wir die heutigen Schwierigkeiten nicht. Welche schwere Entbindung der freiwillige Zweckverband war, weiß doch auch Herr Cassel ganz genau; darauf kann er sich jezt nicht berufen. Sie tragen eben gerade die Schuld an der jetzigen Lage, weil Sie niemals bereit waren, den richtigen Moment zu erfassen; die Klagen des Oberbürgermeisters sind in dieser Beziehung nur zurechtigt. Ein Rückschein war unser Beschluß von 1901, nach dem keine neuen Bahnen mehr Privaten übertragen werden sollten; aber wie hat sich seitdem alles geändert! Selbst in der Audienz abgegebene Erklärungen haben nicht innegehalten werden können. Die Fädel des Zwangsverbands haben Sie durch Ihr Verhalten redlich verdient! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Stapp (R. L.) hält die momentane Lage zu gegenseitigen Refraktionen nicht für angehen. Der Wettbewerb von Groß-Berlin hat gezeigt, daß, was jezt noch eifrig umstritten wird, in wenigen Jahren bittere Notwendigkeit geworden sein dürfte. Die Denkschrift sollte nach der Seite noch ergänzt werden, daß man den drei Preissträgern des Wettbewerbs ermögligte, ihre großen Projekte dem Magistrat und der Versammlung im einzelnen vorzuführen.

Stadtv. Goldschmidt (R. L.) schließt sich im ganzen den Ausführungen von Preuß und Stapp an.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag Kronz wird in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Die Versammlung nimmt den Magistratsbericht zur Kenntnis.

Das städtische Schreunendiertelgelände soll jezt an die „Neue Bodenaktiengesellschaft“ für 6 700 000 M. verkauft werden. Nach dem Kaufvertragsentwurf werden am Auffassungstage nur 10 Proz. der Kaufsumme vor gezahlt, der Rest soll bis 1. Januar 1916 gestundet und bis dahin mit 3 1/2 Proz. verzinst werden. Auf die Wertzuwachssteuer soll die Stadt verzichten. An das Angebot hält sich die Gesellschaft bis zum 15. Januar 1911 gebunden.

Stadtv. Böser (R. L.) beantragt Ausschussberatung. Da die Gesellschaft sich nur bis 15. Januar 1911 gebunden habe, solle man den Ausschuss sofort ernennen. Ich wurde gestern auf der Börse gefragt, ob es noch Zweck habe, 300 000 M. mehr zu bieten; es mühten aber nach meiner Meinung schon 500 000 M. mehr sein. Den Erlaß der Wertzuwachssteuer muß ich monieren; eine Steuer, die wir selbst eingeführt haben, können wir nicht einfach erlassen; sie würde aber bei etwa 18 Proz. 400 000 M. betragen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Es heißt in der Begründung, die Ursachen des Mangels an günstigen Angeboten lägen in der allgemeinen schlechten Konjunktur und an dem Handwerkerstreik. Ich hätte das nicht geglaubt, wenn ich es nicht schwarz auf weiß gesehen hätte. Dieses Weich ist lediglich gegen die Kaufpreulanten gerichtet; wenn dadurch der Preis herabgefallen wäre,

Heiligtum, sondern in Lourdes ab und der enthaltene Pfaffen-schwindel war der in dem Bhrnänort mit dem „Bunder“ der Vernadotte betriebene. Der durchaus nicht freidenkerisch unerfüllliche Vrienz hat kein Drama indes total umgearbeitet, um sein Kergernis zu geben. Auch ist die Tendenz nichts weniger als religionsfeindlich, vielmehr bekennt sich der Autor zu der schönen Maxime, daß für die Armen im Geist der religiöse Hofuspolus wohlthätig und notwendig sei. Aber die edle Moral: Die Religion mühte dem Volk erhalten werden, hat dem Ethik democh keinen Pardon erwirkt. Es liegen eben die Analogieschlüsse vom Hundst der Leute von Memphis auf den anderer Leute allzu nahe.

Humor und Satire.

Der Duellprofessor.

Früher defundiert er seine Ehre Mittels der gefüllten Intenöröhre Oder aber mit dem dito Monte. Heute greift er tüchtig zur Pirtaule.

Statt wie sonst mit hochgelahrten Wörtern Einen Streitfall sachlich zu erörtern, Knallt er jezo mit dem Säleghewehre Löcher in die deutsche Atmosphäre.

Solkertweise ist der Herr Professor Nicht mehr Wäher- sondern Eisenfresser, Weil er sich als Leutnant der Reserw Keinen Lusch gefallen lassen darf.

Und wir öffnen unsre Preukenlehle Num harmonischen Durrogegröle. Dell ihm, der den Segner unschmerzt Ad absurdum mit dem Knallschiff führt.

Notizen.

— Musikchronik. Das fünfte Sonntagskonzert des Schiller-Theaters, das am Sonntag, mittags 12 Uhr, stattfindet, wird ausschließlich Werke von Mozart bringen.

— Das Marionettentheater Münchener Künstler bereitet für die Weihnachtszeit eine Neuaufführung der „Zauberberge“ vor. Es ist dies jenes an Verwandlungen und Humor sehr reiche Märchenpiel des Grafen Pocci, zu dem Professor J. Pradi die Figuren und Dekorationen fertigt.



Hätten wir es demnach nur mit Hauspekulanten zu tun gehabt. (Ahrh.) Dieses einstimmig vom Reichstage angenommene Gesetz hier in solchem Sinne anzuführen, ist in der Tat ganz außerordentlich auffällig. Der Magistrat hätte uns doch im einzelnen nachweisen sollen, warum ein Sinken festgefunden hat; das war doch mindestens zu verlangen. Dann soll die Wertzuwachssteuer den Wert der Grundstücke herabgedrückt haben. Wenn solche Behauptungen aufgestellt werden, müssen sie durch Tatsachen bewiesen werden. Heute wird in manchen Berliner Gegenden der zehnfache Preis gezahlt wie vor 5 oder 10 Jahren. Gewiß sind die Gegenden verschieden, aber wie kann man uns eine Vorlage so oberflächlich begründen? Das heißt doch geradezu, das Geld der Stadt zugunsten von Privatgesellschaften hinauszuerufen. Weshalb wollen wir die Behauptung des Geländes nicht in eigene Regie nehmen? (Ahrh.) Wir brauchen eine Reihe von Grundstücken, wir brauchen ein Bibliotheksgebäude, höhere Mädchenschulen usw. Wenn der Anfang des Baus auch nur mit einigen Grundstücken durch die Stadt gemacht würde, wäre das schon ein Vorteil. Und wo bleibt der

#### Hygienische Gesichtspunkte?

Wie verwenden 10-20 Millionen darauf, einen unhygienischen Stadtteil zu sanieren; jetzt verkaufen wir ihn ohne die geringste Gewähr, daß nicht die alten Zustände wiederkehren! (Juruse.) Nein, wir selbst sollen die Baupolizei sein; hier haben wir ein Terrain, wo wir die Macht haben, hygienisch zu bauen. In dem Vertrag wird aber nicht das Geringste vorgeschrieben, nur daß eine nette Fassade sein muß. Also: Auchen hui, innen psui!

Solchen Vertrag habe ich wirklich noch nicht gesehen. Viele sagen, es solle doch endlich gebaut werden. Jawohl, fangen wir doch an, die andern werden schon nachkommen. Im Vertrage steht kein Satz, wann gebaut werden muß; die Gesellschaft kann machen, was sie will, kann verkaufen und den Käufern überlassen, zu bauen, wann sie wollen. Es geht soweit, daß das Kaufgeld, abgesehen von einem Trinsgeld, erst am 1. Januar 1916 gezahlt werden soll! Manchmal baut ja der Magistrat sehr langsam, aber zu einem Privathaus würde auch er nicht 6 Jahre gebrauchen. Wenn wir bauen, würden wir früher fertig. Die Kurve der Grundstückspreise geht überall, auch im Scheunenviertel, mit geringen Unterbrechungen in die Höhe; glaubt denn einer von uns, daß die Gesellschaft auch nur einen Pfennig unter dem Preis von vor drei Jahren losgeschlagen wird? Hier soll das Geld der Steuerzahler preisgegeben werden. Vor kurzem sollten wir noch 8 1/2 Millionen kriegen, jetzt heißt es, wir kriegen 6,7 Millionen. Aber das ist auch nur Schein. Es sollen abgeben die 120 Anliegerbeiträge; das macht ungefähr 700 000 M. Das Kaufgeld ist dann doch bloß noch 6 Millionen. Weitere Kosten, die der Stadt auferlegt sind, nicht dem Käufer, sind die Asphaltierung und Beleuchtung zweier Straßen und die Herstellung von Schmutzkanälen.

Wie kam man das einer Käuferin in den Vertrag schreiben? (Juruse.) Weil sie sonst nicht kauft! Vor solchen Forderungen würde sich ein Großkaufmann hüten. Aber es kommt noch besser! In § 13 ist ausgemacht, daß die Wertzuwachssteuer nicht vom Käufer oder späterem Käufer, sondern von der Verkäuferin getragen werden soll. Die Steuer liegt zwischen 5 und 10 Prozent; je länger der Verkauf hinausgeschoben wird, desto höher die Steuer. Es könnte, wenn die Gesellschaft geschickt operiert, und der Vertrag beweist ja schon ihre außerordentliche Geschicklichkeit, so kommen, daß wir 5 Millionen Wertzuwachssteuer verlieren, ja daß wir schließlich noch etwas zuzahlen müssen. (Große Heiterkeit.) Wird die Reichwertzuwachssteuer Gesetz, so fallen den Gemeinden 40 Prozent zu. Ist dieser Anteil dann noch eine städtische Wertzuwachssteuer? Sofort wird der Streit darüber entbrennen.

Also wir wollen nicht bauen, wir wollen keine Grundstücke mehr besitzen, wir geben noch etwas zu, damit man uns nur das Terrain abnimmt, so klingt die Magistratsbegründung. Vermeiden wir doch die früher bei Grundstücksverkäufen und -erläufen gemachten Fehler. Das Adlersche Grundstück in Lichtenberg wurde uns vor 10 Jahren für 10 Millionen angeboten; der Magistrat lehnte ab. Jetzt sind aus dem Grundstück schon 30 Millionen herausgeschlagen! Das Handwerkerförderungsgesetz kann nur den Zweck haben, Schwindlern, die die Handwerker betrügen, das Handwerk zu legen. Die Bemerkung in der Begründung läßt den Schluss zu, als ob der Schwindel geeignet ist, den Wert eines Grundstücks zu erhöhen. Aufs Kreuzere hat der Magistrat gesehen, die Fassaden sollen gut aussehen. Aber deshalb haben wir das Scheunenviertel doch nicht abgerissen. Die Hygiene fehlt gänzlich; ja, eine Bestimmung spricht direkt dagegen: wenn vor den Häusern ein Teil des Grundstücks freigelassen wird, soll der Magistrat einverstanden sein, daß der als Hof gilt; damit wird Licht und Luft den Bewohnern der nach hinten liegenden Wohnungen genommen, also der alte Stil des Scheunenviertels wird wieder in Kraft treten. Nur nach außen soll man aussehen: Schön getünchte Fassaden und ein bißchen freie Plätze davor; aber hinten Luft gibt es nicht. (Stürmische Heiterkeit.) Im Ausschuss werden wir Sie hoffentlich überzeugen können, daß es im hygienischen und finanziellen Interesse der Stadt läge, wenn sie selbst die Bewohnung übernimmt. Aus jenem Viertel sind 12 000 Menschen fortgezogen; die werden nicht hineingezogen in Steintalosse mit schönen Fassaden, sondern in hygienisch einwandfreie, gesunde Wohnungen. Die Stadt soll eine rationale Wohnungspolitik treiben. Hoffentlich wird der Ausschuss die Vorlage einstimmig verwerfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Jacobi (A. L.) billigt die Vorlage im Prinzip durchaus, wenn auch in der Begründung manches ungeschickt sei. Den Zuständen im Scheunenviertel müsse ein Ende gemacht werden.

Stadt. Rat. Nicht 21, sondern 16,2 Millionen kostet uns die Sache bisher, und den Wert des Wiederzuerwerbenden haben wir auf 7 1/2 Millionen geschätzt, die wir doch annähernd wiedererlangen. Im Ausschuss werden wir Ihnen noch nähere Auskünfte geben. In der besonderen Kommission hat auch der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion für den Vertrag gestimmt! (Hört! hört!)

Stadt. Dr. Cohn (Soz.): Im Vertrage ist noch eine Bestimmung über die Zahlung des Ankaufpreises enthalten, wodurch dieser sich um weitere 158 000 M. ermäßigt! Wie kommt ferner Berlin

dazu, sich das Restkaufgeld nur mit 1/2 Proz. verzinsen zu lassen? Die Stadt muß ja für Gelder, die sie aufnimmt, mehr an Zinsen zahlen. Ein Vertrag, durch den Steuern erlassen werden, ist zudem nichtig, kann vor dem Richter nicht bestehen; es ist nicht undenkbar, daß die Gesellschaft unter Umständen gegen die Stadt davon Gebrauch macht. Einen solchen Vertrag schließt vielleicht ein Kaufmann, der vor dem Konkurs steht, nicht aber eine Stadt wie Berlin! Mindestens muß auch Fürsorge getroffen werden, daß die Stadt Berlin nicht späterhin zu Käuferpreisen ein Grundstück von der Gesellschaft zurückkaufen muß. Die Grundstückspreise abzuschließen sind, darüber sollte der Magistrat einigen seiner jüngeren Mitglieder Unterricht erteilen lassen. (Heiterkeit und Unruhe.)

Stadt. Sonnenfeld (A. L.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der sofort vom Vorstande ernannt wird.

Für die

#### Herstellung von 30 verschiedenen Paulschleifen

auf den städtischen Gütern im Etatsjahre 1911, für maschinelle Änderungen an den Pumpenanlagen auf den Pumpstationen I und VII, sowie für den Ankauf eines Dampfpluges für die südlichen Verwaltungsbezirke sucht der Magistrat die Bewilligung von 619 195 + 47 000 + 60 000 M. nach. Davon sollen 544 805 M. auf Anleihemittel angewiesen werden. Zugleich wird die Genehmigung erbeten, daß mit der Anfuhr der Baumaterialien bereits im Laufe des Winters begonnen werden kann.

Die Vorlage wird an einen Ausschuss verwiesen und die öffentliche Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

### Beisetzbarkeit der Richter.

Ein geradezu empörendes Urteil fällt dieser Tage ein Dresdener Gericht. Bekanntlich hat selbst das Reichsgericht entschieden, daß das „Anspruchen nach Handwerksgebrauch“ kein Verbrechen ist. Trotzdem ist dieser Tage in Dresden ein Handwerksgefelle wegen Beistehens zu Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt worden. Und das, obwohl der Innungsoberrichter dem gelehrten Richter klar machte, daß seine Auffassung mit der Wirklichkeit und vernünftigem Rechtsempfinden unvereinbar ist. Der uns zugegangene Bericht über diesen Fall lautet:

Der 42 Jahre alte Fleischergefelle Köhler befand sich auf der Wanderschaft und war nach dem Vogtlande gekommen, um Arbeit zu suchen. Er fand keine Arbeit, wanderte deshalb nach Dresden, wo er, da er über Existenzmittel nicht verfügte, bei den Fleischermeistern „ansprach“ und auch Unterstühtungen erhielt. Hierbei wurde er von der Polizei „abgefaßt“ und sollte sich nunmehr wegen Vettelns und Landstreichens vor Gericht verantworten. Er ließ den stellvertretenden Fleischeroberrichter Richter als Sachverständigen laden. Er selbst stellte entschieden in Abrede, sich des Vettelns und Landstreichens schuldig gemacht zu haben und betonte, daß er habe wandern müssen, um Arbeit zu erhalten; das sei kein Landstreichen. Auch gebittelt habe er nicht, sondern nur bei den Meistern vorgesprochen. Obermeister Richter erklärte, man könne das Ansprechen nicht als Vettelei ansehen. Es sei zumutgemäß, daß die Gefellen bei den Meistern vorsprechen und um Arbeit anfragen. Wenn der fremde Fleischergefelle keine Arbeit erhalte, so lasse ihn der Meister nicht wieder von dannen ziehen, ohne ihm ein Geschenk, sei es in Gestalt von Schnapen oder eines Geldstückes gegeben zu haben. Auch er, der Obermeister, habe auf seiner jahrelangen Wanderschaft diesen alten zumutgemäßen Handwerksbrauch geübt. Der fremde Gefelle gehe, wenn er in eine fremde Stadt komme, zunächst auf die Herberge, wo täglich durch den Sprechmeister der Innung Arbeit nachgewiesen würde. Es sei richtig, daß Gefellen, die im Besitz eines Verbandsbuches seien, bevorzugt würden. Aber nicht alle Gefellen hätten ein solches, meistens nur diejenigen, die ihre Lehrzeit bei einem Innungsmeister verbracht oder mindestens ein Jahr bei einem solchen gearbeitet hätten. Auf dem Lande hingegen sprächen die Gefellen meistens bei den Meistern vor und fänden auf diese Weise Stellung. Das Gericht sprach den Gefellen zwar vom Landstreichen frei, verurteilte ihn aber trotz des Gutachtens des Innungsoberrichters wegen Vettelns zu zwei Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde.

Wahrlich, weiter kann die Beisetzbarkeit nicht getrieben werden. Welcher Tiefstand in der Anschauung über Arbeit offenbart sich in solcher Rechtsfällung. Sie mahnt an die jenes reichen, aus dem Beutel seines Vaters ernährten Affektors, der einen Streifendossammler wegen Vettelns verurteilte.

### Eine grundlose Anzeige.

Der Schmiedemeister Lenz hatte eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen den Schmiedegesellen Treichler erstattet, der während des Streiks vor der Werkstatt erschien und durch Herrn Lenz vom Hofe gewiesen wurde. In der Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand, stellte sich heraus, daß Treichler zwar dicht an der Grenze, aber doch noch außerhalb des von Lenz gemieteten Hofstückes stand, so daß Lenz also gar nicht berechtigt war, ihn fortzuweisen. Es stellte sich weiter heraus, daß ein Grund, den Treichler fortzuweisen, eigentlich gar nicht vorlag, und daß Meister Lenz — es war eben ein Streik — einen Schutzmann holen und die Person Treichlers feststellen ließ. Angesichts dieser Sachlage übte sich selbst der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Jockisch, veranlaßt, Herrn Lenz vorzuhalten: Warum mühten Sie denn gleich eine Anzeige machen? Man läuft doch nicht wegen jeden Quarks zur Polizei und zum Staatsanwalt. Es wird viel zu viel denunziert. Das kann ich Ihnen sagen, ich hätte das nicht angezeigt. Ich komme immer mehr zu der Ansicht, daß Sie, Herr Lenz, den Angeklagten nicht

angezeigt haben, weil er Hausfriedensbruch begangen hat, sondern weil Sie ihn aus anderen Gründen etwas anhängen wollten.

Da sich die völlige Haltlosigkeit der Anklage herausgestellt hatte, beantragte selbst der Amtsanwalt die Freisprechung des Angeklagten. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, stellte noch den weitergehenden Antrag, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse oder dem Herrn Lenz aufzuerlegen, denn dieser habe in der Geisensferfurcht des Streiks leichtfertig eine grundlose Anzeige erstattet. Möge also Herr Lenz die Kosten, die dem Staate aus dem Schutz der Arbeitswilligen erwachsen, in diesem Falle selber tragen.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. Die Erstattung der Verteidigungskosten lehnte das Gericht ab mit der Begründung, eine grobe Fahrlässigkeit des Herrn Lenz liege nicht vor, er habe die Anzeige auch nicht wider besseres Wissen erstattet.

Das Millionendepot des Ex-Sultans Abdul Hamid bei der Deutschen Reichsbank bildete am Mittwoch den Gegenstand interessanter Erörterungen vor dem 1. Zivilsenat des Reichsgerichts. Der jetzige Gesandte von Salonik hat in den Zeiten seines Glückes ein erhebliches Quantum solcher Schätze gesammelt, die die Kotten freffen und, da er seinen geschätzten Untertanen nicht recht traute, im Auslande an sicheren Stellen hinterlegt. So hat er auch im Jahre 1888 bei der Deutschen Reichsbank in Berlin ungefähr 6 1/2 Millionen Mark hinterlegt und genaue Vorschriften gegeben, unter welchen Formlichkeiten die Reichsbank das Geld an ihn oder seine Erben herauszahlen solle. Ausdrücklich hatte er bestimmt, daß dies nur dann geschehen solle, wenn er in dem betreffenden Briefe sein Geheimgeldzeichen A. H. an bestimmter Stelle anbringe und mit demselben Siegel den Brief versehen, wie ihn das Vertragsdokument enthalte. Für den Fall seines Todes waren dann noch besondere Bestimmungen getroffen. Als im April 1909 Abdul Hamid entthront und in der Villa Matini in Salonik interniert wurde, mag er nicht Zeit gefunden haben, seinen Privatbesitz sorgsam zu ordnen und einzupacken. So kam es, daß er zunächst das bewußte Geheimgeld nicht auffinden konnte und annahm, er habe es verloren. Kaum hatte er sich in Salonik notdürftig eingerichtet, so hatte er das Verlangen, seine Berliner Millionen zurückzuerhalten. Er schrieb deshalb im Mai 1909 an die Reichsbank, sie möge ihm das Depot zurücksenden. Dieser Brief trug weder das verabredete Geheimgeldzeichen noch das bewußte Siegel. Die Reichsbank schrieb ihm unter dem 30. Mai, sie bedauere, seinem Wunsche nicht entsprechen zu können, da das Schreiben des Herrn Ex-Sultans nicht den verabredeten Formen entspreche. Auf diesen Brief antwortete Abdul Hamid, er wisse das sehr wohl, aber er könne das Siegel nicht unter den Brief setzen, weil er das Geheimgeld bei seiner unzeitigen Abreise vom Hilbiz Kiosk verloren habe. Man möge ihm aber trotzdem das Depot ausständig. Die Reichsbank lehnte das Ersuchen ab.

Abdul Hamid erhob nun beim Landgericht I in Berlin Klage auf Herausgabe von zunächst 49 100 M. deutscher Reichsanleihe. Diese Einschränkung der Forderung erfolgte lediglich zur Ersparrung von Gerichtskosten. Das Landgericht wies die Klage des Ex-Sultans ab. Das Kammergericht und gestern das Reichsgericht verurteilten die Bank zur Zahlung. Erwähnt sei, daß das Geheimgeld sich während des Schwelbens des Prozesses beim Kammergericht wieder gefunden hatte. Die dann von der Reichsbank erhobene Einrede, man könne nicht wissen, ob der Ex-Sultan von Gottesgnaden frei in seinen Entscheidungen sei, mußten völlig unbeachtlich bleiben, da nicht der geringste Grund dafür vorlag, daß Abdul Hamid über sein Thronrecht hinaus in der Freiheit beeinträchtigt ist.

### Eingegangene Druckschriften.

Verlorene Werten. Hausversteher von E. Dembker. 65 Pf. Dr. A. Ledermann, Berlin W. 50.  
Hand für Schulreform, Flugblätter 1. Aufgaben und Ziele des Bundes. 1 M. A. G. Teubner, Leipzig.

**Gesellschafts-Spiele** in allen Preislagen.  
Schach, Domino, Dame, Konette, Poch, u. Kegelspiele etc.  
Moderne Spazierstöcke und Cabah-Pfeifen aller Art.  
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Splitten.  
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Ballner-Theater-Straße.

**Betrifft Herren**  
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen.  
Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrenanzüge: Gelegenheitsanzüge in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese Stücke sind zum Teil aus besten Maßstoffen gefertigt (mit Steppfutter, auch auf Seide gefüttert), für jeden Herrn passend am Lager, u. a. z.  
Serie I Serie II Serie III Serie IV  
Winterpaletots 10.- 14.- 18.- 22.- etc.  
Ulster engl. Farben 12.- 16.- 20.- 24.-  
Jackett-Anzüge 11.- 15.- 18.- 24.-  
Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 27.- 32.-  
Beinkleider v. M. 5.- an Hochzeits- Anzüge, Übergangs-Paletots, Frack-, Smokinganzüge etc. sehr preiswert.  
Verleihung von Gesellschafts-Anzügen.  
Abonnement-Haus Jägerstr. 11 im Laden  
zwischen Friedrich- und Kanonenstraße  
Versand- und Abonnement-Abteilung, Sonntag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

Wer sicher sein will, die echten

# Augen auf!

## MAGGI-Bouillon-Würfel

zu erhalten, verlange beim Einkauf ausdrücklich **MAGGI** Bouillon-Würfel und achte auf den Namen **MAGGI** sowie auf die Schutzmarke  Kreuzstern.



**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Köpenicker Viertel.**  
Bezirk 211.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Ratler  
**Karl Bialucha**  
Haldenstraße 27  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 9. Dezember, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Städtischen Friedhofes  
in der Seestraße, Ecke Müller-  
straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
222/14 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 7. Dezember verstarb unser  
Genosse, der Schlosser  
**Otto Kulisch**  
Haumerstr. 22.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Getzlemann-Kirchhofes,  
Rieber-Schönhausen-Nordend, aus  
statt. 231/16  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Schlosser  
**Otto Kulich**  
am 7. d. Mts. an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Getzlemann-  
Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, dass unser Mitglied, der  
Metallarbeiter  
**Karl Benedickt**  
am 7. d. Mts. an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. d. Mts.,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Städtischen Kirch-  
hofes in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
126/14 **Die Ortsverwaltung.**

**Gesangverein**  
**„Freier Männerchor“**  
**Nowawes.**  
**Todes-Anzeige.**  
Allen Gesangsbrüdern und Ge-  
nossen die traurige Nachricht, dass  
unser Dirigent, Herr  
**R. Tietz**  
am Montag, den 5. d. M., infolge  
einer Operation verstorben ist.  
Wir verlieren nicht nur einen  
tüchtigen Dirigenten, sondern auch  
einen Freund, dem das Wohl und  
Wehe des Vereins stets am  
Herzen lag.  
Größte Ehre seinem Andenken!  
62/1 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, dass mein lieber Mann und  
unser guter Vater  
**Hans Petzinna**  
infolge Unfalls verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 9. Dezember, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Kirchhofes am  
Kantendorfer Weg aus statt.  
Frau Petzinna nebst Kindern.

**Verband der Maler,**  
**Streicher, Anstreicher usw.**  
Zentrale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege  
**Hans Petzinna**  
am 1. Dezember verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 9. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Rixdorfer Gemeinde-Fried-  
hofes, Kantendorfer Weg aus statt.  
130/5 **Die Ortsverwaltung.**

Am 6. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr,  
verstarb sanft nach kurzer, schwerer  
Krankheit unsere liebe und un-  
vergessliche Tochter und Schwester  
**Lucie**  
im 28. Lebensjahre. 21705  
Dies ergibt Selbsttötung an  
A. Richter und Frau nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem  
Zentralfriedhof in Friedrichsfelde  
statt.

**Zentralverband der Glasarbeiter**  
und -Arbeiterinnen Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 6. Dezember verstarb unser  
langjähriges Mitglied, der Glas-  
schleifer  
**Heinrich Borgmann.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem  
Friedhof der Hionsgemeinde in  
Nordend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Charlottenburg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Tischler  
**Franz Conrad**  
im Alter von 54 Jahren am  
6. Dezember verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dorotheenstadt-Kirch-  
hofes in Reinickendorf, West,  
Schwarzenbergstr. 1/2 aus statt.  
94/14 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Bekannten und Genossen  
die traurige Nachricht, dass meine  
liebe Frau, unsere gute Mutter,  
Großmutter, Schwester und  
Schwägerin  
**Nanny Mars**  
im 62. Jahre sanft entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen:  
**Karl Mars**, Zeitungsbekleidr.,  
Lützener Straße 123.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Friedhof  
der Friedrichshagen-Gemeinde,  
Fappel-Allee statt. 21685

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass meine  
innig geliebte Frau und Mutter  
**Lucie Ullrich**  
geb. **Rickert**  
am 6. Dezember abends 7 1/2 Uhr  
nach kurzer, schwerer Krankheit  
sanft entschlafen ist. 21096  
Um stille Teilnahme bitten  
Die Hinterbliebenen  
**Max Ullrich.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachm. 1/3 Uhr, auf dem Zentral-  
friedhof in Friedrichsfelde statt.

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur  
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilszahlung.  
**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Sechster Wahlkreis!**  
Sonntag, den 11. Dezember 1910, abends 6 1/2 Uhr, im Prater-Theater,  
Kastanien-Allee 7-9:  
**Oeffentliche politische Versammlung**  
für Männer und Frauen.  
Vortrag des Landtagsabgeordneten **Heinrich Ströbel.**  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.** Tanz 30 Pf.  
931/17\* **Der Einberufer.** Paul Dobrohlaw, Schillemannstr. 89.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.  
Sonntag, den 11. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr,  
findet in  
**Freyers Festsaal** (früher Keller), **Koppenstr. 29**, eine  
**außerordentliche Generalversammlung**  
unserer Verwaltungsstelle statt.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht der Prüfungskommission über die eingelaufenen Bewerbungen und endgültige Aufstellung  
der Kandidaten für die vier neuen Posten im Bureau.  
2. Antrag der Ortsverwaltung betr. Weihnachtunterstützung.  
Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarte für Vertrauensleute kein Zutritt.  
Besondere Einladungskarten werden zu dieser Versammlung nicht verschickt.  
126/17\* **Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.  
**Achtung! Putzer! Achtung!**  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, in **Dräsel's großem Saal,**  
Neue Friedrichstraße 35:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Beschlussfassung über das zwischen den Vorständen vereinbarte, die besonderen Einrichtungen der Putzer-  
sektion betreffende Abkommen. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
**Die örtliche Verwaltung.**

**Weihnachtshäume-Engrosverkauf!**  
**Rixdorf,**  
Walterstraße, Ecke Rueschedstr.,  
Kohlenplatz. **G. Vloet.**  
129 Stallter Str. 129.  
Die schönsten  
Herren-Winter-Paletots u. Wäster  
und Anzüge in neu  
sowie (gelegentlich)  
Monats-Garderobe  
von hervorragender getragener Sachen,  
sah neu, für jede Figur passend,  
gelegentlich auch anzüge sind in  
großer Auswahl stets zu handend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stallter Str. 129.  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Dienstag, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Achtung!**  
**Lehrlingen u. jugendliche Arbeiter**  
**der Holzindustrie!**  
Sonntagvormittag von 8-8 Uhr abends ist der Arbeitsloftsaal  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und  
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der  
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.  
Die Werkstättvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge  
zum Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.  
Montag, den 12. Dezember 1910:  
**Mitglieder-Versammlung**  
für den Bezirk Südwesten.  
**Branche der Maschinenarbeiter.**  
Montag, den 12. Dezember, abends 5 1/2 Uhr (gleich n. Feierabend):  
**Mitgliederversammlungen** in folgenden  
Lokalen:  
**Osten, Nordosten und östliche Vororte:**  
Oh-Rasthof, Frankfurter Allee 106.  
**Südosten und Rixdorf:**  
im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.  
**Norden:** bei Odiglo, Schwedter Straße 23. 94/18  
**Südwesten:** bei Sah, Hornstr. 2.  
**Schöneberg:** bei Rutsche, Weininger Straße 8.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht von der letzten Generalversammlung. 2. Branchenangelegen-  
heiten. **Die Branchenkommission.**

**Steinarbeiter.**  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den „Armin-  
hallen“, Kommandantenstr. 58/59:  
**Kombinierte Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Rückblick und Ausblick.  
2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.  
Kollegen aller Branchen, agitiert für guten Besuch.  
172/10\* **Die Ortsverwaltung.**

**„Silesia-Bad“**  
11242\* **Schlesische Str. 31**  
Alle Arten medizinische Bäder.  
Lieferant aller Kassen.

**Orts-Krankenkasse**  
für den Amtsbezirk  
**Blankenfelde.**  
Am Dienstag, den 20. Dezbr.  
1910, abends 6 Uhr, findet im  
Festsaal des Herrn Kollmann in  
Wesenthal-Wilhelmstrub, Kron-  
prinzenstraße 2, die  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung**  
statt, wozu die Herren Vertreter  
hiermit ergebenst eingeladen werden.  
**Tagesordnung:**  
1. Wahl von Vorstandsmitgliedern  
(2 Kassenvorstände und 1 Re-  
visor).  
2. Wahl der Rechnungsprüfungs-  
kommission.  
3. Genehmigung von Kassenber-  
ichten.  
4. Genehmigung der Gehalts-  
höhung für den Kassengehilfen  
und den Kassenvorstände.  
5. Erledigung etwaiger schriftlich  
eingegangener Anträge.  
6. Verschiedenes.  
Anfragen und Beschwerden, zu  
welchen die Einsicht in die Kassen-  
bücher notwendig ist, müssen münd-  
lich oder schriftlich behufs Beant-  
wortung derselben in der General-  
versammlung bis zum 16. Dezember  
ex. der Kassenvorwaltung mitgeteilt  
werden.  
Als Legitimation ist die schriftliche  
Einladung mitzubringen.  
297/15 **Der Vorstand.**

**Reste**  
Bausachen, schwarz und  
farbig, Costumstoffe, neueste  
Muster, Triest-Stoffe, Seiden-  
Plüsch, Sammet,  
Seide etc.  
**Confection**  
Paletots,  
Jackets, Regen-  
mäntel, Costumes und Costum-  
stücke in grosser Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Marktplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**ZOMAROM**  
  
**Bouillon-Würfel**  
der beste und billigste  
NÄHRMITTELFABRIK „ZOMAROM“ MÜNCHEN, PROMENADESTR. 6.  
Generalvertreter: **Alfred Hirsch**, Berlin W. 30, Bamberger Str. 45.  
Fernsprecher: Amt VI, No. 5737.

**Achtung! Zigarrenhändler!!**  
Einfache, elegante, sowie originelle  
Zigarren-Weihnachtspackungen  
ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.  
**Max Ziegenhals, BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70**  
Telephon: Amt VII, 3047.  
Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.



**Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit**  
**Jedes Paar - Damen- oder Herren-Stiefel ohne Ausnahme**  
**ohne Ausnahmepreis**

**Schuh-Sport**  
 Marke  
**Propago**  
 Gesetzlich geschützt  
 Alleinvertreter für ganz Deutschland

**675 Mk.**  
**Schuh-Sport**  
 Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Versand nach auswärts unter Nachnahme!

Mein Kind, vergiß mir nie „HUMOR“  
 Denn sonst kommt Dir das Leben  
 So ungepuzt und schmutzig vor,  
 „Glanz“ kann „Humor“ nur geben.



**Humor**  
 putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.  
**Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.**

Hesse, Dresden  
 Das beste u. liebste Geschenk  
 find jeder Dame einige  
**Straußfedern.**

Ich habe 1200 Kartons voll am Lager  
 und verkaufe solche  
 40 cm lang, 10-15 cm breit für  
 1 Mk., 42 cm lang 2 Mk., 45 cm 3 Mk.,  
 15-20 cm breit, 35 cm lang 3 Mk.,  
 4 Mk., 50 cm lang 6 Mk., 8 Mk.,  
 10 Mk. je nach Sortierung.

**Ausgesucht prima Federn**  
 kosten 50 cm lang, 20-25 cm breit  
 12, 15, 18, 25 Mk., 60 cm lang, 25 bis  
 30 cm breit 30, 36, 42, 48 Mk., 75 cm  
 lang 75 Mk., 100 cm 100 Mk.

Von den feinsten Federn zu den **Voas**  
 u. **Stielen** gemacht, solche kosten 2 m  
 lang 5 Mk., 8,50 Mk., 12 Mk., 2 1/2 m  
 lang 17 Mk., 31 Mk., 52 Mk. bis 120 Mk.  
 Farben: schwarz, weiß, braun, nerg-  
 und schalferbarbig.

**Absatzfedern auf Puppenhäute**  
 50 gr 50 Pf.

fl. edle **Weiberbüchel** bis 150 Mk.  
 für 2000 Kartons zurückgegebene  
 Blumen u. Blätter 50 Pf. fortsetzt  
 5 Mk., Japanseifen u. andere Stoff-  
 blumen per Dg. 1,80 Mk., fl. Ball-  
 blumen, Gold- und Silberrosen  
 Stück 3 Mk. zc.

Verf. feiner Posten v. Nachnahme  
 fl. **Straußfedern** geg. Ref. u. Porto-  
 erhalt auch zur Wohl. d. Preisliste  
 auch über Palmen, Früchte, Stroh-  
 und Kranzblumen usw. frei.

**Manufaktur künstlicher Blumen  
 und Straußfederhandlung**  
**Hermann Hesse,**  
 Dresden, Schefelstraße  
 10/12,  
 Leipzigerfähiges Welthaus  
 dieser Branche.

**Photographie-Albums,**  
 auch mit Musik.  
**Sammelmappen und Kästen.**

Gegr. **C. A. Flemming,** Beuthstr. 11,  
 1828, am Spittelmarkt

und Goldwaren  
**F. Stabenow**  
 Charlottenburg  
 Berliner Str. 145.

**Arbeiter=**  
 Bekleidung - Berufsbekleidung.  
 Größtes Spezialgeschäft.

**Kohn & Jöring,** Hauptgeschäft  
 Alexanderstr. 12.  
 Landsberger Allee 148, Rixdorf: Bergstr. 66.

Offiziere in Uniform, nur schöner Ware:  
**Nur ein Preis!**  
 Fette **Gänse 0,65**  
 junge  
 8-14 Pfund schwer.  
**Nur allererste Qualität**  
 Gänserümpfe, 1/2 Gänse.

Feile Suppenhöcker, Jrge. Bratbühner.  
 F. Wegner, SO., Anklamstr. 34.

**Ohne jede Anzahlung**  
**Pianos**  
 erstklassiges Fabrikat  
 (5mal prämiertes Staats-  
 medaille in allen Holz-  
 und Seilarten von  
 wunderbarer Tonfülle.  
 136/4

**Conrad Krause Nchfg.**  
 Berlin, Ansbacher Str. 1  
 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

**Manufaktur künstlicher Blumen  
 und Straußfederhandlung**  
**Hermann Hesse,**  
 Dresden, Schefelstraße  
 10/12,  
 Leipzigerfähiges Welthaus  
 dieser Branche.

**26. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 8. Dezember vormittags.  
 Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden  
 Nummern in Klammern beigelegt.  
 (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

52 101 228 303 302 82 658 823 1037 237 314 568 882  
 2197 498 79 523 [3000] 21 712 39 813 3170 985 736 4078  
 132 523 807 5297 470 608 41 71 836 6071 228 310 72 571  
 614 87 21 35 718 848 7034 182 277 401 25 614 708 52 988  
 [3000] 8148 74 317 49 32 743 806 977 9122 [1000] 76  
 210 403 34 515 78 877 51 923

10037 320 325 70 727 858 11217 80 443 770 90  
 12284 478 558 13028 181 358 437 846 974 [1000] 14200  
 630 370 15194 217 338 467 353 654 16003 485 567 840  
 58 929 82 17122 281 950 700 30 812 18448 92 83 618  
 702 19102 853 489 614 888 967 73

20254 37 389 382 631 21123 [3000] 66 658 907 22149  
 221 22 385 447 501 618 737 71 [5000] 878 94 902 23174  
 350 63 91 491 815 843 [3000] 979 [3000] 96 24077 [1000]  
 241 357 82 450 523 891 [3000] 919 25113 [3000] 25 [3000]  
 358 45 499 89 560 618 785 883 927 87 [5000] 26417 87  
 706 56 27848 573 983 320 22 28129 [1000] 289 503 635  
 774 29382 82 [5000] 89 174 283 93 210 821 896

30017 47 100 35 [3000] 299 508 18 [1000] 82 893 908  
 [1000] 86 31070 524 57 [500] 644 [500] 809 854 32088  
 170 255 401 562 618 [10000] 708 85 840 48 [1000] 95 878  
 33101 7 252 483 599 699 820 34 34155 68 212 879 [1000]  
 83 [3000] 673 868 35019 215 822 624 57 836 73 956  
 36039 325 470 72 378 [3000] 37 773 472 38 590 91 624 28  
 658 39039 610 90 367 259 815 23 946 39054 235 282  
 498 [3000] 828 913

40008 51 128 48 [1000] 425 655 762 821 22 41106  
 450 637 [3000] 801 82 925 60 42225 275 [1000] 597 805  
 721 907 43350 47 604 [5000] 712 44101 26 96 200 [3000]  
 29 091 [1000] 784 846 45041 171 211 403 [3000] 784  
 46049 146 358 491 [3000] 26 80 550 19 [5000] 813 86 706  
 47 47 34 102 21 425 88 556 [3000] 670 577 916 43011 65  
 220 283 420 580 667 49087 134 478 516 [1000] 611 85

50247 512 [1000] 627 81 51131 908 15 52036 121  
 819 488 504 58 602 [3000] 777 [1000] 53118 824 [1000]  
 824 [5000] 54011 30 82 195 [3000] 411 [5000] 617 56 713  
 55038 32 174 202 54945 189 398 892 57123 217 45 499  
 691 816 58082 558 717 970 590 108 272 60 821 451 814  
 6016 192 205 355 956 919 61936 96 [5000] 118 32  
 82 [1000] 93 822 917 62228 287 411 736 985 63149 208  
 71 311 47 [3000] 665 717 813 60 64078 227 437 [3000] 500  
 676 762 978 70 65111 233 308 63 [1000] 443 896 [3000]  
 66002 28 318 19 488 586 810 67114 471 500 75 618  
 68182 532 [3000] 808 [3000] 691 69909 190 248 050 984  
 70142 539 447 500 [1000] 612 823 71145 208 74 [5000]  
 507 [1000] 641 59 878 72417 41 73122 524 [5000] 212 487  
 709 [1000] 817 955 [1000] 74039 23 37 272 265 20 814  
 [5000] 847 945 63 [5000] 75119 518 [5000] 31 759 76031  
 165 374 416 95 688 761 90 77018 152 89 403 751 78189  
 81 [5000] 302 36 609 809 823 79122 209 373 471 72 324  
 613 895 927

80045 241 354 402 511 74 884 906 44 54 81024 86  
 144 809 402 309 723 82028 211 [1000] 417 61 810 82 794  
 923 8324 32 315 519 84900 37 122 45 82 412 611 712 29  
 85095 813 95 924 67 228 66 97 86481 506 [5000] 679 882  
 970 87133 211 335 45 411 505 818 [1000] 947 66 [5000]  
 88789 816 58 89278 [3000] 83 285 844 717 956

90281 [5000] 68 661 87 [5000] 911743 87 [5000] 850  
 92169 206 [5000] 388 488 517 847 72 85 93021 450  
 [5000] 721 88 94252 317 21 856 971 95074 237 440 623  
 75 85 854 916 96981 279 45 78 321 28 99 417 818 32 98  
 97094 121 [5000] 897 98083 178 428 894 596 99006 181  
 811 19 81 854 709 [1000] 49 48 855 908

100215 151 [3000] 422 101089 189 [5000] 47 [3000]  
 995 437 16271 995 103018 248 885 435 49 90 104078  
 153 241 509 437 95 523 87 820 841 82 105021 [1000] 245  
 312 441 544 644 106081 399 224 107615 29 147 94 252  
 108108 58 289 437 84 [1000] 83 611 736 61 816 25 [3000]  
 969 109128 224 92 [3000] 358 412 787 873

110067 223 485 700 99 812 138 985 [3000] 111065  
 [5000] 128 237 55 906 17 112000 512 87 695 703 [1000] 89  
 413263 [5000] 417 507 647 [1000] 308 43 97 114070  
 213 681 731 68 885 115012 495 571 25 628 858 79 952  
 416245 350 438 555 [1000] 614 117249 [5000] 448 941  
 98 118218 822 [5000] 119121 208 827 611 75 793 858 982  
 120060 137 [1000] 274 634 121507 [1000] 448 941  
 623 122243 488 506 621 977 123008 590 124000 78  
 719 211 17 125256 341 615 76 783 803 126111 383 53  
 873 [5000] 124 882 127181 302 889 128043 211 [1000]  
 84 872 [3000] 425 85 [3000] 500 633 733 129032 297  
 877 813 84 670 30 72

130189 388 484 88 401 57 785 830 905 131090 92  
 191 361 372 87 904 31 132070 [5000] 180 [5000] 496 573  
 812 21 94 133090 [5000] 729 851 78 [5000] 134079 245  
 [3000] 808 718 135089 311 309 841 [1000] 811 29 46 [3000]  
 29 856 136089 [3000] 125 78 [3000] 219 560 88 611  
 137158 670 815 [5000] 138014 [5000] 53 202 [5000] 27  
 601 139324 48 88 802 61 [3000] 825

140286 706 141092 136 455 63 89 89 809 29  
 142016 127 210 51 76 380 681 143255 83 233 454 514  
 855 813 144100 232 441 687 [3000] 721 85 64 [3000]  
 145100 883 [5000] 815 87 809 98 146248 344 49 310 22  
 863 147095 [3000] 98 150 294 344 829 78 946 148256  
 865 [5000] 45 840 835 149287 388 818 790 969 [1000]  
 150078 337 64 500 [1000] 75 661 707 [5000] 902 68  
 251084 205 9 [1000] 25 [3000] 48 318 505 88 [5000] 806

**26. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 8. Dezember nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden  
 Nummern in Klammern beigelegt.  
 (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

178 80 858 850 1018 175 500 803 2080 [5000] 158  
 [5000] 39 82 265 290 487 536 821 [5000] 56 929 3223 314  
 627 57 801 19 4199 53 404 623 708 896 35 5183 330  
 [1000] 81 [1000] 248 512 97 974 6739 332 477 573 605 85  
 846 7231 [5000] 378 [5000] 81 795 914 98 8259 94 448  
 86 84 397 75 9121 287 782 888 98 99 994

10017 741 980 11116 306 851 84 719 [1000] 50 83  
 634 901 [5000] 89 12112 90 [1000] 235 [5000] 598 13094  
 14118 15007 253 400 585 [3000] 692 716 815 888 16180  
 94 215 506 714 19 77 17013 200 406 56 90 18002 100 31  
 70 252 [1000] 89 480 89 546 [3000] 635 740 190663 174  
 86 84 267 448 78 849 59

20029 100 868 21101 97 258 874 762 22608 [3000]  
 770 899 [1000] 89 23277 325 [1000] 413 575 [5000] 692  
 710 810 806 99 24710 501 4 18 [5000] 32 622 43 25307  
 68 84 [3000] 507 26325 446 [1000] 574 754 93 [5000]  
 2717 230 [3000] 290 724 632 92 972 [5000] 28365 497  
 52 804 56 [1000] 29248 56 378 [1000] 917 879

30042 123 318 154 787 837 [3000] 71 93 31296 433  
 261 69 35 694 805 921 32087 81 22 884 471 874 838 908  
 33141 233 [5000] 89 315 815 712 288 471 [1000] 917 73  
 82 34407 529 754 35213 634 89 923 21 34 78 36071  
 157 522 979 37087 115 [5000] 231 78 303 63 490 332 85  
 [1000] 658 86 718 849 536 [1000] 38108 32 345 560 681  
 732 818 94 804 96 99 39081 152 [5000] 59 330 1000  
 457 602 78

40014 421 625 41989 218 58 807 730 973 [5000] 85  
 42004 [5000] 820 323 490 570 43009 27 283 541 99 28  
 [5000] 426 [1000] 512 63 604 727 804 44054 65 87 178  
 84 809 518 604 45122 223 960 125 926 46089 229 327  
 98 734 47204 498 671 807 [3000] 83 48173 49190 313  
 88 700 [5000] 20 25 827 918

50018 11 389 477 89 877 51023 341 482 564 781  
 70 950 94 52243 417 470 53215 81 89 381 700 8 863  
 54112 45 516 678 719 509 [1000] 55118 76 250 667  
 742 37 830 986 87 99 56581 61 62 57300 82 189 323 62  
 614 915 58086 54 425 571 614 81 86 59049 221 621 712 882

60063 301 706 610 [1000] 177 612 97 814 40 99  
 62080 81 395 400 [1000] 685 716 898 63112 219 704 19  
 917 [5000] 616 64 223 300 483 94 952 65252 47  
 688 [5000] 747 22 [5000] 66111 95 461 738 43 931 511  
 67328 91 716 22 823 899 68553 79 295 339 621 763  
 [1000] 69025 881 484 878 88

70011 500 627 541 986 71888 218 [1000] 548 49  
 784 [1000] 972 72227 432 37 318 97 850 10 916 48 801  
 73196 298 321 642 907 74015 228 231 374 61 621 [5000]  
 42 283 872 75001 600 89 750 803 77001 87 76131 295  
 373 [5000] 19 356 87 82 878 83 77411 83 [1000] 525  
 78014 [5000] 3 289 403 83 833 79101 422 605 721

80013 [1000] 209 282 602 83 815 81121 329 56 377  
 809 82127 35 602 603 71 950 83118 73 443 725 61  
 867 84301 51 642 [5000] 810 87 85055 121 431 [1000]  
 813 342 86091 338 278 94 419 564 78 717 87 87076  
 113 222 98 [5000] 617 611 59 745 843 88022 430 878 90  
 89022 605 214

90087 64 79 501 637 892 91040 48 [5000] 145 287  
 814 788 [1000] 92043 136 893 93062 390 417 25 84  
 698 772 [1000] 94034 312 325 81 89 388 95022 135  
 90012 459 [3000] 59 96611 83 188 305 65 538  
 90017 97257 427 600 [5000] 710 [5000] 56 [5000] 98140  
 674 897 815 709 912 90711 156 919 88 [1000] 877 803  
 [5000] 997 25 282 101002 233 223 83 [5000] 746 83  
 [5000] 102109 [5000] 133 230 70 437 847 769 80 107288  
 89 829 85 967 74 104996 870 401 [5000] 105501 274  
 601 8 29 86 812 25 106882 87 104 67 88 400 659 89 779  
 [5000] 107254 709 80 80 [1000] 815 [5000] 49 87 827  
 108203 301 3 82 608 747 53 211 [3000] 109078 227  
 67 371 650 740 979 95

110046 66 554 87 641 80 68 [3000] 827 31 38 80  
 82 872 111137 206 550 643 712 34 112800 79 85 801  
 113046 130 [5000] 219 394 411 [1000] 598 670 803 52  
 114846 06 [50000] 588 719 878 [1000] 115008 89 897  
 803 56 116089 100 219 313 380 881 684 [5000] 98 [1000]  
 718 79 875 901 2 32 [5000] 117012 111 418 788 81  
 118217 76 433 205 617 61 851 66 [5000] 119068 128 383  
 83 410 [5000] 65 656 99 900

120045 83 89 189 60 367 [5000] 636 714 801 518  
 121578 634 714 [5000] 827 [5000] 122014 436 70 123000  
 130 400 864 711 919 75 124010 50 242 428 58 126102  
 96 705 50 845 125146 87 279 289 60 63 645 150 126102  
 980 [5000] 87 89 628 51 872 127044 80 62 129 327 313  
 648 812 [5000] 82 830 128375 298 702 83 650 129056  
 214 80 326 585 879 [1000]

130020 81 180 [5000] 72 394 42 75 654 737 79 801  
 980 131148 [1000] 215 560 515 80 132017 31 [1000]  
 130 908 [15000] 74 317 31 412 25 774 808 83 [1000]  
 133116 27 236 43 301 419 819 824 28 134062 223 44  
 [1000] 267 909 135429 97 89 817 725 531 [1000] 81  
 649 [3000] 136155 [5000] 408 9 10 35 500 137205 28  
 347 508 [5000] 138389 645 919 139103 11 622 [1000]  
 74 941

140241 406 [3000] 90 731 818 141893 315 47 641  
 774 89 97 964 142011 125 30 39 521 35 604 21 [5000]  
 807 904 143100 20 847 719 83 [1000] 826 303 144 91  
 [3000] 328 89 344 701 7 072 145219 29 48 75 472 847  
 94 989 146079 802 81 533 789 816 928 147056 259  
 417 780 [1000] 826 [5000] 956 148198 388 378 610 773  
 863 149043 64 548 727 822

150782 [1000] 74 151415 22 540 64 676 781 31 28  
 85 800 152101 30



Partei-Angelegenheiten.

Schenkendorf bei König-Büsterhausen. Am Sonntag früh 7 Uhr findet die diesjährige Reitationstour statt.

Tegele-Berligwalde. Am Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 2 Uhr, findet in B. Tropp's Festhale, Lahnstr. 1, eine Märchen-Vorstellung statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die große Verkehrsdebatte, die in der vorigen Sitzung abgebrochen worden war, wurde gestern fortgesetzt und zu Ende geführt. Sie brachte kaum noch Neues; nur die Zweckverbands-Zwangsjade, die inzwischen dem „Niesen-Berlin“ — dem ohnedies längst zur Ohnmacht verurteilten — angedroht worden ist, gab neuen Anlaß zur Klage.

Im letzten Teil der Sitzung kam es zu später Stunde noch zu einer interessanten Debatte über den geplanten Verkauf des Scheunenviertels. Hier geistelte Genosse Stadthagen die Sorglosigkeit, mit der der Magistrat ein neuer erworbenes Terrain zu unerhöht billigen Preisen an eine private Erwerbsgesellschaft loszuschlagen will.

Schulvertretungen und Lehrerinnen.

Der Magistrat schreibt: Die Gemeindefullehrerinnen in Berlin müssen von dem Beginn ihrer Beschäftigung in Gemeindefullehreramt bis zur festen Anstellung durchschnittlich sechs Jahre warten, während die Gemeindefullehrer nach Ablegung der ersten Prüfung, sofern ihre Militärverhältnisse geregelt sind, sogleich einweisen und nach bestandener zweiter Prüfung nach den bestehenden Vorschriften sofort angestellt werden müssen.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände hat der Magistrat entsprechend einem Vorschlage der Schuldeputation beschlossen, vom 1. April 1911 ab circa 100 der ältesten Anwärterinnen ein festes Honorar, das monatlich nachträglich gezahlt werden soll, zu gewähren, und zwar werden etwa 50 ein Honorar von 1850 M. und die anderen ein solches von 1050 M. erhalten.

Die Mitarbeiter gewonnen werden. Eine neue illustrierte Familien-Fachmonatsschrift „Unser Weg“ sucht auf einem neuen Wege Mitarbeiter und namentlich wohl auch Abonnenten. Sie verwendet nämlich Exemplare der neuen Schrift an die Direktoren der Schulen mit einem Anschreiben, in dem sie die Bitte ausspricht, auf ein Preisanschreiben in der Zeitschrift bei den Lehrerkonferenzen das geschätzte Lehrerkollegium freundlichst aufmerksam zu machen und um Mitarbeiter bezw. Einsegnung von Andern auszusprechen zu bitten, da gerade die Schule hierfür ein äußerst fruchtbarer Boden ist.

auf die originalsten Aussprüche aus Kindermund. Da dem neuen Unternehmen die ministerielle Unterstützung zur Seite steht, erscheint das Ansuchen erklärlich. Die Lehrerkonferenzen sind aber für andere Zwecke bestimmt als Propaganda zu machen für neue Zeitschriften.

Berliner Kinderjahre-Verein. In einer letzten Sonntag stattgehabten Plenarsitzung des Vorstandes des Berliner Kinderjahre-Vereins wurde unter anderem über die vor einem Jahre veranschlagte eingeleitete Ausdehnung der Fürsorge für die Pflege-linge bis zum Beginn der Schulpflicht Bericht erstattet. Die Vorfrage ist namentlich einer Anzahl Mütter, die ihrem Berufe außer dem Hause nachgehen, zugute gekommen.

Vorsitzender des Vereins ist Stadtverordneter Dr. Bülow, Schatzmeister: Bankier Wilhelm Kuczynski, Behrenstr. 14/16.

Kerze als Schrittmacher für Schulnliteratur. Wie die Zeitschrift „Freie Heilung“ mittels, werden jetzt Schundromane in der Form unter das Volk gebracht, daß Kaufleute an Dienstmädchen, Hausdiener usw. jede Woche kostenlos Heftchen abgeben, in denen unter anderem folgende Reklame steht:

An die Leser des Kundenromans! Hierdurch machen wir allen unseren verehrten Freunden und Lesern bekannt, daß wir zu den bisherigen besannenen Vergünstigungen, welche der Kundenroman seinen Lesern kostenlos gewährt, eine weitere hinzugesetzt haben, welche geeignet sein wird, das Band zwischen unseren Lesern und uns fester und fester zu gestalten.

Wir haben uns entschlossen, allen Lesern des Kundenromans, welche durch den Besitz der lehrerfähigen Nummern sich als solche ausweisen können, für alle vorkommenden Krankheitsfälle kostenlose ärztliche Behandlung zu gewähren.

Jeder unserer Leser, welcher sich krank fühlt und ärztlichen Rates bedürftig zu sein glaubt, verlange von dem Kaufmann, von dem er die Heftchen erhalten hat, eine auf unseren Arzt lautende Anweisung, gegen deren Vorzeigung kostenlose ärztliche Untersuchung und Behandlung erfolgt.

Wir kommen unseren Lesern nun noch dadurch entgegen, daß wir dafür Sorge getragen haben, daß sie die Medikamente zu einem beträchtlich reduzierten Preis geliefert bekommen. Zudem wir hoffen, daß diese unsere neue Einrichtung allseitigen Anlaß und zahlreiche Benutzung findet, empfehlen wir uns

mit vorzüglicher Hochachtung

Der Kundenromanverlag G. m. b. H., Charlottenburg, Suarezstr. 55, Tel. 4950.

Es wäre wünschenswert zu wissen, welche Kerze es sind, die von dem Kundenromanverlag in Aussicht genommen sind; Leute, die auf ihren Verput etwas halten, werden sich kaum hergeben.

Das zweite Heim für die arbeitende Jugend, das der „Verein Arbeiter-Jugendheim“ in Berlin geschaffen hat, wurde am Mittwoch eröffnet. Es ist in den von Arbeitern dicht besiedelten Osten der Stadt gelegt worden und ist untergebracht im Hause Große Frankfurter Straße 126, an der Ecke der Ruppenstraße, wo es im ersten Stockwerk vier nach der Straße hinaus gelegene Räume sowie die notwendigen Nebenräume in Anspruch nimmt.

Die Eröffnung vollzog sich mit einer kleinen Feier, zu der der Vorstand eine stattliche Zahl von Genossinnen und Genossen, die im Dienst der Jugendheimsache sich betätigen, geladen hatte. Die Weiberrede wurde vom Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, dem Vorsitzenden des Jugendauschusses, gehalten. Er erinnerte daran, wie man vor einem Jahre noch mit einigem Bangen an die Gründung des ersten Arbeiter-Jugendheims herangegangen sei, das für den Norden der Stadt in der Brunnenstraße eingerichtet wurde. Der über Erwarten günstige Erfolg dieses Versuches habe gezeigt, daß in der arbeitenden Jugend ein lebhaftes Verlangen nach solchen durch die Arbeiterklasse selber geschaffenen Stätten der Geselligkeitspflege und der Weiterbildung vorhanden ist.

Dann folgte eine Besichtigung des freundlich und behaglich eingerichteten Heimes. Es ist größer als das Heim in der Brunnenstraße, ziemlich doppelt so groß, und die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, sind hier verwendet worden. Zur Verfügung stehen vier Aufenthaltsräume, die jeder ihren besonderen Zweck haben. Der Besucher gelangt durch die Kleiderablage in ein erstes Zimmer, das vorwiegend für die Pflege der Geselligkeit bestimmt ist. Dame- und Schachspiel, Puffspiel und Palma und manches andere anregende Gesellschaftsspiel liegt bereit, und auch dem mündlichen Gedankenaustausch wird hier nicht gekehrt werden. In stillerem Verweilen ladet das anstoßende Zimmer ein, das der Befriedigung des Verlangens nach Zeitungs- und Lektüre dienen soll. Eine Fülle von Lesestoff wird geboten, 85 Hefische und auswärtige Tageszeitungen und Gewerkschaftsblätter, außerdem 15 Zeitschriften. Einem weitergehenden Bedürfnis nach Lektüre kommt die Handbibliothek entgegen, die 400 Bände zu sofortiger Benutzung bereit hält. Wer eindringenderem Studium eines guten Buches sich widmen will, der kann in ein neben dem Zimmer der Zeitungsleser liegendes besonderes Lesezimmer sich zurückziehen, „Studierzimmer“ möchten wir es nennen. Als Stätte ernstlicher Arbeit soll ein vierter Raum benutzt werden, ein Saal, dessen Einrichtung die Abhaltung von Vortragskursen ermöglicht. Soweit er nicht hierzu gebraucht wird, soll auch er den Besuchern des Heimes zur Befriedigung ihres Lebensbedürfnisses, zur Unterhaltung mit Spielen oder auch zu zwanglosem Beisammensein offen gehalten werden. Das ganze Heim kann in allen seinen Räumen etwa 250 Personen aufnehmen. Die Ausstattung der Räume ist in ihrer glücklichen Vereinigung von Schlichtheit und Schönheit überaus anziehend. Möbel, Wandbekleidung, Fenstervorhänge, Bildschmuck, alles folgt sorgsam abgestimmt sich ineinander. Ein von dem Streben nach Einfachheit geleiteter Kunstgeschmack hat hier ein Gesamtbild geschaffen, das im Sinne der Kunstsziehung auf die jugendlichen Besucher wirken muß. Und über dem Ganzen liegt ein freundlicher Hauch von Jugendstimmung, der auch und Welteren das Herz aufgehen macht.

Der zweite Teil der Einweihungsfeier war auf die jugendlichen Gäste berechnet, denen erst später die Pforten des neuen Heimes sich öffneten. In dichter Schar strömten sie herein, Jünglinge

und junge Mädchen. Gesang des Männerchors „Ost“ begrüßte sie, und dann ergriff das Wort der Genosse Wilhelm Schenk, der diesem Heim als Leiter vorkam. Er betonte die Bildungszwecke des Arbeiter-Jugendheims, die ihnen zugewiesene Aufgabe, den Nachwuchs der Arbeiterklasse von der Straße oder dem frühen Weisenbesuch fernzuhalten und zu erstem Streben nach Weiterbildung anzuleiten. Schenk hob hervor, daß bei der Zusammenstellung der Bibliothek mit aller Beherzigkeit verfahren worden ist. Unerbittlich habe man aber eins abgelehnt: die Schundliteratur. Er schloß mit dem Wunsch, daß die behaglichen, mit liebevoller Umsicht hergerichteten Räume allen Besuchern zu einem wirklichen Heim werden möchten. Gesangsbeiträge des Männerchors, darunter das die Hörer fortwährende Lied „Empor zum Licht“, beendeten die Feier.

Das neue Arbeiter-Jugendheim in der Großen Frankfurter Straße ist, wie das in der Brunnenstraße, für Jugendliche beider Geschlechter in den Abendstunden geöffnet, an Wochentagen von 6-10, an Sonn- und Feiertagen von 4-10. Der Zutritt ist unentgeltlich, auch die Garderobe wird ohne Entgelt aufbewahrt, und die Benutzung aller Unterhaltungs- und Bildungsmittel steht jedem Besucher ohne weiteres frei. Möge der arbeitenden Jugend der Wunsch nach weiterer Vermehrung dieser Jugendheime in nicht zu ferne Zeit sich erfüllen.

Warnung vor Porträtschwündern. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: Das bevorstehende Weihnachtsfest gibt den Porträtschwündern Veranlassung, mit marktschreierischer Reklame oder in Gestalt von Preiszetteln in Berliner und auswärtigen Zeitungen Vergrößerungen zum Preise von wenigen Pfennigen anzupreisen. Die Pfennige verzeichnet die Firma angeblich für Speien, Vergrößerung und Porto. Es wird für diesen Betrag eine sogenannte Hochvergrößerung, d. h. eine Vergrößerung ohne Positiv-Netouße geliefert. Die Vergrößerungen werden von verschiedenen Berliner Firmen mittels besonderer elektrischer Apparate hergestellt. Zugleich mit dieser Vergrößerung wird sodann an den Auftraggeber ein Prospekt gesandt, in dem für eine Nachzahlung von 3 bis 5 Mark die künstlerische Ausarbeitung der Vergrößerung angepriesen wird. Gleichzeitig bezw. in späterer Zukunft werden Rahmen angeboten. In den für die Lederarbeit und den Rahmen geforderten Verträgen liegt der Verdienst der Firma. — Von einer künstlerischen Ausarbeitung ist jedoch meistens keine Rede, denn durch diese Lederarbeit werden diese Bilder meistens unähnlich und verlieren somit erst recht an Wert. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß diese Art Vergrößerungen nicht den Anspruch darauf machen können, als „künstlerische Porträts“, „künstlerischer Zimmerschmuck“ oder dergleichen angesprochen zu werden.

Mit einem Scheck der spanischen Schachschwünder machte ein Bäckermeister aus Riew, der gestern hier festgenommen wurde, trübe Erfahrungen. Der biedere Handwerksmeister erhielt, wie so viele andere Leute auch, einen Brief aus Spanien. Es war der seltene Brief mit der Aufsicht auf 800 000 Fr. Der Meister wandte sich eilig an die angegebene Adresse und erhielt schon mit der nächsten Post die Einladung, persönlich nach Madrid zu kommen. Bald darauf lag er schon im Eisenbahnwagen und machte die weite Reise. In Ostomeil, einem Vororte Madrids, empfing ihn, wie verabredet war, ein Mann, der sich die beiden nach Riew gesandten Briefe als Ausweis geben ließ. Die Angelegenheit war schon weiter gediehen, als der vertrauensvolle Kunde geglaubt hatte. Er sollte schon gleich auf die in Aussicht stehenden 800 000 Frank eine erste Anzahlung erhalten, nicht weniger als 50 000 Frank, über die ihm der Spanier einen Scheck überreichte. Der Bäckermeister hatte weiter nichts zu tun, als für die Auszahlung des Schecks eine kleine Gebühr von 3000 Rubeln zu zahlen. Dafür bekam er dann aber auch ein wunderschönes Papier, ungestellt von der Banco de Londres, Mexico y Südamerika, Nr. 6790, über 50 000 Fr., die am 1. April bei der Nationalbank in Berlin W., Behrenstr. 68/69, fällig sein sollten, mit einem hübschen Wasserzeichen und allen möglichen Siegeln und Stempeln versehen. Der Spanier empfahl dem hochfreuten Kunden sehr dringend, mit dem wertvollen Scheck Spanien schleunigst zu verlassen und das Geld in Berlin zu erheben und ermahnte ihn sehr ernstlich, keinem Menschen zu sagen, woher er komme. Der Bäckermeister befolgte alles getreulich, fuhr nach Berlin und legte gestern der Nationalbank den Scheck vor. Zu seinem größten Schrecken besand er sich bald darauf in den Händen der Kriminalpolizei und auf dem Polizeipräsidium. Die Nationalbank, die mit der mexikanischen Bank nicht in Geschäftsverbindung steht, benachrichtigte von der Fälschung die Polizei, die sich darauf den Vorzeiger näher ansah. Der zuständige Dezernent der Kriminalpolizei erlaubte gleich die Art des Papiers und machte dem Bäckermeister bald klar, daß er seiner Habgier 3000 Rubel geopfert hatte. Der Kunde war zwar sehr enttäuscht über den unerwarteten Ausgang seines Unternehmens, aber endlich doch noch froh, daß ihn die Kriminalpolizei wieder freiließ, weil er ja eine strafbare Handlung nicht begangen hat.

Bewußtlos auf der Straße aufgefunden wurde in der letzten Nacht an der Ecke der Rügen- und Brunnenstraße ein etwa 35-jähriger Mann, dessen Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten. Von Kastraten wurde der Unbekannte nach der Unfallstation in der Wabstraße gebracht, wo es trotz mehrstündiger Bemühungen nicht gelang, den Patienten zum Leben zurückzurufen. Keuchere Verlegungen konnten an dem Manne nicht festgestellt werden. Von der Unfallstation wurde der Erkrankte nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt. Wertpapiere oder Legitimationspapiere wurden bei dem Fremden nicht vorgefunden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch erklärte zunächst die Wahlen der in den beiden ersten Abteilungen gewählten bürgerlichen Kandidaten sowie die unseres im 1. Bezirk der 3. Abteilung gewählten Genossen Richter ohne Debatte für gültig. In lebhaften Auseinandersetzungen dagegen kam es anlässlich der Prüfung der Wahl des im 5. Bezirk der 3. Abteilung mit 1162 gegen 1154 sozialdemokratische Stimmen gewählten liberalen Obermeisters Pasche. Eine Anzahl Wähler dieses Bezirks hatten vom Magistrat die irrtümliche Mitteilung erhalten, daß die Wahl am 4. November stattfände, während der tatsächliche Wahltermin der 3. November war. Vom Krankenkassenbeamten Reisch ließ nun ein Protest ein, der mit Rücksicht auf diesen großen Verstoß die Wahl für ungültig erklärt wissen wollte. Der Ausschuss hat diesen Protest zurückgewiesen, da es, wie der Berichterstatter, Stadtverordneter Reiser, ausführte, ganz unerheblich sei, ob der Magistrat solche Karten versende oder nicht. Es handle sich dabei lediglich um Ausweisarten; für die Eintragung zur Wahl hingegen seien maßgebend die Veröffentlichungen in den Publikationsorganen. In ähnlichem Sinne habe früher einmal das Oberverwaltungsgericht entschieden.

Von unseren Genossen war ein Antrag eingegangen, die Wähler in den Häusern Charlottenburger Alter 55, 56, 57 und 63 zu Protokoll darüber zu vernehmen, ob sie anstatt zum 3. November zum 4. November zur Wahl eingeladen waren und bejahendenfalls, ob sie dadurch veranlaßt sind, der Wahl fernzubleiben.

Zur Begründung bemerkte Genosse Hirsch, daß er diesen Antrag, obwohl ihn die Kommission bereits mit großer Mehrheit abgelehnt habe, von neuem einbringe, weil der Beschluß der Kommission ein ungerechtes und unhaltbares sei. Gleich sei es dem



Magistrat überlassen, ob er die Wähler mittels schriftlicher Einladung oder durch ortsbändige Bekannmachung einladen wolle, aber wenn er schriftliche Karten schicke, dann müsse man doch zum mindesten verlangen, daß sie richtig sind. Nach der Logik des Ausschusses und des Magistrats würde ja selbst dann eine Wahl gültig sein, wenn alle Wähler unrichtige Karten bekommen hätten. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Er konstatierte, daß die Liberalen das befehligen und damit zeigen, einer wie eigenartigen Logik sie fähig sind. Dem Magistrat werde dadurch ein Freibrief ausgestellt, Fehler zu begreifen, soviel er wolle, vorausgesetzt allerdings, daß die Liberalen davon keinen Schaden haben. (Unruhe.) Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts treffe nicht zu, denn in dem damaligen Fall habe es sich darum gehandelt, daß eine Reihe von Wählern nicht eingeladen waren, in diesem Falle dagegen handle es sich um falsche Einladungen. Ursprünglich habe der Magistrat ja auch einen anderen Standpunkt eingenommen, denn wenn er den Karten gar keine Bedeutung beimesse, dann hätte er doch keine Erhebungen zu veranstalten brauchen. Die Art, wie diese Erhebungen vorgenommen sind, sei unerhört. Anstatt die Wähler zu Protokoll zu vernehmen, habe einfach ein Beamter des Statistischen Amtes in den Häusern herumgefragt und sich sogar damit begnügt, wenn die Wähler selbst nicht zu Hause waren und ihre Frauen erklärten: Unsere Männer hätten ja doch nicht gewählt. Das sei nicht die Art, wie amtliche Erhebungen sonst vorgenommen zu werden pflegen. Aus diesem Grunde bitte er zum mindesten um Annahme seines Antrages, durch den erit einmal Klarheit geschaffen werden solle. Sollte es sich dann herausstellen, daß tatsächlich das Wahlergebnis nicht beeinflusst wäre, dann würde er der erste sein, der für Gültigkeit der Wahl stimmt. Wenn die Mehrheit der Versammlung diesen beschriebenen Antrag ablehne, dann werde sie in Zukunft kein Recht mehr haben, sich über das Vorgehen des schwarzblauen Blocks bei den Wahlprüfungen zu enträsten, denn dann mache sie es ja ganz genau so, wie mißbrauche die Macht, die ihr das Dreiklassenwahlrecht gibt.

Nach weiter als die Sozialdemokraten ging der nationalliberale Stadtverordnete Stadthagen, der — allerdings nur für seine Person — für Ungültigkeit der Wahl eintrat. Im Gegenjah zu ihm und zu den Sozialdemokraten befürwortete der Sprecher der Liberalen, Dr. Frenzel, unter allerhand persönlichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie die Gültigkeit der Wahl, und die Mehrheit stellte sich auf denselben Standpunkt. Außer den Sozialdemokraten stimmten nur noch 5 oder 6 Vertreter von bürgerlichen Parteien für unseren Antrag. So werden wir denn wieder den unter der Herrschaft der Liberalen in Charlottenburg nicht ungewöhnlichen Fall erleben, daß ein so Unrecht für gewählt erklärt Herr ein Mandat ausübt.

Weiter betriet die Versammlung einen sozialdemokratischen Antrag, der den Magistrat ersucht, nachdem das für die Errichtung eines Gemeindefriedhofs in Aussicht genommene Terrain am Tiefwerder in andere Hände übergegangen ist, unersächlich bei der Regierung Schritte zu tun, um auf geeigneten Stellen der Jungfernheide einen Gemeindefriedhof errichten zu können.

Zur Begründung gab Genosse Vogel einen geschichtlichen Überblick über die Bemühungen, diese Frage vorwärts zu bringen, er geißelte scharf das Verhalten der Regierung, welche das in Aussicht genommene Terrain in Tiefwerder an einen Privatmann verkauft und die Gemeinde inzwischen hingerhalten hat, um sie gegen den Privatmann auszuspielen und von ihm einen höheren Preis herauszuschlagen zu können. Wieder habe hier die Regierung gezeigt, wie wenig sie geneigt sei, große Kommunen bei der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben zu unterstützen. Aber deshalb dürfe die Stadtvertretung nicht nachlassen, sondern sie müsse alle Hebel in Bewegung setzen, um endlich zu dem so notwendigen Gemeindefriedhof zu kommen.

Bürgermeister Rating schilderte ausführlich, in wie unehört Weise die Stadtgemeinde bei dem Versuch der Erwerbung des Geländes in Tiefwerder behandelt sei. Der Magistrat sei auf die harten Bedingungen des Landwirtschaftsministeriums eingegangen, der fast 2 1/2 Millionen Mark gefordert habe. Wöhlisch habe der Minister am 7. Juli mitgeteilt, er könne das Gelände nicht für Kirchhofszwecke verkaufen, weil der Minister des Innern und der Kultusminister das nicht wünschen. Auf die sofortige Bitte des Magistrats, das Gelände der Stadt noch anstehen zu lassen, damit Verhandlungen mit diesen beiden Ministern eingeleitet werden könnten, sei dann am 10. August die Antwort gekommen, über das Gelände sei bereits anderweitig verfügt. Gleichzeitig sei am 19. August eine Verfügung des Oberpräsidenten ergangen, er werde grundsätzlich der Errichtung von Gemeindefriedhöfen außerhalb der Grenzen der Gemeinden entgegengesetzt. Hiernach bleibe in der Tat kaum etwas anderes übrig, als sich im Gemeindegebiet selbst nach einem geeigneten Gelände umzusehen. Ob die Jungfernheide in Betracht kommen könne, sei fraglich, da sie für die Erweiterung der Wasserwerke in Aussicht genommen ist.

Nachdem auch Stadtverordneter Volkmann (liberal) sich für den Antrag ausgesprochen hat, gelangte er einstimmig zur Annahme.

Ein weiterer Antrag, der von Hausagariern aus den verchiedensten bürgerlichen Fraktionen gestellt war, lautete:

Am Hinblick auf die höhere Belastung des Grundbesitzes in Charlottenburg gegenüber derjenigen der Nachbargemeinden ersuchen wir den Magistrat, bei der Aufstellung des Etats für 1911 eine Herabsetzung der Gemeindegeldsteuer vorzuschlagen.

Den Antrag begründete Stadtverordneter Jander, der über die Belastung der Grundbesitzer jammerte. Das gleiche Lied stimmte Stadtverordneter Dr. Frenzel an, der im übrigen, um den Beratungen des Staatsausschusses nicht vorzugreifen, den Antrag dahin abzuändern vorschlug:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, für den Fall, daß im Etat für 1911 eine Steuerherabsetzung möglich erscheint, in erster Linie eine Herabsetzung der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) vorzuschlagen.

Den Standpunkt unserer Fraktion vertraten die Genossen Lid und Dr. Borchardt, die sich schon aus dem Grunde gegen eine Ermäßigung der Grundsteuern ausgesprochen, weil dann sicher wichtige Aufgaben der Gemeinden, speziell auf sozialem Gebiete, vernachlässigt werden würden.

Der Antrag wurde schließlich in der Fassung Frenzel unter Ablehnung eines Zusatzantrages Stadthagen angenommen, wonach die Einkommensteuer jedesfalls 100 Proz. nicht übersteigen dürfe.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen gelangten ohne Debatte zur Annahme. Die Vorlage betr. Schaffung der Stelle eines Stadtrats für Hygiene wurde einem Ausschuss überwiesen.

Endlich beschloß die Versammlung noch bezüglich der Ehrengaben an Veteranen die Gewährung einmaliger Ehrengaben im Betrage von 40 bezw. 60 M., deren Auszahlung möglichst noch vor Weihnachten erfolgen soll, sowie die Ueberweisung einer einmaligen Gabe von 5000 M. an das Charlottenburger Stadtbezirkskommissariat des Nationalbanks für Veteranen. Diese 5000 M. sollen als Sonderstiftung verwaltet werden und dürfen nur Charlottenburger Einwohnern zugute kommen.

Ein schwerer Straßendunfall ereignete sich vorgestern abend um 7 1/2 Uhr in der Schloßstraße. Dort lief der dreizehnjährige Schulknabe Karl Dammoch, Sophie-Charlotten-Str. 34 wohnhaft, gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 81, wurde belüftet geschleudert und kam neben dem Wagen zu liegen. In bestimmungslosem Zustande wurde der Knabe, der einen Schädelbruch und innere Verletzungen davongetragen hatte, nach dem Krankenhause Besend übergeführt.

#### Wilmersdorf.

Stadtverordnetenwahl. Eine Mitteilung, die für unsere Parteigenossen von beträchtlichem Interesse ist, bringt die „Wilmersdorfer Zeitung“. Danach ist gestern der Ausschuss zur Prüfung der Stadtverordnetenwahl, zu dem Einsicht gekommen, der

Stadtverordnetenversammlung die Ungültigkeitserklärung der Wahl dritter Abteilung in Halensee zu empfehlen. Bekanntlich war ursprünglich Stichwahl zwischen dem Demokraten Floto und dem bürgerlichen Kandidaten Dertler angelegt worden, dann aber hatte man dem Demokraten aus nichtigen Gründen die Hausbesitzereigenschaft abgesprochen und Herrn Dertler als gewählt proklamiert.

#### Friedrichsfelde.

Mit den Umständen an den hiesigen Gemeindefriedhöfen beschäftigte sich am Dienstag eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Nachdem der Referent Genosse Dr. Alfred Bernstein vom pädagogischen sowie auch vom ärztlichen Standpunkt aus die Verhältnisse an den Schulen kritisiert und die Forderungen der Sozialdemokratie zur Schulreform erläutert hatte, kamen in der lebhaften Diskussion die speziellen Verhältnisse an den hiesigen Gemeindefriedhöfen zur Sprache. Gemeindevorsteher Genosse Dehler brachte einige Fälle zur Kenntnis der Versammlung, in denen die Lehrer von ihrem Fühlungsrecht so ausgiebig Gebrauch gemacht hatten, daß in dem einen Fall der Vater des Kindes sich veranlaßt sah, das Kind in der Nachbargemeinde Pichtenberg einzuschulen, um es vor weiteren Prügeleien zu schützen, während der andere Vater die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben hat, nachdem er vorher sein Kind vom Schularzt untersuchen ließ. Ein anderer Lehrer habe einen Jungen im Jahr 80 Tage während des Schulunterrichts im Haushalt Dienste verrichten lassen. Diese Vorkommnisse hatte er, Dehler, in Form einer Beschwärde der Schuldeputation unterbreitet, mit der Bitte, Abhilfe zu schaffen; er habe jedoch vom Schulinspektor den Bescheid erhalten, daß sich der erste Fall nicht mehr nachprüfen lasse, im zweiten Fall müsse man erst das Ergebnis der Staatsanwaltschaft abwarten, während im dritten Fall Vernehmungen stattgefunden hätten, die aber für den Lehrer nichts Belastendes ergeben haben. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden noch eine Anzahl Beschwerden über einzelne Lehrer vorgebracht und den Anwesenden aufgegeben, sich in künftigen Fällen an unsere Gemeindevorsteher zu wenden. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige im Lokal von Rube tagende öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von den Umständen, welche in der hiesigen Volksschule herrschen; sie protestiert ganz energisch gegen die den Schülern zuteil werdende Behandlung. Die Versammlung ist der Meinung, daß es auch ohne Prügel möglich sein muß, den Kindern die nötigen Kenntnisse beizubringen. Die Versammlung erkennt außerdem die Forderungen des Referenten auf eine vernünftige Wohnungsreform, bessere Schulhygiene, Speisung der Schulkinder usw. an und verspricht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für Durchführung dieser Forderungen zu sorgen, insbesondere sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, welche in Wort und Schrift sowie in der Tat diese Forderungen vertritt. Das zur Versammlung eingeladenen Lehrerkollegium war nicht erschienen. Und doch hätte es den einzelnen Lehrern absolut nichts geschadet, wenn sie den Verhandlungen beigewohnt haben würden.

#### Jugendchriften-Ausstellungen

finden am Sonntag, den 11. Dezember, in nachstehenden Orten wie folgt statt:

Charlottenburg: Im Volkshaus, Rosinenstr. 3, nachmittags von 3—8 Uhr und wochentags von 5—10 Uhr.

Kirchhof: In Doppelschloß, Hermannstr. 49/50, von Sonntag, den 11. Dezember, ab täglich von 4—9 Uhr abends. Neben der Ausstellung findet ein Verkauf (Genosse Expediteur Heinrich) in der für Ladengeschäfte polizeilich vorgeschriebenen Verkaufszeit statt.

Schöneberg: Im Tunnel Großer, Weiningerstr. 8, Besichtigungszeit ist von nachmittags 5 Uhr ab und an den Werktagen am 10., 17., 20., 21. und 22. von 6 Uhr ab.

Bestensee: Um 3 Uhr nachmittags im Lokal von Schwarz, Rosenstr. 56.

Röpenitz: Im Stadttheater (Inh. D. Otto), Friedrichstraße, und ist geöffnet nur am morgigen Sonntag von 3—7 Uhr nachmittags.

Friedrichshagen: Im Heinen Saal von Lerche, Friedrichstr. 112 (Rundteil), nachmittags von 2—8 Uhr, am Sonntag, den 18. Dezember, von 3—8 Uhr und am Montag, den 19. Dezember, von 6—9 Uhr abends.

Weißensee: Im Lokale des Genossen Peudert, Königshaussee 38. Dieselbe beginnt am Sonntag, den 11. Dezember. Alles Nähere ist aus den im „Vorwärts“ beiliegenden Prospekten ersichtlich.

Tegeth-Verlag: Von Sonntag, den 11. bis einschl. Sonntag, den 18. Dezember im „Jugendheim“, Schlieperstr. 30. Geöffnet ist die Ausstellung Sonntags von 3—8 Uhr abends, Wochentags von 7—10 Uhr abends.

## Aus aller Welt.

### Die gestohlene Verfassung!

Das Original der ersten bulgarischen Verfassung vom Jahre 1878, mit den Unterschriften des ersten bulgarischen Fürsten Alexander von Battenberg sowie der damaligen Minister und Abgeordneten versehen, ist aus dem Kassenschrank der Sozbranje gestohlen worden. Die bis jetzt geheim geführte Untersuchung hat ergeben, daß der Diebstahl bereits vor zehn Jahren verübt worden ist. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß eine neue Konstituante einberufen werden wird, um ein neues Verfassungsdocument zu redigieren.

Ein sehr probates Mittel, ein gegebenes Fürstenwort zu befestigen, vielleicht nimmt sich die „Kreuzzeitung“ und ähnliches Gelächter, das jetzt so indringlich nach dem Staatsstreich ruft, den Vorgang zum Muster, um auf so einfache Weise die deutsche Reichsverfassung zu befestigen.

### Auf hoher See gesunken.

Wie ein Telegramm aus London meldet, ist der Dampfer „Bladburn“, von Grimsby nach Antwerpen, in der vergangenen Nacht in der Nähe von Heringsham mit dem Londoner Dampfer „Kool“ zusammengestoßen, wobei die „Bladburn“ gesunken ist. Von den 29 Passagieren und 27 Mann der Besatzung des Dampfers wurden 17 Mann der Besatzung und 7 Passagiere aufgefunden und in Plymouth gelandet; zwei Rettungsboote mit dem Rest der Schiffbrüchigen werden noch vermisst.

Aus Langer kommt die Meldung, daß während eines Sturms auf der Höhe von Larosch an der westlichen Küste von Marokko zwei kleinere spanische Schiffe untergegangen sind. Sechzehn Seeleute fanden dabei ihren Tod.

### Immer neue Margarinevergiftungen.

Wie der Direktor des sächsischen Untersuchungsamtes zu Hagen in Westfalen dem „Westfälischen Anzeiger“ mitteilt, sind im Zuständigkeitsbezirk des Untersuchungsamtes (Stadt- und Landkreis Hagen, Kreise Soest und Lippstadt) in den letzten Tagen nicht nur nach dem Genuß der Margarinemarke „Baga“, sondern auch der von derselben Fabrik Altonaer Margarinewerk Mohr u. Co., Altona-Ottensen an private Abnehmer direkt gelieferte Marke „Richard Mohr“ mehr oder weniger heftige Vergiftungserscheinungen festgestellt worden.

## Neue Ergebnisse der Volkszählung.

Eine sehr starke Zunahme gegenüber der Zählung im Jahre 1906 hat Düsseldorf aufzuweisen. Damals betrug die Einwohnerzahl 253 374, jetzt wurden 356 733 Personen gezählt, jedoch ist in der Zählperiode eine Anzahl Vororte eingemeindet worden. Von weiteren Resultaten der Städte über 100 000 Einwohner liegen vor: Kassel 153 878 (120 467), Posen 154 811 (136 808), Karlsruhe 138 053 (111 249) und Saarbrücken 104 399 (80 617).

### Aufgelesen!

Aus Stuttgart wird berichtet: Ein Spahnbogel hat sich mit dem Liberalen „Deutschen Volksblatt“ wegen dessen Verfolgung modernistischer Gesinnungen einen neuen Scherz erlaubt, auf den das Blatt auch prompt hereinfiel. Stolz veröffentlichte es vor kurzem das folgende:

„Von der Donau schied man uns folgende Erklärung: Wir Geistliche müssen und allmählich an gewissen Elementen in unserer Mitte und ihrer journalistischen Tätigkeit schämen. Klerikale Herrschaft nennen diese Feinde des kirchlichen Gohorsams und besonders des ihnen lästigen Zölibats die vollberechtigten Handlungen des Papstes und der Bischöfe und bekämpfen und beschimpfen und verleumben die kirchlichen Einrichtungen mehr als Andersgläubige. Klagen, verbrechen, überreiben ist ihre einzige Kunst. So lange sie sich beunruhigt glauben, spielen sie die Frommen und täuschen Leichtgläubige und Unschulbige. Lang freilich geht es nie, bald zeigt sich der Pferdeschweif. Wir kennen sie nur zu gut und haben jetzt lang genug geschwiegen und ihre anonymen Zeitungsdruckereien getragen. Können sie mit ihrem Namen für ihre Behauptungen eintreten, so mögen sie es tun; und ist nicht bang dabei; wir wissen, was wir tun, und alle, die klar sehen, wissen es auch. Die Anfangsworte der Sage dieser so getreuen im Stil des Liberalen Blattes gehaltenen Drohung geben das Selbstbekenntnis: „Wir Klerikale lügen, so lange wir können.““

### Kleine Notizen.

Schlagende Wetter. Auf der „Segengottgrube“ bei Waldenburg wurden am Mittwochabend vier Bergleute durch schlagende Wetter überfahren. Zwei Arbeiter wurden getötet, die beiden anderen konnten gerettet werden.

Zwei Matrosen ertrinken. Ein Boot des Schoner „Gefine“ kenterte in der Elbemündung bei Freiburg beim Aufbringen der Anker. Von der aus drei Mann bestehenden Besatzung ertranken zwei, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Ein doppelter Raubmord. Bei Herrnhut in Sachsen wurde eine Hausbesitzerin und ihre Tochter ermordet aufgefunden. Um die Spuren zu verwischen, hatten die Täter nach der Verabreichung des Haus in Brand gesteckt.

Die Cholera. Wie ein Telegramm aus Rom meldet, wurden während der letzten 24 Stunden in der Provinz Rom eine Erkrankung und ein Todesfall an Cholera festgestellt. In der Provinz Palermo wurden vier Erkrankungen und zwei Todesfälle konstatiert. — Auf Madeira wütet die Cholera weiter. Im Durchschnitt ereignen sich täglich 11 neue Erkrankungen, von denen im Durchschnitt 40 Proz. tödlich verlaufen. Die Gesundheitsbehörden glauben, daß die Epidemie noch monatelang dauern wird.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 10. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Das verweilende Amerikium. — Der liberale Leiterfalter. — Von H. Rothstein (London). — Thompson und Marx. — Von R. Beer. — Arbeiterkassens und Sanitätsreform. — Von Heinrich Vogel. — Verfassungsfragen in den Gewerkschaften. — Von Bernhard Seibald (Mainz). — Revolutionäre Zeit. — Von Rudolf Franz. — Böhmermann. — Preis pro Heft 25 Pf.

Amstlicher Marktbericht der Königl. Reichshof-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktläden. Markttag: Freitag, 7. Dezember. Markt stark, Geschäft langsam, Preise für Mehl nachgebend, sonst unverändert. Weizen: Futur reichlich, Geschäft etwas lebhafter, Preise behauptet. Roggen: Futur mäßig, Geschäft schlappend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Futur meist aber Bedarf, Geschäft ausfallend still, Preise kaum behauptet.

### Witterungsbericht vom 8. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7 u. 10 U.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7 u. 10 U.
Stettin	758.5	SW	1	Rebel	3	Ludwigsdorf	751.5	SW	4	bedeckt	1
Darmstadt	760.5	SD	2	Rebel	3	Petersburg	761.5	SD	1	Rebel	2
Berlin	757.0	SD	1	bedeckt	5	Selms	730.5	SD	9	bedeckt	11
Königsberg	758.5	SD	2	Dunst	5	Herzogen	747.5	SD	4	bedeckt	7
Köln	758.5	SD	1	Rebel	1	Wetzlar	748.5	SD	3	wolkenlos	8
Wien	758.5	SD	1	bedeckt	7						

Wetterprognose für Freitag, den 9. Dezember 1910. Mild und zumeist aufklärend, vorwiegend kräftig mit Regenschauern und sehr lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 12.	am 8. 12.	Wasserstand	am 7. 12.	am 8. 12.
Hemel, Mühl	303 <sup>1</sup>	-16	Saal, Großh.	148	-3
Bregel, Bruchberg	374 <sup>1</sup>	0	Saal, Spandau	86	-2
Weißel, Horn	447 <sup>1</sup>	+4	Rathenow	181	+1
Ober, Rathor	214	+14	Edres, Spremberg	118	-2
Krossen	293	+2	Beeston	150 <sup>1</sup>	+2
Frankfurt	232	0	Weiser, Rindon	12	-14
Wartbe, Schrum	427 <sup>1</sup>	-4	Rindon	62	-6
Landberg	307 <sup>1</sup>	-8	Nein, Roggenhau	455	-10
Rehr, Verbanum	177 <sup>1</sup>	-20	Raub	230	-23
Elbe, Weimerg	198	-15	Rahn	408	-31
Deveson	49	-6	Rehr, Weidrom	134	-8
Harbo	328	0	Rain, Bertheim	299	-13
Magdeburg	276	+5	Rohr, Lier	200	-7

<sup>1</sup> + bedeutet Sturz, — Anst. — <sup>2</sup> Unterbeet. — <sup>3</sup> St. Stand. — <sup>4</sup> Oberhalb der Ankerbrücke St. Stand. — <sup>5</sup> St. Stand.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ezechunde Ruder Lindenstraße Nr. 69, born hier Treppen — Nachdruck —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntag von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags halt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Verzeihen möge man in der Ezechunde vor.

Wurde, Nibburg. Belgien: Generaldirektion der Posten in Brüssel; Dänemark: Generalpostdirektion in Kopenhagen; Frankreich: Ministerium für Post und Telegraphen in Paris; Niederlande: Generaldirektion der Post und der Telegraphen in Amsterdam; Norwegen: Postabteilung im Ministerium des Innern, Kristiania; Österreich: Generaldirektor für Post und Telegraphenangelegenheiten in Wien; Schweiz: Post- und Eisenbahndepartement in Bern; Ungarn: Handelsministerium, Section für Post und Telegraphen in Budapest. — 1909. Die Verhältnisse geringfügiger arbeiten lassen den Anspruch nicht aus. Nachgebend sind unglückliche Gutachten über den Stand der Erwerbsfähigkeit. — B. 7. K. — G. M. 100. Die Sachlage ist zweifelhaft. Wir bitten, daß zunächst einer der Arbeiter die Klage beim Gewerbeamt anhängig macht und durchführt und abdann, wenn die Klage Erfolg hat, die übrigen Arbeiter



In gelobten Verfahren — um die Berufungsmöglichkeit auszuschließen —  
ebenfalls Klage erheben. Nach dem wir, Sekretaria beim Arbeitersekretariat,  
Angewandte 15 nachsuchen. — R. G. 30. 1. Von mehr als 6000 bis  
8000 M. einschließlich jährlich 3 M., von mehr als 8000 bis 10 000 M. ein-  
schließlich jährlich 4 M. 2. Klein. 3. Von 9500 M., vorausgesetzt, daß  
das nach dem Einkommensteuergesetz versteuerbare Jahreseinkommen  
900 M. übersteigt. — R. 16. Fragen Sie beim Reichsfinanzministerium  
Einkommen, Abgabe: Reichstag, am. — R. G. 40. 1. und 2. Klein. —  
R. C. 117. Anspruch auf Altersrente besteht nicht, da die geschädigte

Wartzeit von 1200 Beitragswochen nicht erfüllt ist, selbst wenn die Voraus-  
setzungen dafür vorliegen, daß für zehn Jahre vor Inkrafttreten  
des Gesetzes je 40 Beitragswochen angerechnet werden. — R. P. Klein.  
— R. G. 26. Die Stelle kann nicht empfohlen werden. — U. 32. Sie  
sind zahlungspflichtig. — R. P. 3. Sie müssen beim Vormundschafts-  
gericht eine Auseinandersetzungsbeihilge beantragen. — R. G. 100.  
Mit dem Nachweis von Stellen können wir uns nicht befassen. — R. D. 33.  
Um Firmennamen können wir uns nicht kümmern. — Krankenliste 27.  
Reider nicht. — W. G. 1824. Die Einwilligung ist erforderlich. Hat

Aber Brand hat 18. Lebensjahr vollendet, so kann beim Vormundschafts-  
gericht die Volljährigkeitserklärung und die Erhebung der elterlichen Ein-  
willigung durch das Vormundschaftsgericht beantragt werden. — R. D. 1.  
1. bis 3. Die Ansprüche erscheinen begründet. 4. Gewerbegericht, Zimmer-  
straße 90/91. 5. Die Versicherung genügt. — R. 72. Sie müssen sich an  
den Armenvorsteher Ihres Bezirks wenden. — 1868. 1. Die Gehalts-  
bestimmung können Sie in unserer Sprechstunde erfragen. Im Briefverkehr  
ist der Abdruck nicht möglich. 2. Die Höhe der Kosten ist abhängig vom  
Objekt. 3. Ja.

# Josefetti VERA FEINSTE 3 Pfg. LIGARETTE

## Theater und Vergnügungen

Freitag, 9. Dezember.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Einfont-  
Konzert.  
Mittags 12 Uhr: Einfont-Ratinee.  
Königl. Schauspielhaus. Der  
Störenfried.  
Deutsches. Sommernachts Traum.  
Kammerspiels. Gaudin.  
(Anfang 8 Uhr.)  
Berliner. Talsman.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Erwin v. Paska, Wien:  
**„Konstantinopel und das  
Goldene Horn.“**  
Hörsaal 8 Uhr:  
Vortrag vom Stiftungsfonds der  
Berliner Gewerbeausstellung 1879.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schiller.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Fee Caprice.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Robert und Bertram.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das Urbild des Tartuff.**  
Lustspiel in 5 Aufzügen v. M. Gaultier.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Bund der Jugend.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Egmont.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**

**Zipkus A. Schumann.**  
Keine Zirkus-Vorstellung  
sondern  
Ausführung des Deutschen Theaters  
**König Oedipus**  
von Sophokles.  
Sonnabend, den 10. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Grand Solrèe high life.**  
Auftreten sämtl. neuen  
Attraktionen.  
9 1/2 Uhr:  
**Der große Coup**  
der  
**Schmuggler.**  
Romantische Pantomime in 4 Akte.

**Zirkus Busch.**  
Freitag, 9. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:  
**Brillante Vorstellung.**  
Gastsp. d. berühmten Dresseurs  
Herrn Direktor Pierre Althoff  
und Frau Direktor Adèle Althoff  
mit ihren exzellentesten Frei-  
leistsdressuren.  
Fredians, der Reiterfamilie.  
**The 14 Fezzans**  
Die urkomischen Radfahrkünstler  
Gebrüder Nausel.  
Frl. Elisabeth v. Dyrnar, Schürz.  
9 1/2 Uhr zum 92. Male:  
**„VENEZIA“.**  
Vorher das große Programm.  
Der große Marzfall ist geöffnet.

Seffing. Wenn der junge Wein blüht.  
Neues Schauspielhaus. Der  
Jerriffene.  
Komische Oper. Die Vögel.  
Besten. Das Puppenmännchen.  
Kleines. Verflucht die Brautjungfer.  
1. Klasse.  
Neues. Der G. m. b. H. Tenor.  
Trianon. Der heilige Hain.  
Herrfeld. Eine verlorene Nacht.  
Thalia. Polnische Wirtshaus.  
Schiller O. (Ballner-Theat.)  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Sch. Charlottenburg. Das  
Urbild des Tartuffe.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Die verheiratete Venus.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luxemburg.  
Lustspielhaus. Der Feldherrn-  
hügel.  
Luisen. Der Hüttenbesitzer.  
Modernes. Der Doppelmensch.  
Herrfeld. Eine verlorene Nacht.  
Der Verdächtige.  
Volkoper. Der Troubadour. (An-  
fang 8 1/2 Uhr.)  
Neue. Die Millionenerbin.  
Folies Caprice. Der Feldherrn-  
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Metropol. Hurra — Wir leben  
noch!  
Kassio. Julie Wippen.  
Apollon. Spezialitäten.  
Wasserg. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Walhalla. Drabo! Dacpo! (An-  
fang 8 1/2 Uhr.)  
Zandouci. So wird's gemacht.  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Konstantinopel und  
das Goldene Horn.  
Dorfplatz 8 Uhr: Vortrag vom Stif-  
tungsfonds der Berliner Gewerbe-  
ausstellung 1879.  
Sterwart. Invalidenstr. 57—62.

**Kaiser-Panorama.**  
Wanderung durch die Gifel.  
Letzte Woche Tirol, Kar-  
wendel und Wetterstein-  
Gebirge. Eine Karte 20 Pf., Kind nur  
10 Pf. Abdomen 1 M. Last. Abdom.

**Berliner Volkoper**  
Telle-Kilianstraße 7/8. — 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.  
Freitag, 9. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Die verheiratete Venus.**  
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Die  
Hermannschlacht. 8 Uhr zum ersten-  
mal: Hofmusik.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die  
Häuber. Abends 8 Uhr: Hofmusik.  
Montag: Die verheiratete Venus.

**„CLOU“**  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91  
Eintritt 50 Pf.  
**!!! Heute !!!**  
**Großes Konzert.** Dir. Franz v. Blon.  
Sonntags: Matinee von 12—2 Uhr  
bei freiem Eintritt.

**Theater Sanssouci**  
Bahnhofstation Rotbuscher Tor.  
8 1/2 Uhr:  
**Im blauen Licht.**  
9 1/2 Uhr:  
**So wird's gemacht!**  
Kassette mit Gesang von W. Gericko.

**Casino-Theater**  
Lottischer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Das Original Berliner Volkoper  
**Julie Wippen.**  
Ueblicher Humor!  
Ueblicher Typen!  
Im Stille der eben. Berliner Bühne.  
Vorher erklaffender hundert Teil.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutaufseher.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Wenn der junge Wein  
blüht.  
Sonnabend 8 Uhr: Anstalt.  
**Berliner Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
**Der Talisman.**  
Korpus: Der Talsman.  
**Neues Theater.**  
Täglich:  
**Der G. m. b. H.-Tenor.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Das Puppenmännchen.  
Mitt. u. Sonnab. 4 Uhr: Halkäppchen.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.  
**Modernes Theater**  
(früher Hobbeltheater).  
Abends 8 Uhr:  
**Doppelmeasch.**  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Unterpräfekt.**  
Schwank in 3 Akten v. Leon Sandhoff.  
Morgen und folgende Tage: Der  
Unterpräfekt.  
**Metropol-Theater.**  
**Hurra!**  
**Wir leben noch!**  
Große Ausstattungsrevue in 7 Akten  
v. A. Freund. Musik v. A. Holländer.  
Am Morgen geht den Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr — Menschen gestattet.

**POSE=THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Der Kaiserjäger.**  
Komödie in 3 Akten von Brenner  
und Ostwald.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schnee-  
wittchen. Abends 8 Uhr u. folgende  
Tage: Der Kaiserjäger.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die  
Millionenerbin.

**Sport-Palast**  
Potsdamer Straße 70-72a  
**Größter Eispalast der Welt**  
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen  
Fearie „Am Nordpol“ □ 200 Eislauf-Künstler  
Zwei Militär- und Zivil-Kapellen  
Restaurant für 6000 Personen  
Entree 1 M. Unterricht im Eislauf von 11—1 Uhr. Vorm. Konzert  
Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung  
Jeden Montag, 9 Uhr abends:  
Großes Instrumental- und Vokal-Konzert, ohne Entree-Aufschlag.

**Excelsior Lichtspielhaus**  
Rixdorf, Bergstr. 151/152.  
Heute neues Programm. u. a.:  
Semiramis, ein großes Drama aus der babylonischen Ge-  
schichte.  
Max und Müller, die beliebten Humoristen in ihren  
neuesten Szenen: Max hat neue Stiefel an, Müller wird  
das Opfer seiner Redlichkeit. — Als Einlage:  
Der Brand der Reaktantank in Rummelsburg.

**Im Union-Theater**  
**U.T.**  
**Moritzplatz**  
findet am  
Sonnabend nachmittag  
3 Uhr  
**eine große  
Kinder-  
Weihnachts-  
Vorstellung**  
mit Präsentverteilung  
statt.

**Theater „Groß-Berlin“.**  
Freitag Artushof, Hoabit.  
8 1/2 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Carl Root: Dir. E. Reich.  
80—90—75, 100 Pf. Auf Vorzug: 20.  
30, 50, 60 Pf. Dieses Theater gilt  
als Vorzugstheater.  
Sonnabend Wippen-Theater:  
Der verheiratete Prinz.

**Apollon Theater**  
10 neue große Attraktionen 10  
9 Uhr:  
**Bellini**  
das telepathische Phänomen.  
Eise Terry, Doreiten-Diva zu  
Pferde u. a. m.

**Wintergarten**  
Neues Programm!  
**Liane d'Ève**  
Excentrique française  
in ihrem Transformationsakt:  
Vor und hinter den Kulissen  
umrahmt von einer Analyse der  
anerkanntesten Kunst-  
kräfte dreier Weltteile.  
Rauchen gestattet!

**Rollschuhbahn**  
Kurfürstendamm 151  
Heute, Freitag, den 9. Dezember:  
**2. Populärer Abend.**  
Von 8 Uhr ab: Eintritt u. Laufen mit eigenen Rollen 50 Pf.  
Leihgebühr für unsere Rollen 50 Pf.  
Morgen, Sonnabend: Konfetti-Schlacht.

**Folies Caprice.**  
Komiker Schnitzel  
Solo-Zell:  
**Der Dorimusikant.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Feldherrnhügel**  
**Bosporus am Moritzplatz.**  
Das Variété-Konsum-System war  
das Mächtigste.  
Entree frei. Sie sehen nur ein Pro-  
gramm für 20 M. drei Personen, damit  
haben Sie ein Glas Bismarck oder  
Bismarck Bier bezahlt.  
8 Uhr: Das vollständig neue Variété-  
Programm.  
Von 11—1 Uhr: Künstler-Konzert.  
Dir. Rob. Krüger.

**Herrnfeld Theater**  
Der größte Schlager  
der Theater-Saison 1910.  
**Eine verlorene Nacht**  
Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten  
von Anton und Donat Herrfeld.  
Vorher: Der Derby-Dieger.  
Soverclauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Weihnachts-Programm!  
„Bel Vater“  
Weihnachtsbild v. Westf.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Hedi Herdina.**  
**Norman French.**  
Und das  
große Dezember-Programm!!

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der heilige Hain.**

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Passage-Panoptikum.**  
Der bearbeitete  
**Riese  
Dussore!**  
Ist 110 mm größer als  
**Machnow**  
Ist lebend zu sehen!  
Ohne Extra-Entree!

**Theater des Weddings**  
Müllerstr. 182/183 — Seltener, 55.  
Täglich vor außerordentlichem Gange:  
**Abgründe**  
Drama in zwei Akten von Urban Seb.  
Außerdem das neue großartige  
Programm.  
Sonnabend, d. 10. Dez., nachm. 3 Uhr  
**Große Kinder-Weihnachtsvorstellung.**  
Jeder Erwachsene ein Kind frei.

**Der G. m. b. H.-Tenor.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Das Puppenmännchen.  
Mitt. u. Sonnab. 4 Uhr: Halkäppchen.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.  
**Modernes Theater**  
(früher Hobbeltheater).  
Abends 8 Uhr:  
**Doppelmeasch.**  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Unterpräfekt.**  
Schwank in 3 Akten v. Leon Sandhoff.  
Morgen und folgende Tage: Der  
Unterpräfekt.  
**Metropol-Theater.**  
**Hurra!**  
**Wir leben noch!**  
Große Ausstattungsrevue in 7 Akten  
v. A. Freund. Musik v. A. Holländer.  
Am Morgen geht den Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr — Menschen gestattet.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.

**Walhalla-Theater.**  
Rosenth. Tor, Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuestes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allwelts-Revue in 5 Akte  
in Szene gesetzt v. Dir. R. Klein.  
verb. m. neuen Couplets, Ein-  
lagen u. Emulationen u. a.



